

# umwelt

journal

Rheinland Pfalz

Herausgegeben vom  
Ministerium für Umwelt,  
Landwirtschaft, Ernährung,  
Weinbau und Forsten  
Rheinland-Pfalz

Heft 55 Mai 2012

Rio+20:  
„Die Zukunft, die wir wollen“



**umweltjournal**  
Rheinland-Pfalz

Nr. 55 (April 2012)

Das **umweltjournal**  
ist kostenlos

**Herausgeber:**

Ministerium für Umwelt,  
Landwirtschaft, Ernährung,  
Weinbau und Forsten  
Kaiser-Friedrich-Straße 1  
55116 Mainz  
Tel. 06131 – 164433  
Fax. 06131 – 164629

**Redaktion:**

Dr. Ralph Plugge (verantwortlich)

**Gestaltung:**

media machine GmbH, Mainz

**Druck:**

Druckzentrum Lang, Mainz

**Titel:**

Rio+20:  
„Die Zukunft, die wir wollen“.  
Motto der Konferenz der  
Vereinten Nationen im Juni 2012  
in Rio de Janeiro. Siehe Seite 7.

**Fotos:**

Titelbild: Digital Stock/ Jockelfin  
Foto Ministerin Höfken:  
Kerstin Baensch  
Kleinbauern sähen die Zukunft:  
GEPA - The Fair Trade Company/  
A. Welsing;  
Bilder Foodwatch:  
foodwatch.de/material-spekulation  
Gründung Landesnetzwerk  
Energiegenossenschaften:  
C.Albuschkat/UrStrom eG  
S. 18 Dr. Rüdiger Schaga  
S. 66 Bilder: Essbare Stadt Andernach  
Autorenteam, Daniel Stanke,  
Schüssler und Fey

Sofern nicht besonders erwähnt,  
wurden die Fotos von den jeweiligen  
Autoren zur Verfügung gestellt

Die mit Namen der Autoren  
gekennzeichneten Artikel geben  
nicht unbedingt die Meinung  
der Redaktion wieder.

# Inhalt

<b>Editorial</b>	3
<b>Titel-Thema „Rio+20 – Die Zukunft, die wir wollen“</b>	
Der Weg zur Nachhaltigkeit – 20 Jahre nach Rio	4
Rio+20: „Die Zukunft, die wir wollen“	6
Rio, 20 Jahre später	10
Green Economy als Katalysator für eine Innovationsoffensive	12
Rio 2.0, was kommt nach der Lokalen Agenda 21?	15
Engagiert für eine zukunftsfähige Welt	20
Ein vielschichtiger Trugschluß	22
Teilhabe statt Grüne Ökonomie: Mit Commons Rio+20 anders denken	26
Eine Schnecke, die auch rückwärts läuft	32
Kleinbauern säen die Zukunft	35
Rio+20 und die blinden Flecken der Green Economy	38
Spekulieren auf Kosten der Ärmsten.	40
<b>Lokale Agenda 21 in Rheinland-Pfalz</b>	
Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz	42
Lokale Agenda 21 Trier	44
Lokale Agenda 21 Mainz	48
Lokale Agenda 21 Wörrstadt	50
<b>Interviews zu Rio+20</b>	52
<b>LZU-Journal</b>	59
<b>Weitere Themen</b>	
Tierschutz bei Wildtieren	68
Die Weiße Welle	71
Essbare Stadt Andernach	74
<b>Buch- und Filmhinweise</b>	78

# Editorial

## Rio+20

Ja, wir haben die Endlichkeit unseres Planeten entdeckt. Ja, wir wissen, dass wir in einem begrenzten System nicht von allem immer mehr haben können. Ja, ein Viertel der Menschheit darf nicht auf Kosten der restlichen Welt leben. Diese Einsichten und Erkenntnisse waren im politischen Diskurs schon in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu hören – 20 Jahre vor der ersten Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro. Neu war – und darin besteht das Verdienst und der Fortschritt von Rio '92, dass mehr als 170 Staats- und Regierungschefs darin überein stimmten, genau diese Themen als die zentralen Aufgaben der Menschheit ganz oben auf die Tagesordnung für das 21. Jahrhundert zu setzen. Und dass sich die Grundlagen unseres Lebens nur gemeinsam bewahren lassen.

Wir schreiben das Jahr 2012. Zwanzig Jahre nach Rio haben die Vereinten Nationen erneut dorthin eingeladen, um über Umwelt, Ressourcen, Klima, Entwicklung und Verteilungsgerechtigkeit zu sprechen. Die nüchterne und wenig ermutigende Bilanz: Noch immer verdrängt, übernutzt und überfordert die Menschheit wichtige Ökosysteme. Das „immer mehr“ der Wachstumsdogmatik in den reichen Staaten ist ungebrochen. Die dringend notwendige Entwicklung des armen und ärmeren Teils der Menschheit kommt, wenn überhaupt, sehr langsam voran. Ganz oben auf der Tagesordnung steht – vor allem in den reichen Ländern – seit Jahren die Banken-, Währungs-, Wirtschaftskrise. Mitnichten bestimmt das langfristig notwendige die Tagesordnung des noch jungen 21. Jahrhunderts. Noch stehen nationale Egoismen in Vordergrund und verhindern wirkliche Fortschritte.

Dabei steht die Erkenntnis: Ein „weiter so“ ist nicht möglich. In einer Gesellschaft, die für ein Mehr an Produktion immer mehr Naturgüter verbraucht, ist quantitatives Wachstum eine Sackgasse. Die an vielen Stellen bereits spürbare Verknappung natürlicher Rohstoffe, die Auseinandersetzungen um

knapp Ressourcen und der Klimawandel machen dies besonders deutlich. Während die Wirtschaftsnationen für diese Entwicklungen hauptverantwortlich zeichnen, treffen die Folgen am stärksten die Menschen in den ärmsten Ländern und vergrößern dort die Not. Die Weltklimaforschung schreibt daher gerade den Industrieländern ins Stammbuch, ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2050 um 90 Prozent zu senken. Ein „weiter so“ wie bisher wird es also nicht geben können. Einschneidende Veränderungen werden kommen – so oder so.

Wir haben die Wahl: Gestalten wir diese Veränderungen oder lassen wir sie über uns herein brechen.

Wir in Rheinland-Pfalz wollen handeln statt hoffen, wir in Rheinland-Pfalz wollen den Wandel gestalten und Vorbild sein z.B. mit einer Energiewende, die die erneuerbaren Energien, die Energieeffizienz und das Energiesparen forciert, mit der konkreten Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, die z. B. mit der Einrichtung eines Nationalparks, zum Erhalt der biologische Vielfalt beiträgt, mit der Förderung einer ökologischen Landwirtschaft und regionalen Vermarktungsinitiativen, mit guter Ernährung besonders auch für unsere Kinder mit einem nachhaltigen Wassermangement und naturnahem FSC-zertifiziertem Waldbau, mit dem Ausbau der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Die „Green Economy“ ist eines der Schwerpunktthemen der Rio+20-Konferenz. Das ist richtig – ob Kreislaufwirtschaft, Effizienztechnologien, regenerative Energien der Einsatz nachhaltiger Rohstoffe, die ökologische Modernisierung in der Landwirtschaft, die Vermeidung von gesundheits- und umweltschädlichen Emissionen, alle bieten riesige Chancen hin zu einem zukunftsfähigen Wandel. Damit wird eine zukunftsfähige Energie- und Mobilitätsinfrastruktur in Stadt und Land möglich. Dies gilt nicht nur in Industriegesellschaften.

Wir sollten hier eine aktive Rolle einnehmen und positive Ansätze auf nationaler Ebene und in der EU unterstützen.



Dies allein wird aber nicht ausreichen. Und ich hoffe, dass auch dies in Rio deutlich wird. Wir brauchen den Dialog, die Kooperation, die Kreativität von Staat, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft und auch die Freude, um die Frage zu beantworten, wie ein gutes Leben unabhängig vom Wirtschaftswachstum aussehen kann und zu gestalten ist. Es geht um verbindliche Ziele, alle Akteure tragen dabei Verantwortung, Nachhaltigkeit ist die Wachstumsformel vom Mehr zum Besseren.

In diesem Umweltjournal kommen Frauen und Männer zu Wort, auch erwünscht kritisch, die sich auf internationaler, europäischer, nationaler Ebene und natürlich hier bei uns in Rheinland-Pfalz und in den Kommunen seit vielen Jahren mit Nachhaltigkeit und der Agenda 21 beschäftigen und dazu etwas zu sagen haben.

Ulrike Höfken

Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

### Aufbruchstimmung und die Hoffnung, gemeinsam eine bessere Welt schaffen zu können – das kennzeichnete 1992 den Umweltgipfel in Rio. Wie weit haben wir uns seitdem einer nachhaltigen Entwicklung genähert, und welche Aussicht liefert die Zukunft?

Das Jahr 1992 stand politisch und gesellschaftlich noch unter dem Eindruck der Umwälzungen im Herbst 1989, mit dem Ende des Kalten Krieges und der neuen Freiheit in Osteuropa. Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit prägte auch die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio. Es war die Hoffnung, mit der Friedensdividende – also dem Geld, das durch den Abbau der Rüstungsetats verfügbar sein würde, und der positiven Energie nach dem Ende der Konfrontation – gemeinsam die großen Probleme der Menschheit lösen zu können, allen voran die Zerstörung von Natur und Umwelt und die weltweite Armut.

#### Verantwortung und Vorsorge

Damals verabschiedeten 192 Staaten Konventionen zum Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt. Gleichzeitig einigten sie sich auf eine "Agenda 21" als Programm für das 21. Jahrhundert, an dem sich alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Ebenen beteiligen sollten, lokal bis international.

Zudem entstand eine Deklaration mit 27 Grundsätzen für eine nachhaltige Entwicklung. Zentral war die Forderung, "den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen heutiger und künftiger Generationen in gerechter Weise zu entsprechen". Umwelt und Entwicklung sind demnach zwei Seiten einer Medaille. Armutsbekämpfung wurde als integrativer Bestandteil nachhaltiger Entwicklung erkannt.

Beim Umweltschutz verständigte man sich auf das Vorsorgeprinzip: Der Umstand, dass die Wissenschaft bestimmte Kausalzusammenhänge noch nicht völlig durchdrungen hat, dürfe nicht als Argument dafür sein, Maßnahmen gegen drohende schwere Umweltschäden aufzuschieben. Betont wird auch die Verantwortung der reichen Länder, welche die globale Umwelt besonders beanspruchen.

Nachhaltigkeit wurde 1992 zu einem politischen Begriff, den noch kaum jemand kannte. Heute verwenden ihn vor allem Politiker und Unternehmen so inflationär, dass er beliebig zu werden droht.

#### Zwiespältige Bilanz

Und was sagt die Praxis, 20 Jahre später? Haben wir die Zielmarken von damals erreicht? Die Bilanz von "Brot für die Welt" und Evangelischem Entwicklungsdienst (eed) fällt düster aus: "Von der Überwindung von Armut und Hunger ist die Welt noch weit entfernt, auch wenn sich in einigen ... Schwellenländern der eine oder andere Indikator verbessert haben mag. Die großen Umweltprobleme wie die globale Erwärmung und der Verlust biologischer Vielfalt sind nach wie vor ungelöst." Das Ziel, den globalen Artenschwund bis 2010 zu stoppen oder wenigstens zu begrenzen, wurde deutlich verfehlt. Und die Weltklimakonferenzen erschöpfen sich in zähen Verhandlungen und dünnen Ergebnissen, obwohl das "Vorsorgeprinzip" sofortiges Handeln erfordert, speziell der Industrie- und großen Schwellenländer. Sprich: Als Weltgemeinschaft sind wir insgesamt nicht auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit.

Doch könnte man auch anders bilanzieren und fragen: Was hat sich im Denken verändert, im öffentlichen Bewusstsein, in politischen Prozessen? Da sieht man

keine breiten, gut ausgezeichneten Wege, aber viele kleine Pfade in Richtung Nachhaltigkeit. Zwar ist nicht genug und vieles nicht schnell genug passiert, doch hat sich viel entwickelt seit 1992 – zum Beispiel:

- das Denken in globalen Zusammenhängen;
- die Erkenntnis, dass die Verteilungsgerechtigkeit etwa beim Klimaschutz bedeutet, dass jedem Menschen auf der Welt die gleichen CO<sub>2</sub>-Emissionen zustehen;
- Der Zeithorizont hat sich erweitert. Offenkundig reicht das Denken in Wahlperioden nicht, um globale Probleme zu bewältigen. Galt vor Rio das Jahr 2050 noch als Zahl für Science-Fiction und Utopisten, so ist es heute Zielgröße für politische Programme.
- Auch wenn wir allzu häufig noch danach handeln: Das Motto "Nach uns die Sintflut" ist gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert.
- Mehr Menschen richten ihren Lebensstil danach aus, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen und weltweite Solidarität zu zeigen. Davon zeugen viele "biofaire" Produkte und Projekte, die ein ressourcenarmes Leben in der Gemeinschaft ausprobieren.
- Institutionen von der Kirche bis zur Tagungsstätte bemühen sich um mehr Nachhaltigkeit, dokumentieren dies und lassen sich überprüfen.
- Einst visionäre Ziele wie eine Versorgung mit 100% erneuerbarer Energie sind in Deutschland zu einem politischen Ziel mit breiter Zustimmung geworden.
- Unternehmen entwickeln Strategien für mehr Nachhaltigkeit nicht nur als Marketinginstrument, sondern um ernsthaft ihre Produktion zu verändern.
- Auf staatlicher Ebene haben solche Strategien bislang nur begrenzten Erfolg. Das Gebot der Nachhaltigkeit ist weder in Deutschland noch sonst wo zum roten Faden der Politik geworden.

Dafür aber hat sich in vielen Städten und Gemeinden etwas getan, sowohl in der Kommunalpolitik wie auch auf Bürgerebene, ob traditionell mittels einer "Lokalen Agenda 21" oder in vielen neuen Initiativen, wie „urban gardening“ oder der "Transition towns movement". Nun heben diese Pluspunkte die Negativpunkte der Bilanz zwar nicht auf, geben aber doch etwas Anlass zur Hoffnung.

### Abschied von einem Irrglauben

Was ist nun von Rio 2012 zu erwarten? Anders als vor zwanzig Jahren herrscht diesmal keine Aufbruch-, sondern Krisenstimmung. Angesichts der Banken-, Staatsschulden- oder EU-Krise geraten die ökologische Krise und die Armutskrise in den Hintergrund. Der stille Klimawandel vermag da kaum zu mobilisieren. Vergäben Ratingagenturen ihre Noten nach ökologischer Verschuldung, fielen alle Industriestaaten auf Ramsch-Niveau.

Wachstum, Rettungsschirme, noch mehr Wachstum – im Rahmen dieser globalen Agenda wird auch die Rio-Konferenz im Juni stattfinden. Dazu passt ihr inhaltlicher Schwerpunkt der Green Economy. Ein "Green New Deal" soll die Weltwirtschaft ankurbeln und gleichzeitig die Umweltprobleme lösen. "Grüne" Investitionen (etwa in erneuerbare Energien) sollen Ressourcenverbrauch und Emissionen verringern und dazu wirtschaftliches Wachstum schaffen. Mit technischen Verbesserungen hofft man das Wirtschaftswachstum so weit vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, dass dem Wachstum keine Zügel mehr angelegt werden müssen.

Aber so wichtig grüne Innovationen und Effizienz sind, der Glaube an ein grenzenloses Wachstum in einer begrenzten Welt ist ein Irrglauben. 20 Jahre nach Rio müssen die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit nicht nur verbal anerkannt, sondern eingehalten werden. Denn sie bilden die Leitplanken unseres Umweltraumes, innerhalb derer sich Wirtschaft und Gesellschaft entfalten.

Tatsächlich aber dominiert heute mehr denn je die Ökonomie, ökologische und soziale Maßnahmen stehen unter Wachstumsvorbehalt und dürfen dem

Wirtschaftswachstum nicht schaden. Doch das Gebot der Nachhaltigkeit erfordert einen grundlegenden Wandel, einen Zivilisationswechsel – daran führt nichts vorbei.

Die Welt muss Abschied nehmen vom verschwenderischen Konsum in den Industrieländern auf Basis eines unbegrenzten Wirtschaftswachstums. Weil Schwellen- und vor allem Entwicklungsländer wirtschaftliches Wachstum benötigen, müssen die Industrieländer ihren Verbrauch von Energie und Ressourcen drastisch senken – auch wenn dies ihre Wirtschaftsleistung verringert. Der Abschied vom Wachstumsmodell steht an – "by design or by disaster", wie es der kanadische Ökonom Peter Victor formuliert hat.

### Handeln auf allen Ebenen

Eine Vorstellung, ein Design für diesen Zivilisationswandel hat der BUND mit Brot für die Welt und eed in der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt" ausgearbeitet. In Kurzfassung heißt dies: Wir brauchen neue globale Übereinkünfte und gleichzeitig eine Renaissance der Regionen. Wir brauchen eine forcierte Effizienzstrategie für Energie und Rohstoffe und gleichzeitig einen achtsamen Lebensstil. Und die Politik muss ihre Priorität gegenüber der Wirtschaft zurückgewinnen. Apropos: Wirtschaft umfasst nicht nur die Geldökonomie, sondern auch die Leistungen in Familie und Ehrenamt. Wir benötigen kürzere Arbeitszeiten und mehr Teilzeitmodelle, eine sozial ausgeglichene, gerechtere Gesellschaft sowie wirtschaftliche und soziale Strukturen, deren Stabilität nicht vom Wachstum abhängig ist.

Die stagnierenden internationalen Verhandlungen könnten mutlos machen, wenn man allein auf diese Ebene setzte. Umso wichtiger ist das Handeln auf allen Ebenen – auch und gerade vor Ort, in den Kommunen. Hier brauchen wir eine neue Qualität des Handelns: Statt wie bisher auf Pilot- und Leuchtturmprojekte zu setzen, müssen wir die guten Beispiele vervielfältigen. Wir müssen uns ehrgeizigere Ziele setzen: So kann das Ziel, als Gemeinde energieautark zu werden, neue Energi-

en freisetzen. Auch zwingen die knappen Kassen zu Prioritäten: Wir können nicht länger zweigleisig fahren, mit herkömmlichen Investitionen (für neue Straßen oder Parkhäuser) und gleichzeitig ein paar Fördermitteln für öffentlichen Nahverkehr und Radwege.

Schließlich wird eine gute Bürgerbeteiligung immer wichtiger. Denn neben Leitbildern und einer konkreten Nachhaltigkeitsstrategie brauchen wir für einen konsequenten Kurswechsel viel Energie, Schwung und Hartnäckigkeit, und dazu technische Innovationen und alle gesellschaftlichen Kräfte. Nur dann wird uns der Zivilisationswandel gelingen.

### Autorin

#### Angelika Zahrt

... ist Ehrenvorsitzende des BUND und Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung.



Vier Tage dauert es schon. Die vierjährige Helen verliert rasend schnell an Gewicht. Sie hat Cholera, ausgelöst durch verschmutztes Wasser. Helen hat acht Geschwister, ihre Mutter ist Witwe und weiß nicht mehr weiter. „Im Krankenhaus waren wir schon“, erzählt sie. „Aber eine Behandlung kostet 40.000 Schillinge (umgerechnet 13 Euro). Ich habe keine andere Wahl. Ich muss zusehen, wie meine Kinder sterben.“



Helens Familie wohnt in Uganda, am Ufer des Victoriasees, dem größten See Afrikas. Millionen Menschen leben an seinen Ufern, eng zusammengedrängt. Die Gegend ist eine der dichtest besiedelten der Welt. Die umliegenden Fabriken leiten ungeklärt Abwässer und Chemikalien in den See. Das Ökosystem hat sich stark verändert und viele Fischarten sterben aus. Damit geraten die Fischer immer tiefer in die Armut und die sozialen Konflikte nehmen zu. Die Bevölkerung hat keine Sanitäreinrichtungen, benutzt das verschmutzte Wasser zum Waschen und bereitet Nahrung damit zu. Ein tödlicher Kreislauf nimmt hier seinen Anfang.

So wie am Victoriasee ist das Leben von Hunderten Millionen Menschen weltweit bedroht, die noch immer keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Alle 20 Sekunden stirbt ein Kind an einer Krankheit, die durch verschmutztes Wasser verursacht wird. Aber eine medizinische Betreuung können sich die Ärmsten nicht leisten. „Wir dürfen nicht länger riskieren, dass Ökosysteme und menschliche Gemeinschaften extremen Schaden erleiden. Wir müssen einen neuen Weg in die Zukunft finden“, betont UNO-Generalsekretär Ban Kimoon. Die Ungleichheit zwischen Arm und Reich in der Welt wächst, mehr als eine Milli-

arde Menschen leben in extremer Armut. Der Ruf nach einer gerechteren und nachhaltigeren Zukunft wird immer lauter. In einigen Ländern kommt es zu Revolten, nachdem die Preise für Grundnahrungsmittel um bis zu 30 Prozent gestiegen sind. Zunehmende Verschmutzung, globale Erwärmung und wachsende Bevölkerungszahlen führen zu immer knapperen Ressourcen.

Unter dem Motto „Die Zukunft, die wir wollen“, veranstalten die Vereinten Nationen vom 20. bis zum 22. Juni 2012 in Rio de Janeiro ihre Konferenz über nachhaltige Entwicklung. 20 Jahre nach dem Erdgipfel von Rio treffen sich bei Rio+20 nun Staats- und Regierungschefs sowie Vertreter von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen aus aller Welt. Bei Rio+20 soll Bilanz gezogen werden, was in den vergangenen 20 Jahren geschehen ist und auch, was versäumt worden ist. Aber noch wichtiger wird es sein, dass die Teilnehmer sich einig darüber werden, wie wir in Zukunft leben und mehr für die Umwelt tun können.

Die offizielle Konferenz konzentriert sich dabei auf zwei Themenbereiche: das Schaffen einer grünen Wirtschaft für nachhaltige Entwicklung, Wachstum, Ausrottung der Armut und Klimaschutz sowie die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich nachhaltiger Entwicklung. Die Weltwirtschaft soll mithilfe grüner Investitionen den Weg in eine weniger kohlenstoff- und ressourcenintensive Welt ebnen. Seit der ersten Rio-Konferenz hat sich die Lage in vielen Bereichen der nachhaltigen Entwicklung verschlechtert. Trotz aller Appelle sind die Aussichten düster: Der Ausstoß von Kohlendioxid hat 2010 ein globales Rekordniveau erreicht. Damit beschleunigt sich der Klimawandel, das Risiko von Dürrekatastrophen und Überschwemmungen sowie das Artensterben nehmen weiter zu. Gleichzeitig leben immer mehr Menschen auf der Erde. Bis 2050 wird ihre Zahl auf neun Milliarden steigen. Schon jetzt nutzt die Menschheit die Ressourcen von 1,5 Planeten. Bei der derzeitigen Entwicklung bräuchten wir bereits 2030 zwei Planeten.



UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon hat im Vorfeld der Rio+20-Konferenz eine hochrangige Gruppe für globale Nachhaltigkeit einberufen, die eine wichtige Diskussionsgrundlage vorgelegt, und im Januar 2012 ihren Bericht veröffentlicht hat. Der Abschlussbericht der Gruppe, unter Vorsitz der finnischen Präsidentin Tarja Halonen und des südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma, beinhaltet 56 Empfehlungen, um nachhaltige Entwicklung in die Praxis umzusetzen und sie zu einem Teil der alltäglichen Wirtschaftspolitik zu machen. Dabei, so machte UNO-Generalsekretär Ban deutlich, ist nachhaltige Entwicklung keine Option, sondern eine Notwendigkeit.

Einer der Ansätze der Rio+20-Gruppe zur Wachstumsplanung bezieht die Nutzung von Ressourcen und den Grad der Umweltschädigung mit ein. Die Hochrangige Gruppe möchte besonders die Idee der Bewertung von Ressourcen und Umwelt im Abschlussdokument von Rio+20 sehen. „Im Moment sagen wir, es gibt Wachstum, obwohl wir eigentlich kein richtiges Wachstum haben. Wir schaffen Wachstum, indem wir Ressourcen aufbrauchen und damit den zukünftigen Generationen viele Möglichkeiten nehmen“, fasst EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard die Situation zusammen. Auch sie ist ein Mitglied der hochrangigen Gruppe. Rio+20 soll einen Paradigmenwechsel schaffen. Nötig ist ein klügeres, grüneres Wachstum und für die Wirtschaft darf „business as usual“ keine Option sein. Die Konsequenzen für Menschen und Umwelt wären fatal.

In den nächsten 18 Jahren wird allein der Bedarf an Nahrungsmitteln um mindestens 50 Prozent steigen. Wir brauchen eine nachhaltigere Art des Wachstums und diese muss sichtbar werden. Wirtschaftswachstum kann künftig nicht mehr allein am Bruttoinlandsprodukt gemessen werden, sondern muss auch die Nachhaltigkeit einbeziehen. Ein Weg ist es, einen Marktwert für Ressourcen, Energie und die Schädigung der Umwelt festzusetzen. Derzeit investiert die Welt sechs bis sieben Mal mehr in fossile als in erneuerbare Energien. Ein erstes Ziel ist es, jedem Menschen Zugang zu erneuerbaren Energien zu gewähren und ihren Anteil bis 2030 zu verdoppeln.



### Bis zu 50.000 Teilnehmer werden in Rio de Janeiro erwartet

Außer Regierungsvertretern werden bei der Rio+20-Konferenz etwa 40.000 bis 50.000 Teilnehmer aus dem privaten Sektor zusammenkommen, von Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Umweltverbänden und der Wirtschaft. Aber was kann wirklich erwartet werden, wenn sich so viele Menschen bei der wahrscheinlich größten Konferenz treffen, die die Vereinten Nationen jemals organisiert haben?

Zum Ende der letzten Verhandlungsrunde im Januar stellte der Generalsekretär der Konferenz, Sha Zukang, sieben Kernbereiche vor, über die in Rio de Janeiro diskutiert wird. Sie wurden von den Mitgliedsstaaten und Interessenvertretern ausgewählt. Mit diesen Sachgebieten soll ein Rahmen zur Förderung einer grünen Wirtschaft entstehen. Zu den Bereichen zählen die Ausrottung der Armut, grüne Jobs, Energie-, Wasser- und Nahrungsmittelsicherheit, Verstädterung, Katastrophen, Meere und Ozeane sowie Klimawandel und Biodiversität.

Kritik kommt von Seiten der Nichtregierungsorganisationen und Umweltverbänden. Sie haben wenig Hoffnung, dass es in Rio zu konkreten Ergebnissen kommt. Ein Grund dafür ist aus ihrer Sicht der Wahlkampf in den USA, der im Juni auf Hochtouren laufen wird. Hauptkritik aus Sicht der Umweltaktivisten: Barack Obama könne es sich nicht leisten, in Rio de Janeiro Zusagen zu geben, die ihm später zum Vorwurf gemacht werden könnten. Ein weiterer Kritikpunkt: Der Begriff der grünen Wirtschaft sei unscharf und es mangle an konkreten Maßnahmen zur Umsetzung.



Es wird an den Staaten liegen, in Rio global gültige Ziele zur Nachhaltigkeit zu vereinbaren, als Ergänzung zu den Millenniums-Entwicklungszielen, die im Jahr 2000 von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet wurden und sich vor allem auf die Armutsbekämpfung konzentrieren. Die hochrangige Gruppe hofft, dass das Abschlussdokument von Rio+20 inhaltlich nahe am von ihr vorgelegten Entwurf sein wird. Ziel von Rio+20 ist es, die Empfehlungen der hochrangigen Gruppe in konkrete Entscheidungen umzuwandeln. Neben den Millenniums-Entwicklungszielen braucht es spezifische globale Nachhaltigkeitsziele, wie den universellen Zugang zu moderner Energieversorgung für alle Menschen. Rio+20 heißt nicht: Was ist passiert in den letzten 20 Jahren? Sondern: Was müssen wir ab jetzt tun, in den nächsten 20 Jahren, um die nachhaltige Zukunft zu schaffen, die wir haben wollen? Ziel ist es, ein Dokument zu entwerfen, das darüber entscheidet, wie sich die Welt in den nächsten 20 Jahren entwickeln wird. Rio+20 bietet die Chance für globales Handeln, damit die Menschheit nachhaltige Entscheidungen treffen kann.

#### Der Autor

##### Arne Molfenter

... leitet das deutsche Verbindungsbüro des UN Regional Information Centres for Western Europe in Bonn und ist Pressesprecher der UNO in Brüssel und Bonn. Dieser Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder.





**1. Fishing off Atauro Island, Timor-Leste**

*A local fishing boat, pictured in the waters off Atauro Island, Timor-Leste.  
13 November 2010 Atauro Island, Timor-Leste UN Photo/Martine Perret*

**2. Secretary-General Addresses High-Level Panel on Global Sustainability**

*Secretary-General Ban Ki-moon addresses the newly-launched High-level Panel on Global Sustainability. He is flanked by Tarja Halonen (left), President of Finland, and Janos Pasztor, Director of his Climate Change Support Team.  
19 September 2010 United Nations, New York UN Photo/Ky Chung*

**3. Somalia Suffers from Severe Drought**

*A malnourished child waits for emergency medical assistance from the African Union Mission in Somalia (AMISOM), an active regional peacekeeping mission operated by the African Union with the approval of the United Nations. Somalia is the country worst affected by a severe drought that has ravaged large swaths of the Horn of Africa, leaving an estimated 11 million people in need of humanitarian assistance.  
16 July 2011 Mogadishu, Somalia UN Photo/Stuart Price*

**4. Fisherman Casts Net**

*Fisherman along the Wataboo beach casts net in the water to catch small fish.  
24 December 2008 Baucau, Timor-Leste UN Photo/Martine Perret*

Vor fast zwei Jahrzehnten hat die Weltgemeinschaft beim Gipfel in Rio de Janeiro eine Reihe von Versprechen gemacht. Umweltschutz war in den frühen 1990ern in Mode und eine einzige Konferenz brachte drei der bedeutendsten internationalen Abkommen der Neuzeit hervor. Zwei rechtsverbindliche Dokumente wurden unterzeichnet – das Rahmenabkommen über Klimaänderungen (UNFCCC) und das Übereinkommen über die biologische Vielfalt – und auch der Vorschlag, der schließlich zum Abkommen zur Bekämpfung von Wüstenbildung führte, wurde hier angenommen.

Zwei Jahrzehnte später sehen wir, dass den schönen Worten nicht immer Handlungen folgen. Je näher der Rio+20 Gipfel rückt, desto mehr wird der Wunsch nach einem ökologischen Wandel durch die Angst abgebremst, dass der Wirtschaft Schaden zugefügt werden könnte – als ob eine Entscheidung zwischen beidem getroffen werden müsste. Unsere Aufgabe als Verantwortliche ist es, diese Ängste auszuräumen und zu zeigen, dass eine grünere Zukunft und neues Wachstum für unsere Wirtschaft zwei Seiten einer Medaille sind. Wie wir in Rio zeigen werden, ist dieser Ansatz letztlich der anspruchsvollste und fairste für alle.

Ich werde immer häufiger gefragt, was denn ein erfolgreiches Ergebnis für Rio wäre. Die Antwort besteht meiner Meinung nach aus vier Bausteinen.

Erstens muss die Konferenz sicherstellen, dass sie handfeste Ergebnisse hervorbringt. Gute Vorsätze allein werden nicht länger ausreichen. Die Zeit ist nicht auf unserer Seite, und wir müssen konkrete Maßnahmen einleiten. Zweitens müssen wir sicherstellen, dass jeder die großen Vorteile einer grüneren Weltwirtschaft versteht. Wir müssen klarmachen, dass dies der beste Weg ist, um alle drei Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung anzugehen. Drittens brauchen wir messbare Ziele und Vorgaben, um den allgemeinen Prozess und Wandel zu einer nachhaltigeren Welt voranzutreiben. Viertens müssen wir die Führungsstrukturen der Institutionen verändern, die einen echten Wandel ermöglichen können. Neue Institutionen, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts angemessen sind.

**Lassen Sie uns diese Ideen ein wenig genauer ansehen.**

In den letzten 18 Monaten waren sich Politiker auf der ganzen Welt einig, dass die Rio+20-Konferenz den weltweiten Wandel zu einer grüneren und integrativeren Wirtschaft, und zu einer nachhaltigeren Zukunft, einleiten sollte. Dies kann nur erreicht werden, wenn konkrete Maßnahmen und Verpflichtung rund um den Globus umgesetzt werden.

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Eine grünere und integrativere Wirtschaft ist nicht nur eine Option – es ist eine weltweite Notwendigkeit. Wenn wir nicht lernen, mit den natürlichen Gütern und Ressourcen in einer nachhaltigeren Art und Weise umzugehen, wird unsere Wirtschaft und unsere Umwelt Schaden

nehmen und all unsere Anstrengungen, die Armut zu mildern und mehr Gerechtigkeit zu schaffen, werden niemals erfolgreich sein. Die Ärmsten in unserer Gesellschaft würden hierunter unverhältnismäßig stark leiden, da sie noch direkter von Wasser, Land, Meer, Wald und Boden abhängig sind.

Wir müssen auf verschiedenen Gebieten handeln, auf internationaler ebenso wie auf nationaler und regionaler Ebene. Die Ausarbeitung eines eindeutigen gemeinsamen Aktionsplans wird in den kommenden Monaten viel Arbeit erfordern. Wie wir alle wissen, werden mehrdeutige und unklare Aussagen und Abkommen nicht ausreichen.

Um unsere Botschaft weiterzutragen, müssen Politiker die transformative Energie einer grüneren Wirtschaft hervorheben. Wir müssen zeigen, dass grünes Wachstum zugleich die Agenda ist, die Ländern hilft, Armut zu bekämpfen, soziale Teilhabe zu bewahren und eine Entwicklung auf nachhaltiger Basis zu verankern.

Einfach zu erklären, dass wir unsere wirtschaftlichen Aktivitäten auf die Bereiche Wasser, Wälder oder Weltmeere richten, wird nicht genügen. Wir müssen präzise und handlungsfähig sein, und wir müssen die entsprechenden marktwirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen, um dies zu ermöglichen. Ebenso müssen wir genügend Ressourcen mobilisieren.

Auch Unternehmen müssen beteiligt werden und helfen, die Botschaft einer besseren, da grüneren, Wirtschaft zu verbreiten. Die Industrie sollte Ent-

wicklungsländern zeigen, dass eine grüne Ökonomie auch Wachstum und Arbeitsplätze ohne eine sinnlose Ausbeutung natürlicher Ressourcen schaffen kann. Der Großteil der Produktivitätsgewinne durch eine höhere Effizienz bei der Ressourcennutzung liegt tatsächlich in den Entwicklungsländern.

Im gesellschaftlichen Sinne wird es nicht ausreichen, über Teilhabe im Allgemeinen zu sprechen. Wir müssen auch hier präzise und handlungsfähig sein und zeigen, wie entsprechende Instrumente eingeführt werden können, die Arbeitsplätze schaffen und zugleich die Armut reduzieren.

Konkrete Zielvorgaben werden helfen, unsere Anstrengungen auf Nachhaltigkeit zu konzentrieren. Ich glaube, dass wir in der Lage sind, globale Vorgaben zu entwickeln, die Fortschritt vorantreiben und beschleunigen. Für eine nachhaltige Energiepolitik, zum Beispiel, wofür wir bereits Ziele haben, die der UN-Generalsekretär vorgeschlagen hat, und für eine verbesserte Wassereffizienz, für das Aufhalten der Bodendegradation und des Verlustes von Ökosystemen, für die Weltmeere, für die Müllreduzierung und Recycling. Es gibt zahlreiche Beispiele, wie eine grüne Ökonomie funktionieren kann.

Vorgaben im Bereich der Müllverwertung und anderen Gebieten müssen sorgfältig geplant werden, so dass die Fortschritte auch transparent und nachvollziehbar gemessen werden können.

Aber es macht wenig Sinn, sich solche Ziele zu setzen, wenn es keine Kapazitäten gibt, sie in die Realität umzusetzen. Deshalb appelliert die Kommission an internationale Organisationen, da diese das nötige Profil und die angemessenen Instrumente haben, um diesen Prozess zu begleiten. Die Kommission empfiehlt eine Aufwertung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), um eine spezialisierte UN-Behörde für Umwelt mit erweiterten Befugnissen zu schaffen.

Entwicklungszusammenarbeit und -unterstützung kann beim Beschleunigen von Investitionen und beim Stärken

vorhandener Kapazitäten eine wichtige Rolle spielen, besonders bei den am wenigsten entwickelten Ländern. Aber der Großteil der Ressourcen für einen Wandel muss aus anderen öffentlichen und privaten Quellen mobilisiert werden, sowohl national wie auch international. All unsere internationalen Institutionen sollten mobilisiert werden, um hierfür weitere Pläne zu entwickeln. Öffentliche Investitionen sollten für die privaten Ressourcen wie ein Hebel wirken, denn die Möglichkeiten sind einfach zu groß, um nur von offizieller Hilfe vorangetrieben zu werden. Der neueste Bericht von McKinsey zur Ressourceneffizienz schätzt die Produktivitätsgewinne durch verbesserte Bewässerungstechniken und die Verhinderung von Wasserverlusten durch Lecks bis zum Jahr 2030 auf 280 Mrd. Dollar – hauptsächlich in den Entwicklungsländern. Diese potentiellen Gewinne stellen den gesamten EU-Haushalt für Entwicklung in den Schatten.

Während ich dies heute schreibe, sind es weniger als vier Monate bis zum nächsten Weltgipfel in Rio im Juni. Ich kann Ihnen versichern, dass wir die verbleibende Zeit weise nutzen werden. Die EU befindet sich in permanentem Gedankenaustausch mit anderen Ländern und Partnern, um eine Agenda für Rio zu entwickeln, die ambitionierte, konkrete und funktionsfähige Ergebnisse für die nächsten Generationen sichert.

Wir müssen sicherstellen, dass die Zukunft, die wir uns wünschen, auch die Zukunft ist, die wir bekommen.

.....  
Autor

**Janez Potocnik**  
EU-Kommissar für Umwelt



20 Jahre nach der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro rückt diese Stadt erneut in den Mittelpunkt des Weltinteresses: Vom 20. bis 22. Juni 2012 findet der Weltgipfel „Rio + 20“ statt. Waren 1992 die Agenda 21, die Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung, die Klimarahmenkonvention und die Biodiversitätskonvention Ergebnisse dieses ersten Weltgipfels, so geht es nun um eine „Umweltverträgliche Wirtschaft im Kontext mit nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung“ sowie um den „Institutionellen Rahmen für nachhaltige Entwicklung“.

Rio + 20 bietet die einzigartige Gelegenheit, eine Bilanz zu ziehen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung, die aktuellen globalen Herausforderungen zu identifizieren und als Antwort darauf eine Zukunftsstrategie für Nachhaltigkeit unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung neu zu formulieren.

Wie diese Herausforderungen aus europäischer Sicht aussehen, hat die EU-Kommission in ihrem Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa vom September 2011 treffend beschrieben: Im Verlauf des 20. Jahrhunderts hat sich der weltweite Verbrauch fossiler Brennstoffe verzehnfacht. Der Abbau von Bodenschätzen ist in der gleichen Zeit um den Faktor 34 gestiegen. Die Unternehmen müssen immer höhere Preise für unverzichtbare Rohstoffe zahlen, ihre Knappheit und starke Preisschwankungen, die auch durch Spekulationen mit Rohstoffen bedingt sind, belasten die Wirtschaft. Der Abbau vieler Rohstoffe gestaltet sich zunehmend schwierig, er erfolgt zum Teil unter sozial fragwürdigen Bedingungen, und die Umweltmedien sind dabei weltweit vielen Belastungen ausgesetzt.

Bis zur Mitte des Jahrhunderts wächst die Weltbevölkerung von 7 auf 9 Milliarden Menschen. Die Zahl der Menschen, die in Industriegesellschaften leben, wird sich im selben Zeitraum verdreifachen. Die EU-Kommission prognostiziert: „Wenn wir Ressourcen weiterhin in demselben Tempo verbrauchen, benötigen wir bis 2050 insgesamt das Äquivalent von mehr als zwei Planeten, und die Hoffnungen vieler Menschen auf eine bessere Lebensqualität werden nicht erfüllt.“ Die Frage eines schonenden Umgangs mit den natürlichen Ressourcen ist deshalb eines der zentralen globalen Zukunftsthemen.

Aber es ist nicht nur die Rohstofffrage, die es rechtfertigt, das Prinzip eines nachhaltigen Wirtschaftens auf die Tagesordnung der Weltgemeinschaft zu setzen. Es ist auch eine geradezu stürmische wirtschaftliche Entwicklung in Schwellenländern, wo zu Lasten der Umwelt dieselben Fehler gemacht werden, die uns in Deutschland als Folgen unserer eigenen Vergangenheit in Form von „Altlasten“ in Erinnerung bleiben. Hier können wir unsere Erfahrung weitergeben, dass das einseitige Interesse an einer wirtschaftlichen Entwicklung ohne Rücksicht auf vermeintlich kostenträchtige Umweltschutzmaßnahmen nur die vordergründig „billigste“ Lösung ist. Aus der Sicht nachfolgender Generationen ist die volkswirtschaftliche Kostenbilanz eine andere. Nachhaltiges Wirtschaften hat künftige Generationen mit im Blick und erweist sich unter dieser Perspektive als die volkswirtschaftlich günstigere Lösung. Nachhaltiges Wirtschaften kennt deshalb nicht einen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie, sondern zwischen kurzfristigem und langfristigem Denken.

Wenn die Vereinten Nationen mit dem Erdgipfel Rio + 20 das Ziel verfolgen, eine umweltverträgliche, nachhaltige Wirtschaftsordnung zu etablieren, dann ist das also die richtige Antwort auf diese Herausforderungen. Die Etablierung einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung ist keine Belastung für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern sie ist

die Strategie, die auch langfristig wirtschaftlichen Erfolg gewährleistet. Nachhaltig ist in diesem Verständnis – wie es in einer Mitteilung der EU-Kommission zu Rio + 20 vom Juni 2011 heißt – eine Wirtschaftsordnung, die Wachstum und Entwicklung gewährleisten kann und zugleich das Wohlergehen der Menschen verbessert sowie das Naturkapital erhält. Sie hat also eine ökonomische, eine soziale und eine ökologische Funktion.

Die Aufgaben, die sich daraus für uns in Deutschland ergeben, sind sicherlich von anderer Qualität, als sie sich in vielen anderen Teilen der Erde stellen, wo es primär darum gehen muss, zunächst einmal ein hohes Schutzniveau für die Umweltmedien Luft, Boden und Wasser zu erreichen. Unsere Aufgabe in Deutschland ist vor allem darin zu sehen, die Produktion und den Konsum so zu gestalten, dass dabei möglichst wenig Rohstoffe und Energie verbraucht werden. Dies soll nicht im Sinn einer Wachstumsbremse verstanden werden. Das Gegenteil ist der Fall. Ressourceneffizienz als Leitprinzip ist ein Katalysator für eine Innovationsoffensive, und Innovationen sind unser wichtigstes Kapital im internationalen Wettbewerb. Ressourceneffizienz verlangt den sparsamen Einsatz von Rohstoffen und nach Möglichkeit den Einsatz erneuerbarer Rohstoffquellen. Die Umwelttechnologien, die das ermöglichen sollen, werden weltweit mehr und mehr zu einem Treiber für Wachstum. Begriffe wie „Greentech“, „Green Transformation“ oder „Green Economy“ belegen die internationale Ausrichtung der Umwelttechnologien.

Roland Berger ermittelt dafür inzwischen jährliche Wachstumsraten von mehr als 6 % und prognostiziert, dass im nächsten Jahrzehnt Umwelttechnologien am Bruttoinlandsprodukt einen Anteil von mehr als 20 % haben werden. „Auf die ökonomische Globalisierung muss die ökologische Globalisierung folgen,“ sagte der Vorstandsvorsitzende der Robert Bosch

AG, Franz Fehrenbach, als er im Februar in Frankfurt als Greentech-Manager des Jahres ausgezeichnet wurde und verwies darauf, dass der Beitrag seines Unternehmens zur Umwelt- und Ressourcenschonung bereits 40 % des Bosch-Umsatzes ausmache. Aber es sind nicht nur die großen Unternehmen, unter ihnen die BASF, die auf „grüne“ Technologien setzen. Rund 500 Mittelständler in Deutschland sind hier in ihren Bereichen Weltmarktführer. Darunter befinden sich auch eindrucksvolle unternehmerische Beispiele aus Rheinland-Pfalz.

Mit der Agenda 21 hat der erste Weltgipfel von Rio einen Prozess angestoßen, der vielfach mit dem Motto „Global denken – lokal handeln“ umschrieben wird. Dieser Prozess erfordert das Engagement der Zivilgesellschaft und setzt auf einen „Bewegung von unten“, mit der die globalen Herausforderungen angegangen werden sollen. Das muss auch das Ziel von Rio + 20 sein. Nachhaltigkeit bei der Produktion und beim Konsum wird weniger durch Kommunikatives und Deklarationen auf bedrucktem Papier erreicht, sondern letztlich durch praktisches Handeln vor Ort. Und so stellt sich auch für uns in Rheinland-Pfalz die Frage, wie unser Beitrag aussieht auf dem Weg zu einer globalen umweltverträglichen Wirtschaft.

Wir leisten unseren Beitrag, indem wir z.B. gezielt für mehr Ressourceneffizienz in den Unternehmen, vor allem den mittelständischen Betrieben, werben und diese mit praktischen Beratungsangeboten unterstützen. Für Rohstoffe und Materialien gaben deutsche Unternehmen nach einer Analyse der KfW im Jahr 2009 fast 800 Mrd. Euro aus. Materialkosten stellten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2010 im produzierenden Gewerbe mit 46 % den bei Weitem größten Kostenblock dar, während der Anteil für Personal auf 18 % zurückging. Nach Angaben der Deutschen Materialeffizienzagentur lassen sich bis zu 20 % der Materialkosten einsparen und vielfach innerhalb kürzester Zeit amortisieren.

Im Effizienznetz Rheinland-Pfalz (EffNet) ([www.effnet.rlp.de](http://www.effnet.rlp.de)) bündeln und koordinieren 36 Kooperationspartner aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung ihr Beratungs-Know-How unter der Federführung des Landesamts für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht (LUWG), der Energieoffensive Rheinland-Pfalz (EOR). Zudem werden den einzelnen Unternehmen durch das LUWG und die Sonderabfall-Management-Gesellschaft (SAM) sogenannte „EffChecks“ angeboten, die den Blick auf Effizienzpotenziale im Betrieb schärfen. Gemeinsam mit Partnern aus anderen Bundesländern ist darüber hinaus die SAM Gründerin und Trägerin des „PIUS-Internetportals“ für produktionsintegrierten Umweltschutz ([www.pius-info.de](http://www.pius-info.de)).

Das Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) am Umweltcampus Birkenfeld propagiert zur Umsetzung der Idee der Nachhaltigkeit in Rheinland-Pfalz und in einem internationalen Netzwerk das Stoffstrommanagement als Instrument zur Umsetzung der Kreislaufwirtschaft. Das Stoffstrommanagement soll helfen, in der Region oder im Unternehmen die eigenen Potenziale zu identifizieren und damit Wertschöpfung vor Ort zu betreiben.



Durch Kreislaufwirtschaft sollen eingesetzte Rohstoffe über den Lebenszyklus einer Ware hinaus in den Produktionsprozess zurückgelangen. Wir folgen dem Leitbild eines Kreislaufwirtschaftslands Rheinland-Pfalz und damit der Zielsetzung, Abfälle zu vermeiden beziehungsweise angefallene Abfälle nach Möglichkeit als Sekundärrohstoffe zu betrachten. Mit der dafür erforderlichen Wertstofffassung befinden wir uns in der Spitzengruppe der Bundesländer. Aus Rheinland-Pfalz stammt High-Tech-Sortiertechnologie. Das Papier-, Glas- und Kunststoffrecycling ist „im Markt angekommen“.

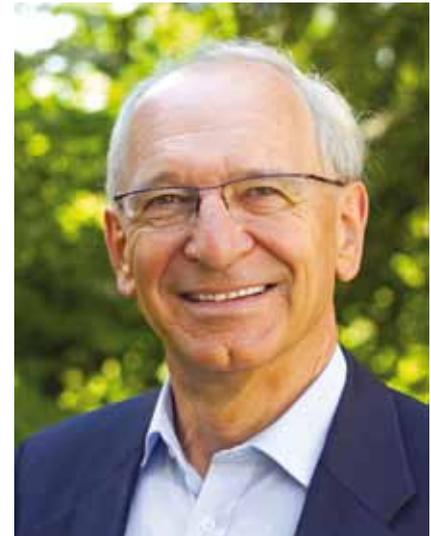
Gleiches gilt zwar für das Metallrecycling, doch ist die Erfassung von metallhaltigen Abfällen insbesondere in Elektro-Altgeräten nach wie vor in Deutschland und auch in Rheinland-Pfalz unbefriedigend. Darauf, hier zu Verbesserungen zu kommen, legen wir in Zukunft einen Schwerpunkt. Es wird aber auch notwendig sein, die Palette strategisch wichtiger Metalle, die sich vor allem in Elektronik-Altgeräten befindet, besser als bisher für den Sekundärrohstoffmarkt zu erschließen. Neben diesem Bereich und neben dem Ausbau des Recyclings von Bau- und Abbruchabfällen kommt es in Rheinland-Pfalz darauf an, noch mehr als bisher Bioabfälle, das heißt organische Abfälle aus Haushalten, Gastronomie, Nahrungsmittelindustrie oder aus der Landschaftspflege optimal als Energieträger sowie als Bodenverbesserungsmaterial zu nutzen. Es geht hier insgesamt – kurz gefasst – um Urban Mining.

Auf dem Gebiet der Umwelttechnologie verfügt Rheinland-Pfalz über eine Reihe sehr gut aufgestellter, vor allem mittelständischer Betriebe. Indem diese sich besser vernetzen und zu gemeinsamen Marktaufritten kommen, können sie auf den internationalen Märkten ihre Chancen verbessern. „Die Märkte der Zukunft sind grün“, hat Prinz Hassan von Jordanien bereits Mitte des letzten Jahrzehnts als Präsident des Club of Rome prognostiziert.

Der internationalen Dimension der Rio + 20- Konferenz ist auch das Engagement des Landes Rheinland-Pfalz bei zwei Partnerschaftsprojekten geschuldet: Gemeinsam mit der Stadt Mainz wurde die Idee eines Kreislaufwirtschaftskonzepts für Ruanda auf den Weg gebracht. Diese Idee mündete in den Auftrag an ein hiesiges Ingenieurbüro, ein solches Konzept für die Hauptstadtregion in Ruanda – finanziert aus Mitteln des United Nations Development Programme – zu entwickeln und dessen Umsetzung zu begleiten. In unserer chinesischen Partnerprovinz Fujian konnte ein weiteres bemerkenswertes Projekt realisiert werden: In Kooperation mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) wurde an der dortigen Universität Xiamen eine Leitstelle zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Bereich des Umweltschutzes und des Low Carbon Life ermöglicht.

.....  
**Autor**

**Dr. Gottfried Jung**  
 Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz,  
 Energie und Landesplanung



Im Juni 2012 werden die Regierenden der Welt in Rio de Janeiro, Brasilien, zur UN-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung zusammentreffen, besser bekannt unter dem Namen ‚Rio+20‘. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon sprach bereits von „einem der wichtigsten Treffen in der Geschichte der Vereinten Nationen“, das ausschlaggebend für die weitere Zukunft der Weltgemeinschaft sei. Und zieht man dabei in Betracht, dass Städte bereits heute 50% der Weltbevölkerung beheimaten und für 75% der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, wird klar, dass diese Zukunft in den Städten gestaltet werden wird.

Der Name ‚Rio+20‘ bezeichnet das zwanzigjährige Jubiläum der als ‚Erdeipfel‘ bekannten, ebenfalls in Rio de Janeiro ausgerichteten UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992, auf der die ‚Agenda 21‘ verabschiedet wurde, der Aktionsplan der Vereinten Nationen zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. Darin enthalten war ein kurzes, von ICLEI eingebrachtes Kapitel zu den ‚Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21‘, das jedoch ausreichte, um eine globale Bewegung für eine ‚Lokale Agenda 21‘ auszulösen.

Wenn die Weltstaatengemeinschaft nun 2012 wieder nach Rio zurückkehrt, sollte sie den kaum vorhersehbaren Erfolg dieser Bewegung zur Kenntnis nehmen und darüber beraten, wie dieser weiter ausgebaut und unterstützt werden kann.

### Vielfalt als Stärke: Typen lokaler Nachhaltigkeitsprozesse

In Vorbereitung auf die Rio+20 Konferenz hat ICLEI in seiner Studie ‚Local Sustainability 2012‘ lokale Nachhaltigkeitsprozesse weltweit untersucht und danach charakterisiert, durch welche Institution oder Politikebene sie initiiert und etabliert wurden, und welche typischen Eigenschaften sich durch die jeweilige Entstehung ausprägen konnten. Dabei haben sich fünf Prozesstypen herauskristallisiert:

#### Typ 1: Kommunale Strategie

Viele lokale Nachhaltigkeitsprozesse werden in erster Linie von (Menschen in) Kommunalverwaltungen ins Leben gerufen, die in einem solchen Prozess große Chancen für eine positive Entwicklung der eigenen Stadt oder Gemeinde sehen: Städte, die vor einem wirtschaftlichen Strukturwandel stehen, von einer Krise erschüttert wurden, in der Konkurrenz um die Ansiedlung Steuern zahlender Betriebe das Nachsehen haben oder durch Fehlentscheidungen in der Vergangenheit mit Attraktivitätsproblemen zu kämpfen haben, sehen vielfach im radikalen Umsteuern auf eine nachhaltige Kommunalentwicklung ihre Chance zum Gegensteuern - und setzen damit häufig neue, nachhaltigere Standards für alle Kommunen ihres Landes.

#### Typ 2: Zivilgesellschaftliche Initiative

Auch andere gesellschaftliche Bereiche als die Kommunalverwaltungen und ihre nationalen und internationalen Organi-

sationen beschäftigen sich mit Nachhaltigkeit: Bildungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, Wissenschaftler, Medien und andere haben das Thema längst in ihre Curricula, Projekte und Veröffentlichungen aufgenommen und sind an manchen Orten gar die treibende Kraft für den lokalen Nachhaltigkeitsprozess geworden. Zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeitsprozesse zeichnen sich im Vergleich zu den durch etablierte politische Organisationen initiierten Prozessen oft durch ein erhebliches Maß an Experimentierfreude und Kreativität aus. Uneinheitlich ist, inwieweit der zivilgesellschaftliche Prozess darauf angelegt ist, sich mit der ‚offiziellen‘ Kommunalpolitik zu verzahnen.

#### Typ 3: Konzertierte Aktion

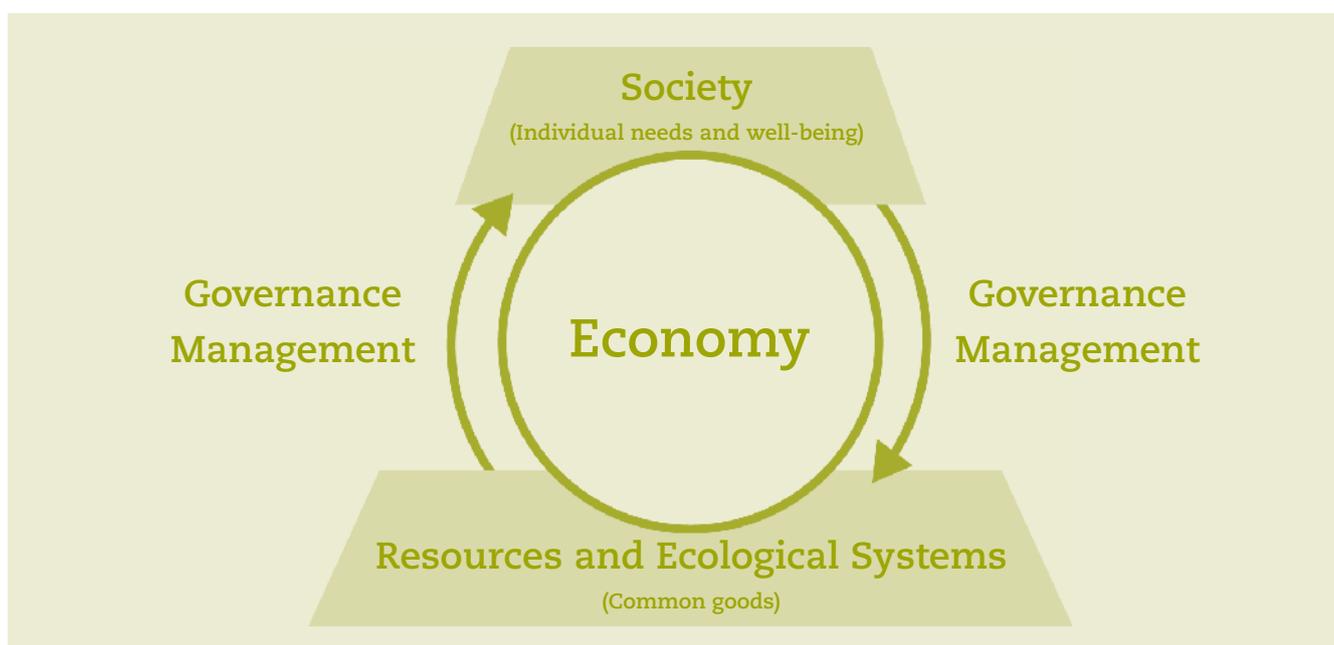
Als besonders wirksam zur Förderung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse haben sich Programme und Kampagnen von Organisationen erwiesen, bei denen Kommunen - meist freiwillig - Mitglied sind. Nationale Verbände und Netzwerke sowie internationale Zusammenschlüsse von Kommunen schreiben sich explizit die Vertretung der Anliegen der Kommunen auf die Fahnen und genießen daher in der Regel ein hohes Maß an Vertrauen bei diesen. Ihre Initiativen sind geprägt von Unterstützungsangeboten wie Information, Fortbildung, Anleitung und Erfahrungsaustausch, ihre Aktivitäten entfalten ihre Wirkung durch die Teilnahme vieler Kommunen und bieten dabei einzelnen Städten oft eine Bühne, ihre Erfolge anderen öffentlich zu präsentieren - was nicht selten einen gesunden Wettbewerb unter den Kommunen auslöst.

#### Typ 4: Nationales Programm

In ihrem Ursprung war die Lokale Agenda 21 ein Aufruf an die Kommunen, über die bis dato gültigen Pflichtaufgaben hinaus aktiv zu werden. Allerdings geht mit der zunehmenden Entwicklung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien und der Wertschätzung kommunaler Aktivitäten ein gewisses Maß an Institutionalisierung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse auf nationaler Ebene einher. Nationalregierungen verfügen über eine ganze Reihe von Möglichkeiten, lokale Prozesse und Strategien zu initiieren und zu fördern oder zumindest günstige Rahmenbedingungen für lokale Aktivitäten zu schaffen. Diese reichen von einem klaren gesetzlichen Mandat an die Kommunen über die Aufnahme von Nachhaltigkeitskriterien in die Fachgesetzgebung und in Förderprogramme bis hin zur Durchführung nationaler Kampagnen zur lokalen Nachhaltigkeit.

#### Typ 5: Internationale Partnerschaft

Für viele Kommunen kam der lokale Nachhaltigkeitsprozess sozusagen im Paket mit der Teilnahme an Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit. Durch Programme der internationalen Zusammenarbeit initiierte Nachhaltigkeitsprozesse folgen tendenziell einer vorgegebenen Methode und klar definierten Prozesskriterien, ohne deren Einhaltung der Erhalt der finanziellen Fördermittel gefährdet wäre. So entstehen wohl begleitete Prozesse, die auf bemerkenswerte Weise in angemessener Zeit Ergebnisse liefern. Vor der entscheidenden Hürde stehen diese Nachhaltigkeitsprozesse jedoch vor allem am Ende des Finanzierungszeitraumes, wenn sich erweisen muss, ob sie selbst auf Nachhaltigkeit angelegt waren, d.h. ob die geschaffenen Strukturen und Abläufe weiterhin und dauerhaft aufrechterhalten werden oder nicht.



*Nachhaltiges Wirtschaften statt der ‚drei Säulen‘*

*Wie die Abbildung illustriert, stellt menschliches Wirtschaften in dieser Betrachtungsweise den zentralen Vorgang dar, mittels dessen natürliche Ressourcen („common goods“) in Güter und Dienstleistungen zur Verbesserung der menschlichen Lebensqualität („individual needs and well-being“) umgewandelt werden. Eingeschränkt wird dieser Vorgang des Wirtschaftens durch politische Regulierungen und die Grenzen der verfügbaren Verfahren („governance/management“). Nachhaltige Entwicklung wäre nach diesem Modell eine Wirtschaftsweise, die natürliche Ressourcen nur im Rahmen ihrer Regenerations- und Absorptionsfähigkeit nutzt und gleichzeitig allen Menschen in gleichem Maße ein ethisch vereinbartes Mindestmaß an Lebensqualität garantiert. Aufgabe der Politik auf allen Ebenen wäre es, hierfür die jeweiligen Standards verbindlich festzulegen und ihre Nichteinhaltung zu sanktionieren.*

## Statements für die Zeit nach Rio+20

In den vergangenen zwei Jahrzehnten konnten Kommunen zeigen, dass sie in der Lage sind - und dies möglicherweise besser als ihre nationalen Regierungen oder internationale Organisationen - die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung anzugehen und entsprechende Prozesse in Gang zu bringen. Die Nachhaltige Entwicklung ist damit vor Ort angekommen und nicht länger ein fernes, theoretisches Konzept, sondern verbunden mit konkreten Vorstellungen und kommunalpolitischen Tagesfragen.

### 1. Das Bewusstsein vor Ort über die globalen und zukünftigen Auswirkungen heutigen Handelns war niemals größer.

20 Jahre nach der ersten Rio-Konferenz gehorchen lokale Nachhaltigkeitsprozesse weltweit nicht einer gemeinsamen Methode, aber einer gemeinsamen Logik: Der Einsatz vor Ort für ein besseres Leben auf dem gesamten Planeten ist der Nebeneffekt eigentlich beabsichtigter Verbesserungen der lokalen Lebensbedingungen. Lokale Nachhaltigkeit heißt damit zunächst eine gesunde, ausgeglichene und krisenunanfällige Wirtschaftsstruktur, Arbeit, ein attraktives natürliches und bauliches Umfeld, gute Unterkunft, gesunde Nahrung, Luft und Wasser, funktionierende soziale und politische Systeme sowie öffentliche Dienstleistungen, und zunehmend die (vor allem finanzielle) Unabhängigkeit von teurer werdenden fossilen Ressourcen. Dass all dies jedoch unter dem Paradigma der Anerkennung globaler Ökosystemgrenzen und im Bewusstsein über die Wechselwirkungen des eigenen Handelns mit den Lebensbedingungen am anderen Ende der Welt stattfindet, macht die Einzigartigkeit dieser so in der Geschichte noch nie da gewesenen Bewegung aus.

### 2. Ein guter lokaler Nachhaltigkeitsprozess verbindet die verschiedenen treibenden Kräfte in sinnvoller Weise.

Lokale Nachhaltigkeitsprozesse sind geprägt durch die Kräfte, die sie initiieren. Die in der ICLEI-Studie beschriebenen Typen zeigen, dass diese Kräfte

unterschiedlichen Systemen entspringen: Kommunalverwaltung, Zivilgesellschaft, Netzwerke, Nationalregierungen und internationale Partner geben lokalen Prozessen ihr Gesicht und eine bestimmte Qualität mit auf den Weg. Es ist wichtig festzustellen, dass diese unterschiedlichen Qualitäten jede für sich wertvoll, aber nicht hinreichend für einen guten Nachhaltigkeitsprozess sind. Zusammen genommen ergeben sie ein simples, aber hilfreiches Kräftefeld: Ein idealer lokaler Nachhaltigkeitsprozess wird kommunale Entwicklungsstrategie, zivilgesellschaftliche Initiative, konzentrierte Aktion gemeinsam mit anderen Kommunen, nationale Programme und internationale Partnerschaft sinnvoll miteinander verbinden.

Die fünf Typen eignen sich also als Kriterien-Set, an dem sich die Weiterentwicklung sowohl der lokalen Nachhaltigkeitsprozesse selbst als auch der Unterstützungsprogramme für solche orientieren könnte.

### 3. Die multi-kommunale Bewegung bereitet den Boden für eine ambitioniertere nationale und internationale Nachhaltigkeitspolitik.

Das Phänomen, dass Zehntausende von Kommunen quer über den Globus mannigfaltige lokale Aktivitäten unter das gemeinsame Wertedach ‚Nachhaltigkeit‘ stellen und damit nationale und internationale Politik beeinflussen und Standards verändern, stellt eine gewaltige politische Innovation dar. Die Auswirkungen dieser politischen Innovation zeigen sich jedoch (noch) nicht primär, wie eigentlich ursprünglich erwartet, in messbaren, drastischen Veränderungen der physischen Gegebenheiten, Energie- und Stoffströme, sondern vor allem in sozialen Innovationen, die allerdings ihrerseits Voraussetzung dafür sind, dass die zweifellos notwendigen physischen Veränderungen gesellschaftlich verankert und mitgetragen werden. Dieses Potenzial lokaler Nachhaltigkeitsprozesse gilt es anzuerkennen und auszubauen.

### 4. Lokale Nachhaltigkeitsprozesse fördern die Ausbreitung sozialer Innovationen.

Die Entwicklung der lokalen Nachhaltigkeitsbewegung fiel zeitlich zusammen

mit der massiven Ausbreitung der Nutzung des Internets, privater Computer und mobiler Telefone weltweit. Dies eröffnete der Zivilgesellschaft völlig neue Möglichkeiten, sich zu organisieren, Informationen zu beschaffen oder an politischen Prozessen zu beteiligen. Lokale Nachhaltigkeitsprozesse haben davon profitiert, dass mit Hilfe der neuen Medien kostengünstig Informationen an vorher unvorstellbar große Verteiler verbreitet, Beteiligungsmethoden weiter entwickelt und Aktivitäten vor Ort mit solchen an anderen Orten besser vernetzt werden konnten. Wichtiger jedoch ist es, das hierin liegende Potenzial für soziale Innovationen zu erkennen und in Zukunft noch besser auszuschöpfen: Neue, oft internetbasierte Organisationsformen wie Carrot Mobs, Crowd Sourcing, Crowd Funding, Participatory GIS, Guerilla Gardening, Pledges etc. versetzen Bevölkerungsgruppen in die Lage, von Betroffenen oder Befragten zu relevanten Akteuren zu werden. Die in lokalen Nachhaltigkeitsprozessen traditionell verbreiteten, klassisch-konsultativen Beteiligungsformen hingegen haben ihre Stärken eher in der Erarbeitung gemeinsamer Ideen und Positionen. Werden beide Formen zusammengeführt, kann von lokalen Prozessen noch deutlich mehr Kraft ausgehen als bisher.

### 5. Lokale Nachhaltigkeitsprozesse waren eine der ersten ‚Open Source‘- Bewegungen, und das ist auch ihre Stärke.

Die kommunale Nachhaltigkeitsbewegung der vergangenen zwanzig Jahre verlief ungesteuert und explorativ, es gab nicht die eine Organisation, die weltweit die lokal ablaufenden Prozesse strukturierte, standardisierte, dokumentierte oder evaluierte. Dennoch hat sich in derselben Zeit eine ganze Reihe internationaler Organisationen und Netzwerke gebildet, die Kommunen in Sachen Nachhaltigkeit miteinander vernetzen und auf dem internationalen Parkett vertreten. Zahlreiche internationale Instrumente, die Kommunen für ihre Nachhaltigkeitsprozesse Orientierung, Anerkennung und Möglichkeiten der Evaluierung bieten, wurden von verschiedener Seite und mit unterschiedlichem Ziel entwickelt. Zunehmend begannen auch einzelne Kommunen,



Frauen: Trägerinnen der Entwicklung in Afrika

sich international zu engagieren und zu präsentieren, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind vielfach in bisher nicht gekanntem Maß zu global agierenden Figuren geworden. Während die nachhaltige Entwicklung sich in ihrer Umsetzung also kommunalisiert hat, haben sich gleichzeitig die Kommunen ‚globalisiert‘.

#### 6. Kommunen tragen die Folgen einer deregulierten globalisierten Wirtschaft.

Die Entwicklung dieser multi-kommunalen Nachhaltigkeitsbewegung fiel zeitlich zusammen mit der Globalisierung der Wirtschaft, was weltweit agierenden Unternehmen praktisch uneingeschränkten Zugriff auf natürliche und menschliche Ressourcen verschaffte. Die politische Antwort hierauf sind jedoch noch immer durch Nationalstaaten (in einer sich nach unten regulierenden gegenseitigen Konkurrenz) festgelegte, höchst unterschiedliche und oft im Zweifelsfall verhandelbare Umwelt- und Sozialstandards. Die konkreten negativen Auswirkungen dieses Ungleichgewichtes können weltweit ‚vor Ort‘ besichtigt werden: Überall da, wo Menschen keinen Zugang mehr zu sauberem Wasser haben, wo unter menschenunwürdigen Verhältnissen Waren für die westliche Welt produziert

werden, wo über Generationen hinweg gesunde Firmen aufgekauft und abgewickelt werden, wo Wälder abgeholzt oder Ackerflächen verseucht werden, wo die Preise für Getreide, Strom, Heizöl oder Stahl sich vervielfachen.

Sowohl für die betroffenen Menschen als auch für die internationalen Organisationen, die helfen wollen, sind die Kommunen die primären Ansprechpartner: Die lokalen Nachhaltigkeitsprozesse füllen damit ein Vakuum, das zwischen globalisierter Wirtschaft und nationaler Umwelt- und Sozialpolitik klafft.

#### 7. ‚Nachhaltiges Wirtschaften‘ ist eine Chance, die vielfältigen Krisen anzugehen.

Die im Vorfeld der Rio+20 Konferenz sich abzeichnende Fokussierung auf eine nachhaltige Wirtschaft birgt hervorragende Chancen, dieser Fehlentwicklung dort zu begegnen, wo sie ihre Ursache hat: bei den Bedingungen menschlichen Wirtschaftens. Dabei ist eine neue Kultur unternehmerischer Verantwortung für die natürlichen Grundlagen des Planeten und die Würde des Menschen ebenso notwendig wie klare, international verbindliche und durchgesetzte Regeln, innerhalb derer sich menschliches Wirtschaften zu bewegen hat. Bei vielen global operierenden Konzernen und manchen Nationalregierungen wird mit der ‚Green Economy‘ jedoch vor allem ‚Green Growth‘ und ein öffentlich geförderter Boom technologischer Innovationen verbunden: Betriebssysteme für die städtische Infrastruktur, Großkraftwerke für die regenerative Energiegewinnung, genmanipuliertes Supersaatgut oder Elektroautos sind nur einige Beispiele. Es darf hingegen angenommen werden, dass es vor allem soziale Innovationen wie etwa neue Organisationsformen, Betriebsformen, Grundeinkommen, Gemeinwohlarbeit, Schwarmdenken und ähnliches sein werden, die aus der Green Economy einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung werden lassen.

Die ‚Green Economy‘ wird außerdem nur dann positive Auswirkungen für die Menschen haben, wenn sie eine ‚Green

Urban Economy' wird: Mit dezentralen Versorgungs- und Entsorgungsstrukturen, regionalen Wertschöpfungskreisläufen und konkreten Verbesserungen der Lebensbedingungen vor Ort. Hierbei spielen die Kommunen eine entscheidende Rolle: Sie müssen beispielsweise dazu in die Lage versetzt werden, global operierenden Anbietern kommunaler Dienstleistungen und Infrastrukturlösungen wie Wasser- und Energieversorgung, öffentlichem Verkehr, Sicherheitsdiensten oder Abfallentsorgung selbstbewusst gegenüberzutreten und selbst die ökologischen und sozialen Kriterien zu definieren, unter denen solche Leistungen erbracht werden sollen.

## 8. Wir brauchen eine neue Definition von Wachstum.

Rund um den Globus haben zahlreiche Kommunen an der Entwicklung von Kennzahlen mitgearbeitet, anhand derer sich Erfolg oder Misserfolg in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung ablesen lässt. Das Ergebnis ist eine Vielzahl mehr oder weniger umfangreicher Sätze von Nachhaltigkeitsindikatoren, die zwar für die verwaltungsinterne Steuerung, nicht aber für die Kommunikation in den Medien geeignet sind. Andere haben mit aggregierten Konzepten wie dem ‚ökologischen Fußabdruck‘ oder dem ‚Human Development Index‘ experimentiert - gleichzeitig blieb der am weitesten verbreitete Indikator zur Messung von Entwicklungsfortschritten das Bruttoinlandsprodukt. Dieses zeigt jedoch ‚Wachstum‘ auch dann an, wenn es durch Unfälle, Naturkatastrophen oder Umweltverschmutzung generiert wird und eignet sich daher nicht, um Fortschritte in der Entwicklung der menschlichen Zivilisation zu messen. Es muss durch einen neuen Entwicklungsindex ersetzt werden, der auf Lebensqualität und Umweltqualität aufbaut.

## 9. Nachhaltige Entwicklung braucht einen institutionellen Rahmen, der alle Regierungsebenen einbezieht und vielfältige Akteure beteiligt.

Kommunen können auf dem Weg zur nachhaltigen Entwicklung viel erreichen. Dennoch: Wo von staatlicher

Seite aus die Besteuerung und Subventionierung nicht-nachhaltige Verhaltensweisen begünstigt, wo die Gesetzgebung nicht-nachhaltiges Verhalten nicht sanktioniert, kann der beste lokale Nachhaltigkeitsprozess nur begrenzt wirken. Die Forderung der Kommunen für Rio+20 an die Staats- und Regierungschefs sollte sich deshalb nicht darauf beschränken, dass diese die Nachhaltigkeitsinitiativen und -prozesse auf kommunaler Ebene anerkennen und unterstützen, sondern klar die Schaffung gesetzlicher und steuerlicher Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene beinhalten, die nachhaltiges Handeln fördern.

Aufgabe der Weltstaatengemeinschaft wird es sein müssen, eine globale Governance-Architektur für nachhaltige Entwicklung zu schaffen, die alle Ebenen (und wahrscheinlich auch, nicht-staatliche Akteure) mit ihren jeweiligen Stärken einbindet - eine Mehrebenen-Steuerung mit multisektorialem Ansatz, in der jeder Akteur im Rahmen seiner Kompetenzen und Möglichkeiten seinen jeweiligen Part übernehmen muss.

## 10. Es wird Zeit, nationale Interessen hinter die gerechte Verteilung von Ressourcen zu stellen.

Hilfreich bei den weiteren internationalen Verhandlungen könnte die Abkehr vom Prinzip der prozentualen Reduktionsziele für einzelne Länder sein. Es sollte ersetzt werden durch ein Hinwirken auf die allgemeine Akzeptanz weltweit gültiger, maximaler Pro-Kopf-Limits sowohl für die Entnahme natürlicher Ressourcen als auch für die aus dem Naturverbrauch resultierenden Emissionen. Diese Zielwerte könnten aus der Tragkapazität der globalen Ökosysteme ermittelt werden und wären universell gültig für alle Staaten. Daraus ergäben sich Reduktionsziele oder Entwicklungskorridore für alle Länder, sowohl des Südens als auch des Nordens, die überdies in Ziele für einzelne Regionen und Kommunen heruntergebrochen werden könnten. Auch ein zwischenstaatlicher Handel mit Emissions- oder Nutzungszertifikaten könnte so etabliert werden.

### Autor

#### Stefan Kuhn

... ist Bereichsleiter für Kommunales Regieren im Europasekretariat des internationalen Städtenetzwerkes ICLEI - Local Governments for Sustainability in Freiburg.



## Zivilgesellschaft und Jugendvertreter engagieren sich bei Rio+20

**Bei Rio+20 werden die Staats- und Regierungschefs zusammen kommen und wegweisende Beschlüsse zum Thema Nachhaltige Entwicklung fassen – soweit jedenfalls die Hoffnung. Allerdings sitzen nicht nur Regierungen am Verhandlungstisch: Die Zivilgesellschaft mischt kräftig mit – auch Jugendvertreter setzen sich für ein ambitioniertes Ergebnis der Konferenz ein.**

Nur wenn die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteure und Gruppierungen samt ihrer häufig gegenläufigen Interessen in die Diskussionen einbezogen werden, kann nachhaltige Entwicklung in der Breite realisiert werden. Das wurde schon in der Rio-Erklärung von 1992 anerkannt. Allerdings kann in den komplexen politischen Prozessen nicht immer jede und jeder Einzelne gehört werden.

Auf regionaler und nationaler Ebene in Deutschland gehören daher Interessensvertreter verschiedenster Couleur ganz selbstverständlich zur politischen Landschaft. Auch auf zwischenstaatlicher Ebene gibt es Organisationen, die sich für bestimmte Interessen einsetzen. Neben Wirtschaftsvertretern versuchen auch Gewerkschaftsverbände und Vertreter von indigenen Völkern, Frauenverbänden, Umweltschutzorganisationen und vielen anderen, ihre ganz eigenen Interessen in die politischen Prozesse einzubringen.

Um diese Stimmenvielzahl zu strukturieren und um ein formelles Instrument für die Beteiligung der Zivilgesellschaft zu schaffen, wurden in der Agenda 21 sog. „Major Groups“ eingerichtet. In acht Fraktionen bündeln Wirtschaftsvertreter, Kinder und Jugendliche, Bauern, indigene Völker, lokale Verwaltungen, Nichtregierungsorganisationen, die Wissenschaft, Frauen sowie Gewerkschaften ihre verschiedenen Anliegen und Interessen und können sie dann über formelle Mitwirkungsrechte in die politischen Prozesse einbringen. Als institutionalisierte Teile des Systems können sie sich an Konsultationen beteiligen und haben auch ein Rederecht. Formelle Beschlüsse fassen die Regierungen allerdings ohne Stimmrecht der Zivilgesellschaft.

Für Kinder und Jugendliche ist das Thema nachhaltige Entwicklung von besonderer Bedeutung: Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zukunftsfähiges Handeln betrifft gerade die junge Generation. Kinder und

Jugendliche sind allerdings nicht nur die Zukunft, sondern bereits ein Teil der Gegenwart – wenn man es global betrachtet, sogar ein sehr großer. Wenn in Rio über Zukunftsfragen verhandelt wird, müssen daher gerade die Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden.

Die Vertreter der Major Group „Kinder und Jugendliche“ setzen sich dafür ein, den Interessen der jungen Generation Gehör zu verschaffen. Auch wenn es manchmal unbequem und langatmig ist, geht das nur, indem man mit am Verhandlungstisch sitzt und gegenüber den Regierungsvertretern als ebenbürtiger Partner auftritt. Daher waren Vertreter der Major Group in den vergangenen Monaten bei allen Vorbereitungsterminen zu Rio+20 anwesend. Alle Positionen und Redebeiträge wurden nicht vor Ort, sondern online entwickelt – so werden auch Kinder und Jugendliche beteiligt, die selbst nicht an den Verhandlungen teilnehmen können. In vielen weiteren Online-Arbeitsgruppen arbeiten hunderte Jugendvertreter etwa bei der Öffentlichkeitsarbeit, dem Fundraising oder der Selbstorganisation der Major Group mit.

In den Major Groups kommen eine große regionale Vielfalt und verschiedenste Lebenswelten und Erfahrungen zusammen. Dies liegt unter anderem daran, dass die Mitarbeit grundsätzlich jedem offen steht. In der Major Group Children and Youth arbeiten sowohl Vertreter von internationalen Jugendorganisationen sowie offizielle Jugenddelegierte einzelner Länder mit.

Seit dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, der 2002 in Johannesburg stattfand, nehmen je zwei Jugenddelegierte als Mitglieder der deutschen Regierungsdelegation an den Nachhaltigkeitskonferenzen der Vereinten Nationen teil – nach Johannesburg an den Sitzungen der Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) in New York. Auch an Rio+20 werden zwei deutsche Jugendvertreter teilnehmen und neben der Mitarbeit in der Major Group auch die deutsche Delegation in Jugendfragen beraten.

Die UN-Generalversammlung hat den Staaten schon häufiger empfohlen, Jugendvertreter in ihre Delegationen aufzunehmen. Dennoch tun dies lange nicht alle Staaten. Während in den vergangenen Jahren Jugendvertreter aus rund 30 Ländern an den Sitzungen der Generalversammlung mitarbeiteten, entsandten nur eine Handvoll europäische Staaten offizielle Jugenddelegierte zu den Nachhaltigkeitskonferenzen. Auch die Vertreter der internationalen Jugendorganisationen kommen zu einem großen Teil aus Nordamerika und Europa, aber fast nie aus Entwicklungsländern. Dies ist doppelt tragisch, da Jugendliche aus Entwicklungs- und Schwellenländern besondere Erfahrungen und Meinungen zum Thema nachhaltige Entwicklung einbringen können. Die Bundesregierung versucht, in dieser Hinsicht zumindest einen kleinen Ausgleich zu schaffen: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert in jedem Jahr die Teilnahme von zwei afrikanischen Jugendvertretern an den Nachhaltigkeitskonferenzen. Diese Jugendlichen bringen sich dann als Vertreter ihrer Organisation oder als Teil der Delegation ihres Landes in die Verhandlungen ein – ein beispielhaftes Programm, das leider bisher keine Nachahmer gefunden hat.

Ohnehin wird kritisiert, dass die tatsächlichen Beteiligungsmöglichkeiten der Major Groups zunehmend eingeschränkt werden. Ihre Redezeiten – die einzige Möglichkeit, sich in den Sitzungen auf offiziellem Wege Gehör zu ver-



Die Jugenddelegierten Felix Beck und Lena Mäckelburg

schaffen – werden häufig mit der Begründung eingeschränkt, die Zeit würde für „echte Verhandlungen“ benötigt. Ein Trugschluss, da die Zivilgesellschaft die Verhandlungen mit konstruktiven Vorschlägen voranbringt. Nicht ohne Grund wird hin und wieder ein „Vorschlagsrecht“ der Major Groups gefordert.

Schon beim ersten Weltgipfel, der 1992 in Rio den Janeiro stattfand, versammelten sich 20.000 Vertreter der Zivilgesellschaft daher gar nicht erst am eigentlichen Ort der Konferenz, sondern zu einem globalisierungskritischen „Peoples Summit“, der parallel stattfand. Auch in diesem Jahr wird es wieder eine solche Konferenz geben, die auf Wunsch der brasilianischen Regierung aber trotz räumlicher Trennung ein integraler Bestandteil von Rio+20 sein soll.

#### Kontakt

jugenddelegierte@dbjr.de  
Blog: jugenddelegierte.dbjr.de

#### Autor

##### Felix Beck

... ist einer von zwei deutschen Jugenddelegierten des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Bundesjugendrings zu Rio+20. Er hat langjährige Erfahrung in der Bildung für Nachhaltige Entwicklung und engagiert sich u.a. im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland.

Die Jugenddelegierten zu Rio+20, Lena Mäckelburg und Felix Beck stehen gerne für Vorträge, Workshops und Diskussionen zur Verfügung und beraten bei der Entwicklungen von Jugendaktionen zu Rio+20.

## Ein vielschichtiger Trugschluss!



Tankstelle an einer zentralen Straße im Süden Burina-Fasos – vor allem für Mopeds

Die UN-Millenniumentwicklungsziele 2015 (MDG) laufen erfolgreich aus – weiter geht's mit RIO+20? Ein vielschichtiger Trugschluss!

Es war am 9. September des Millenniumjahres 2000, als 189 Staats- und Regierungschefs in New York die Millenniumdeklaration unterzeichneten (<http://www.millenniumziele-rlp.de/Millenniumerklaerung.13.0.html>), eine Erklärung zur Lage der Welt. Sie stellen fest, was passieren muss um Armut, Hunger und Ungerechtigkeit in der Welt erfolgreich zu bekämpfen sowie den Frieden weltweit zu bewahren. Gleichzeitig unterzeichneten sie einen Katalog von Zielen, der bis zum Jahre 2015 erreicht werden soll: die acht Millenniumentwicklungsziele 2015 (MDGs).



Green Energy in Burkina-Fraso: solarzellen auf dem Markt von Ouagadougou

### Millenniumentwicklungsziele 2015

1. Bekämpfung von extremer Armut und Hunger
2. Bereitstellung der Grundschulbildung für alle Kinder
3. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frau
4. Senkung der Kindersterblichkeit
5. Verbesserung der Gesundheitsvorsorge der Mütter
6. Erfolgreiche Bekämpfung schwerer Krankheiten
7. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit
8. Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft (ausführlicher: <http://www.millenniumziele-rlp.de/Millenniumziele-2015.10.0.html>).

Erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen wurde eine so konkrete Verabredung zum Handeln getroffen. Auch wenn diese völkerrechtlich nicht verbindlich ist, ist sie als moralisches Versprechen bindend und verpflichtend. Erstmals haben sich (fast) alle Nationen unserer Welt verpflichtet, klare, überprüfbare Ziele bis zu einem bestimmten Datum, 2015, zu realisieren. Die Ziele gelten für alle, im Norden wie im Süden. Sie haben zwar für die einzelnen Länder unterschiedliche Relevanz, aber sie gelten gleichwohl für alle gleichermaßen.

Good Governance, Kampf gegen Korruption, Einhaltung der Menschenrechte sind Forderungen an viele Länder im verarmten Süden als Grundlage die acht Ziele erreichen zu können. Die reichen Länder des Nordens dagegen sollen etwas von ihrem Reichtum für den Kampf gegen Armut, Hunger, Krankheit und Ungerechtigkeit abgeben und eine weltweite Entwicklungspartnerschaft auf gleichberechtigter Basis aufbauen.

### Zivilgesellschaftliche Kräfte engagieren sich für die UN-Millenniumziele

Schließlich begründen die Regierungschefs eine internationale Kampagne, stellen einen organisatorischen Rahmen bereit und finanzieren ihn. Ein bisher nie da gewesener wegweisender Beschluss. Denn diese MDGs brauchen mehr als eine Deklaration der Regierungen um sie zu realisieren. Sie brauchen – so die überraschende einhellige Meinung der Unterzeichner – das Engagement und die Leidenschaft der Menschen im Handeln.

Auch in Rheinland-Pfalz bildete sich ein überparteiliches Bündnis, der Aktionskreis UN-Millenniumziele (AK). Ihm gehören inzwischen 19 Organisationen, Ministerien und Institutionen des Landes, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und nicht zuletzt Kommunen

(<http://www.millenniumziele-rlp.de/Aktionskreis.11.0.html>) an. Die Parlamente in 67 Städten, Landkreisen, Verbands- und Ortsgemeinden haben seither die Millenniumerklärung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes unterzeichnet und engagieren sich im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit für die MDGs. Der AK arbeitet seit 1997, informiert über die MDGs und wirbt dafür, dass alle Anstrengungen unternommen werden, sie bis zum Jahr 2015 zu realisieren. Veranstaltungen werden durchgeführt, Publikationen erstellt und Info-Materialien zur Verfügung gestellt. Der AK ist im Internet ([www.millenniumziele-rlp.de](http://www.millenniumziele-rlp.de)) und auf Facebook (<http://www.facebook.com/pages/AK-Millenniumziele-Rheinland-Pfalz/136501093039715?ref=ts>) zu finden. Zurzeit bereitet der Aktionskreis den 6. Aktionstag für die UN-Millenniumziele vor, der am 16. Juni auf dem Hauptmarkt in Trier ausgerichtet wird.

### 2012: Eine durchwachsene Bilanz

Die globale Armutsquote sinkt bis 2015 unter 15 Prozent, damit deutlich unter der Zielquote von 23 Prozent. Mehr als 90 Prozent der Weltbevölkerung haben bereits Zugang zu sauberem Trinkwasser. Im Ziel 2: Allgemeine Grundschulbildung wurden signifikante Verbesserungen erreicht, wenngleich die verabredeten 100 Prozent nicht erreicht werden. Die Zahl von Kindersterblichkeit unter fünf Jahren ging von 1990 bis 2009 um 4,3 Millionen auf aber immer noch 8,1 Millionen gestorbene Kinder zurück.



Aktionstag in Speyer vom Altpörtel

Nach so viel weltweitem Engagement, so vielen Debattenbeiträgen bei der UNO und in nationalen Parlamenten stellt sich natürlich die Frage: „Wo stehen wir heute?“ Offen gesagt: Die Bilanz fällt zwiespältig aus, sehr zwiespältig! Zwar geistern dieser Tage Erfolgsmeldungen – wenn auch verhalten – durch die Medien (z.B.: Frankfurter Rundschau <http://www.fr-online.de/meinung/leitartikel-un-millenniumsziele--ein-sieg-gegen-armut,1472602,11855404.html>), dass einige Ziele bereits vorzeitig eingelöst worden seien:

Diese Ergebnisse sind Grund zur Freude, zeigen sie doch gute Fortschritte. Einen gewaltigen Pferdefuß aber gilt es festzuhalten: Diese Fortschritte machen einen großen Bogen um die unterentwickelten Länder der Welt, insbesondere um die Länder von Subsahara-Afrika. Die Zahl der hungernden und in grausamer Armut lebenden Menschen ist dort nicht zurückgegangen ganz im Gegenteil, sie ist gestiegen. Nach wie vor haben etwa 40 Prozent der Menschen in diesen Ländern keinen Zugang zu sauberem Wasser, von angemessenen sanitären Verhältnissen ganz zu schwei-

gen. In Subsahara-Afrika haben in den ländlichen Gebieten lediglich drei Prozent der Menschen einen eigenen Wasseranschluss. Weltweit haben, so die WHO, noch immer 783 Millionen Menschen kein sauberes Trinkwasser, 2,5 Milliarden Menschen besitzen keine eigene Toilette, 1,1 Milliarden Menschen haben überhaupt keinen Zugang zu Toiletten. Auch ist die Zahl der Kinder, die tatsächlich eine Grundschulbildung genießt, in den unterentwickelten Ländern lediglich um zwei Punkte auf 89 Prozent gestiegen. Nahezu ein Viertel der Kinder, die in unterentwickelten Ländern Afrikas und Südasiens leben, sind untergewichtig, mit der entsprechenden schlechten Lebensperspektive.

### Globale Entwicklungspartnerschaft bleibt noch immer eine Chimäre

Rund eine Milliarde Menschen leben heute in Afrika, davon sind 60 Prozent, also 600 Millionen jünger als 25 Jahre, eine große Chance aber auch Herausforderung nicht zuletzt für die reichen Länder. Doch statt zu handeln, werden Finanzmittel für die Entwicklungszusammenarbeit nicht erhöht, sondern zum Teil reduziert. Seit 1972 hatten sich die Länder der UN darauf verständigt, die Mittel auf 0,7 Prozent des BNE anzuheben. Obwohl die EU ihre Mitgliedsländer inzwischen sogar formell auf dieses Ziel verpflichtet hat, ist nicht zuletzt die BRD säumiger Kunde. Anstatt der vereinbarten Aufstockung des EZ-Haushaltes um 1,2 Mrd. EURO wurde nicht einmal die Hälfte des Betrags beigesteuert.

Der AK UN-Millenniumsziele hatte deshalb in einem Offenen Brief ([http://www.millenniumsziele-rlp.de/uploads/media/110901\\_-\\_Offener\\_Briefan\\_MdB\\_wg.\\_HH2012\\_EPL23BMZ.pdf](http://www.millenniumsziele-rlp.de/uploads/media/110901_-_Offener_Briefan_MdB_wg._HH2012_EPL23BMZ.pdf)) alle rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten aufgefordert, den Entwicklungsetat von Bundesminister Niebel (EPL 23) abzulehnen und auf Nachbesserung zu dringen. Die Millenniumziele haben im aktuellen Entwicklungsminister keinen Fürsprecher. Stattdessen hat er die erfolgreiche Arbeit der Nationalen Kampagne für die UN-Millen-

niumziele abgewürgt und zum 30. Juni 2011 die bisherige bis 2015 ausgerichtete Finanzierung beendet. Dagegen hat der AK protestiert. Vorgeschlagene Alternativen wurden abgelehnt. Die Nationale Kampagne gibt es nicht mehr!

## Und jetzt? Rio+20 soll das ändern mit „Green Economy“!

Die weltweiten Probleme existieren weiter: Hunger und Armut, Krankheiten und Gewalt, Korruption und Despotismus und nicht zuletzt ungerechte Welthandelsstrukturen. Die Länder des Südens leiden verstärkt unter den Folgen des Klimawandels. Extremwetterlagen und Ernteauffälle lassen immer mehr Menschen hungern. Verschärft wird diese Entwicklung in der Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und den damit einhergehenden Kosten zur Refinanzierung von Krediten. Die Lebensmittelpreise sind exorbitant gestiegen genauso so wie die Energiekosten. Allein die Preissteigerungen zwischen Mitte 2010 und Anfang 2011 haben weitere 44 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze von 1,25 \$/Tag-Einkommen getrieben. Die Preise sind seitdem noch gestiegen. Ungehindert darf an den Börsen der Welt mit landwirtschaftlichen Produkten spekuliert werden, Initiativen diese Spekulation zu stoppen unterbleiben. In dieser Situation nun, wo verstärkte Hilfe für diese Länder und deren Menschen vonnöten wäre, werden Entwicklungsgelder gekürzt.

Eine Antwort zur Lösung dieser Entwicklung sollen nun die tausende Delegierte aus 193 Staaten auf der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung geben, die vom 20. bis 22. Juni 2012 in Rio de Janeiro als „Erdgipfel“ stattfindet. Sie wird unter Bezug auf die Konferenz der VN über Umwelt und Entwicklung 1992 auch „Rio+20“ genannt. Damals wurde mit der aus der Taufe gehobenen Bewegung einer Lokalen Agenda 21 ein neues Instrument basisdemokratischen Handelns geschaffen. Der unlösbare Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung wurde attestiert.

Die inhaltlichen Schwerpunkte von „Rio+20“ werden sich um zwei Themen drehen: „Green Economy“ wird nach den Wünschen vieler Industrienationen das Leitthema sein. Doch wie wirksam und vor allem nachhaltig wird die damit verbundene Strategie sein? Welche Antworten werden gegeben auf die großen Krisen heute und in der Zukunft: Wirtschafts- und Finanzkrisen, sich verschärfende Ressourcenknappheit und der damit einhergehenden Tendenz mit Militär die eigenen Interessen abzusichern, der Klimawandel als wohl komplexeste Bedrohung der heutigen Zivilisation westlicher Prägung. Welchen Stellenwert wird dann noch das Thema „Gerechtigkeit“ einnehmen? In den entwickelten Gesellschaften selbst, in den Welthandelsstrukturen, in den kulturellen und politischen Umbrüchen weltweit? Welche Antworten mehr denn als gute „Geschäftsidee“ kann „green“ geben auf die Frage von Hunger und Armut, von Krankheiten und Verelendung? Wo bleiben die Demokratisierungsprozesse, die viele Menschen der Welt inzwischen zum Tanzen und Bluten gebracht haben?

Die Debatte des Rio+20-Ansatzes war wesentlicher Bestandteil des Sozialforums im brasilianischen Porto Alegre im Januar. Das Konzept der „Green Economy“ wurde von den teilnehmenden Nichtregierungsorganisationen einhellig abgelehnt. Es bedeute die Umkehrung des bisherigen Nachhaltigkeitsanliegens. VENRO, der „Verband Entwicklungspolitik Deutscher NRO“ erklärt dazu: „Das Interesse der Wirtschaft, sich Ressourcen anzueignen, hat sich in den Vordergrund geschoben.“ (PM 2/2012) In den Hintergrund sei dagegen die Frage getreten, wie weit in die Natur im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung eingegriffen werden könne. Was „Green Economy“ bedeute, so VENRO, könne heute bereits in dem Schwellenland Brasilien besichtigt werden, Börsen gehandelte industriell-landwirtschaftliche Produktion auf dem Rücken von Natur und der lokalen Bauern. Nicht länger stehe Armutsbekämpfung im Vordergrund, sondern EZ sei z.B. in Deutschland „verstärkt auf Förderung der

Wirtschaft ausgerichtet.“ Eine Perspektive, die nicht hoffnungsfroh dem neuen „Erdgipfel“ entgegen sehen lässt.

### Autor

**Dr. Rüdiger Schlaga**  
Koordinator des Aktionskreises  
UN-Millenniumziele in Rheinland-Pfalz



Königin Elisabeth feiert ihr diamantenes Tronjubiläum; dicht am ursprünglich für den UN Gipfel für Nachhaltige Entwicklung vorgesehenen Termin. Aus diversen Terminoptimierungsgründen kommen die Regierungsvertreter in Rio de Janeiro nun erst nach den Feierlichkeiten für die Queen zusammen. Ob sie unserer Zukunft dabei genauso viel Respekt zollen wie dem britischen Königshaus, steht zu bezweifeln. Der „zero draft“, den die UN in Vorbereitung des Gipfels im Oktober 2011 zur Kommentierung freigab, bot wenig Ermutigendes. Und auch die drei Monate später publizierte Fassung mit den Anmerkungen und Textvorschlägen zahlreicher Nationalstaaten, lässt nicht mehr als das Leitmotiv eines grünen Kapitalismus erkennen: viel Markt und etwas mehr Regulierung für (vorgeblich) mehr Naturschutz bei deutlich höheren Preisen.

### „Green Economy“: Monster oder Segen?

In Denken und Sprache des offiziellen Rio+20 Prozesses wird der im Kern unauflösbare Widerspruch zwischen der Notwendigkeit eines drastisch geringeren Ressourcenverbrauchs einerseits und der Forderung nach wirtschaftlichem Wachstum andererseits durch Begründung unsichtbar gemacht. Nur so lassen sich „ökologische“ und „ökonomische“ Nachhaltigkeit zusammenbinden, während kulturelle und politische Fragen ausgeblendet werden. Nur so kann das Beharren darauf, keine neuen „Handelsbarrieren“ zu schaffen (§31 des zero draft) einträchtig neben der durchaus commons-kompatiblen Idee stehen, lokale Planungs- und Entscheidungsprozesse zu stärken (§ 20, 44, 61), als hätten lokale Akteure in Welt-handelsfragen irgend ein Sagen.

Der 700 seitige UNDP Bericht „Towards a Green Economy“ vom Februar 2011 benennt treffend die wichtigsten Symptome von Ressourcenerschöpfung und sozialer Spaltung. Seine Botschaft lautet: Ein weiter wie bisher kann es nicht geben, doch das grüne Wachstum kann es richten. Spätestens seit diesem Bericht gilt die Green Economy als vielversprechender, potentieller Brückenbauer und zentraler Wachstumshebel. Vor allem die Europäische Union und das Gastgeberland Brasilien haben sich ihr verschrieben. Die USA hingegen wirken bekanntermaßen jeglichem Vorstoß zur Internalisierung von Umweltkosten entgegen. Andere Länder, z.B. aus Lateinamerika oder der OPEC, sind aus anderen Gründen Green-Economy-kritisch. Sie fürchten entweder eine neue Art des Protektionismus oder die Erneuerbaren Energien. Und Teile der Sozialen Bewegungen – insbesondere aus dem Süden – haben das Kernkonzept des offiziellen Rio+20 Prozesses gar als „Monster“ qualifiziert. NO-Green-Economy titeln sie ihre Veranstaltungen während sich Umweltorganisationen aus den Industrieländern fragen, wie diese Verteufelung des doch immerhin Grünen der hiesigen Öffentlichkeit zu vermitteln sei. Das wundert nicht, denn parteiübergreifend klingen weder „green“ noch „economy“ sonderlich problematisch. Die Wortwahl zeigt sogar eine Offenheit für unter-

schiedliche Wirtschaftsweisen, die in China oder Kuba anders aussehen als in Deutschland oder den USA. Im offiziellen Sprachgebrauch gibt man sich polit-pragmatisch: Egal ob in dem einen oder dem anderen Modell von Economy: Hauptsache green.

### „Green Economy“: Ein Kind des Entweder-oder-Denkens

Um zu verstehen, warum soziale Bewegungen ihr Unbehagen massiv auf Rios Straßen tragen werden, muss man verstehen, dass die Green Economy auf zwei gigantischen Pfeilern steht, die in unser Denken gerammt sind. Die Phrase bezieht sich ausschließlich auf marktwirtschaftliches Verhalten im Sinne des modernen Kapitalismus oder auf diverse Staats- und planwirtschaftliche Handlungsweisen. In beiden ist eine Wachstumslogik ebenso eingebaut wie die Abhängigkeit von der Geldwirtschaft. Das macht die Lektüre der einschlägigen Papiere so ermüdend. Sie bietet nichts Neues. Die vielfältigen Formen alter und neuer Allmendwirtschaft kommen in dem Begriff nicht vor, weil sie schlicht unbekannt sind. In Sprache und Denken des offiziellen Rio+20 Prozesses bleiben Commons unsichtbar.

Daher regiert vielerorts bestenfalls Vorsicht, allenfalls Misstrauen und schlimmstenfalls die tief sitzende Sorge

vor einer Agenda, die es ermöglicht, dass auch noch jene natürlichen Ressourcen vom Markt kontrolliert werden, die bislang nicht der Verwertung unterworfen waren. Das befürchtet beispielsweise der Alternative Nobelpreisträger Pat Mooney von der ETC-Gruppe (Action Group on Erosion, Technology and Concentration). Diese Befürchtungen speisen sich nicht nur aus der jahrzehntelangen Beobachtung internationaler Verhandlungsprozesse und realer ökonomischer Verwerfungen, sondern auch aus den (UN-)Texten zur Green Economy selbst. In ihnen offenbart sich ein dualistisches Denken, das sich bislang als wenig tauglich erwiesen hat, soziale und ökologische Probleme zu lösen. Im bereits zitierten UNEP Bericht heißt es: „Sehr einfach ausgedrückt kann man Grüne Ökonomie als kohlenstoffarm, ressourceneffizient und soziale inklusiv denken.“ Das klingt innovativ, doch die im Anschluss propagierten Mittel der Wahl sind altbekannt. Sie ruhen auf zwei Pfeilern: Entweder auf markt-basierten Instrumenten oder auf der Strategie von „Command & Control“. Nicht das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, sondern der UNEP Bericht preist Anordnung & Kontrolle als „kostengünstigste Lösung“ an, falls markt-basierte Instrumente nicht greifen. Kurz: Es wird nicht nur streng dualistisch, sondern auch streng vertikal gedacht. Auch und gerade in jenen Institutionen, die dem Markt im Sinne des Gemeinwohls Schranken setzen sollten. Deshalb wird der Protest heute wieder direkt auf die Straßen und Plätze getragen.

Die potentielle Wirkung einiger markt-basierter Anreize oder politischer Entscheidungen auf die Steuerung ökologischer Entwicklungen soll nicht vom Tisch gewischt werden. Es ist ein wichtiger Unterschied, ob die Auf- oder Abrüstung von Fangflotten subventioniert wird. Nicht minder wichtig ist, ob die Agrarindustrie unterstützt wird oder der Biologisch-dynamische Anbau. Derartig sinnvolle Vorschläge stehen auch offiziell auf der Tagesordnung, wenngleich zu erwarten ist, dass sie an nationalen Widerständen scheitern. Doch solange im Rio+20 Prozess und mit der Green

Economy die zentralen Fragen nicht auf den Tisch kommen, ist Widerstand berechtigt. Das sind Fragen wie: Wem gehören die Ressourcen? Wie werden sich Nutzungsrechte an Land, Meeren, bio-genetischen Ressourcen neu verteilen, wenn auch noch der letzte Winkel der Erde – ganz im Sinne „produktiver“ und „effizienter“ Ressourcennutzung – mit einem Preisschild versehen ist? Produktiv und effizient für wen? Welche Rolle kommt den realen Sachwaltern der Biodiversität zu? Die Ökofeministin Ariel Saleh nennt sie die „Meta-Industriellen“ - Bauern, Fischer, Sammler, zwei Drittel sind Frauen. Wo kommen sie überhaupt vor? Wer vertritt an den internationalen Verhandlungstischen ihre Rechte und Interessen?

Das ist ein Problem. Das andere ist...

### Alter Wein in neuen Schläuchen

Die Ergebnisse des Policy-Mix, der schon die umweltpolitische Debatte und Praxis der letzten 40 Jahre geprägt hat und nun der Green Economy zum Durchbruch verhelfen soll, fasst Ulrich Hoffmann in seinen „Überlegungen über Klimawandel, Grüne Wachstumssillusionen und Entwicklungspotential“ (UNCTAD Dezember 2011) zusammen:

- die CO<sub>2</sub> Emissionen sinken nicht, 2010 sind sie um 5,3 Prozent gestiegen
- die globale Kohlenstoffintensität (Kohlendioxidemission pro wirtschaftlicher Ertrag) fiel zwischen 1980 und 2008 von 1 kg/ US-Dollar (USD) auf 770 gr/USD. Nötig wären bis 2050 sechs gr/USD.
- Der Rebound-Effekt könnte zwar durch Besteuerung neutralisiert werden, aber das ist politisch nicht durchsetzbar.
- Der Ökologische Fußabdruck der Industrieländer wird oft nur exportiert statt reduziert.
- Der Globale Fußabdruck überstieg 2007 (letzte verfügbare Zahl) die ökologische Tragfähigkeit der Erde um 50 %.
- Die G-20 Länder subventionieren jede Tonne CO<sub>2</sub> mit mehr als 9 USD (mehr, als das Emissionsrecht pro Tonne gegenwärtig auf dem Europäischen Emissionsrechtehandelsmarkt kostet)

- Die ökologische Steuerungswirkung dieses Marktes ist nach dem Carbon Trade Watch and Corporate Europe Observatory 2011 auf absehbare Zeit gleich Null, während Preise für energieintensive Produkte ebenso steigen wie die Mitnahmegewinne aus diesem frisch installierten Markt.

Die Liste ließe sich endlos fortsetzen und durch ähnlich alarmierende soziale Befunde ergänzen. Linear-arithmetische Herangehensweisen, egal ob sie auf Marktmechanismen setzen oder auf staatlichen Direktiven beruhen, sind schlicht eine Illusion. Sie werden der Komplexität menschlicher Interaktionen nicht gerecht.

### Alternativen zum herrschenden Wirtschaftsmodell und seiner grünen Variante

Die mit Uneinigkeit einher gehende konzeptionelle Kurzatmigkeit innerhalb der UN stimmt einige Aktivisten verhalten optimistisch. Anlässlich des thematischen Weltsozialforums im Januar 2012 im südbrasilianischen Porto Alegre war das deutlich spürbar. Wo aber jenseits harscher Kritik an der Green Economy die Reise hingeht, darüber bestand auch hier keine Einigkeit. Zwar ist klar, dass alle den notwendigen Paradigmenwechsel wollen, doch der Blick in die Texte der No-Green-Economy-Aktivisten offenbart eher das Unerwünschte (Green Economy, Kontrolle der Kerne, Wachstumsmantra) als das Erwünschte. Das vielzitierte Neue und Andere bleibt oft im Dunkeln. Eben darin liegt die Bedeutung der Commons-Debatte.



In Porto Alegre fand, etwas abseits vom Vorbereitungsprozess für den „Gipfel der Völker“ auf Einladung des GRAP (frei übersetzt: Gruppe, die den Weltsozialforumsprozess reflektierend begleitet) eine spannende Diskussion statt. Etwa 100 Aktivistinnen und Intellektuelle waren gekommen, um in 17 Arbeitsgruppen Alternativen zum offiziellen Rio+20 Prozess zu formulieren. Dabei standen die Commons als alternatives sozioökonomisches Paradigma auf der Tagesordnung. Alternativ sowohl zum vorherrschenden Wirtschaftsmodell als auch zu seiner grünen Variante.

### Commons und Commoning?!

Der Commons-Begriff erlebt nicht erst seit der Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Elinor Ostrom (2009) eine Renaissance. Sie hat in jahrzehntelanger Forschung deutlich gemacht: Wege der nachhaltigen und selbstbestimmten Ressourcennutzung sind auch und vor allem „jenseits von Markt und Staat“ zu suchen, aber Patentrezepte gibt es nicht! Ostroms zentrale Botschaft hat in die offiziellen Rio+20 Dokumente bislang keinen Eingang gefunden.

Im deutschsprachigen Raum wird Commons meist unzulänglich mit „Gemein(schafts)güter“ oder „Allmende“ übersetzt. Unzulänglich deshalb, weil die „Güter“ wie etwas uns Äußerliches anmuten und die „Allmende“ auf die Vormoderne zu verweisen scheint. Dabei sind Commons so alt wie die Menschheit und so modern wie das Internet.

In der aktuellen Diskussion gibt es verschiedene Begriffsauffassungen. Die erste bezeichnet mit Commons all jene Ressourcen der sozialen, natürlichen und kulturellen Sphäre, die geteilt werden (müssten). Wasser, Wald und Fischgründe, Land, die Atmosphäre, Wissen, Kultur, Bodenschätze, Codes und vieles mehr. Die zweite meint nicht die Ressourcen selbst, sondern versteht sie stets in Beziehung zu ihren Nutzerinnen und Nutzern. Hier steht die Frage im Zentrum, was wir aus unseren gemeinsamen Ressourcen machen. In wessen Interesse, mit welchen Institutionen und zu welchem Zweck? Wasser kann zum Beispiel beides sein: Ware (als Flaschenwasser im Supermarkt) oder Commons (als von allen genutzte, finanzierte und gepflegte Quelle). Es liegt auf der Hand, dass beides in sehr unterschiedlicher Weise für Teilhabe und Nachhaltigkeit sorgt. Es liegt ebenso auf der Hand, dass das eine zum „Wachstum“ beiträgt und das andere ohne Wachstum auskommt.

Commons fallen also nicht vom Himmel. Aber sie brauchen weder ein Wachstums- noch ein Produktivitätsmantra, sondern Aufmerksamkeit, intensive Kommunikation, gemeinschaftlich getragene Regeln, verwertungsfreie Bereiche, die frei von Profitinteressen sind sowie Gestaltungsfreiräume. Gerade letztere werden aber durch den zusätzlichen Verwertungsdruck, den die Green Economy schafft, weiter beschnitten.

Doch die Entfaltung einer Sache als Commons erfordert eine spezifische Praxis. „There is no commons without commoning“ hat der Historiker Peter Linebaugh einmal gesagt und damit einen der wichtigsten Sätze der Debatte geprägt. Ohne diese soziale Interaktion, die als Commoning bezeichnet wird, keine Commons. Commoning ist ein relationaler Begriff. Er beschreibt keine Marktmechanismen und keine Technologien, sondern Prinzipien, die dafür sorgen, dass Problemlösungen lokal angepasst sind und von den Nutzerinnen und Nutzern tatsächlich mitgetragen werden – weil sie sich ernst genommen fühlen, weil die Problemlösungen nicht „für“ sie, sondern mit

ihnen entwickelt werden und weil die rein technologische Innovation nicht die dringend notwendige soziale Innovation ersetzt. Commons sind vor allem Letzteres.

Entscheidend ist demnach nicht: Was sind Commons? Sondern: Was ist Commoning?

### Prinzipien der Commons

Nach Ostrom sind gemeinschaftliche Entscheidungen durch all jene, die von einer Ressource berührt sind, ebenso unabdingbar für dauerhafte Commons wie das Monitoring durch die Nutzer selbst oder durch ihnen rechenschaftspflichtige Personen, verbunden mit angemessenen Sanktionen und einem Mindestmaß staatlicher Anerkennung des Rechts der Nutzer, ihre eigenen Regeln selbst zu bestimmen. Es geht um das Recht auf und das Prinzip der Selbstorganisation, das große Versäumnis der klassischen Ökonomie. Selbst organisieren heißt auch selbst entscheiden. In Commons werden Entscheidungen idealerweise im Konsens gefällt. Das Konsensprinzip erfordert nicht, dass bei Abstimmungen alle „Ja“ zu sagen haben. Es drückt vielmehr aus, dass es keine Gegenstimmen ge-



<sup>1</sup> Bei globalen Gemeingütern wie der Atmosphäre oder den globalen Fischbeständen entspricht diese Gruppe der Gesamtheit der Weltgemeinschaft.

ben darf und Menschen bereit sind, ihre Meinung zurück oder in einer neuen Diskussionsrunde auf den Prüfstand zu stellen. Damit verknüpft ist das Prinzip: Eine Person – eine Stimme. Wer dazu gehört und wer nicht, muss also klar bestimmt werden. Ostrom zeigt, dass es für gelingendes Gemeingutmanagement förderlich ist, wenn die Ressourcengrenze ebenso klar definiert ist wie die Gruppe der Nutzungsberechtigten. Innerhalb dieser Grenzen gilt: Nicht die Anteile an verfügbarem Kapital entscheiden über die eigene Mitentscheidungsmöglichkeit, sondern einzig die Frage, ob ich auch mitentscheiden möchte. Für globale Gemeingüter gilt prinzipiell: eine Person – ein Anteil. Egal ob jemand aus Deutschland kommt oder aus Guinea-Bissau, jeder Mensch hat die gleichen Nutzungsrechte an der Atmosphäre. Auch innerhalb lokaler oder regionaler Ressourcensysteme gilt dieses Prinzip. Bei Ressourcen, um die wir in der Nutzung nicht konkurrieren, ist es aus Sicht der Commons hingegen unnötig, den Zugriff zu begrenzen (Open Access).

Innerhalb eines Commons gilt Diskriminierungsfreiheit, nach der alle unabhängig vom sozialen Status oder anderen Merkmalen, die gleichen Teilhaberechte haben.

Voraussetzung dafür, dass diese Prinzipien gelebt werden können, ist unbedingte Transparenz; weg vom „Prinzip der Geheimhaltung“ hin zum „Prinzip der Öffentlichkeit“, wie die Piraten sagen würden. Transparenz ist entscheidend für gelingende Politik und gelingendes Commoning gleichermaßen. Entscheidender noch als Fehlerfreundlichkeit, das heißt kontinuierliche Bewegung, Versuch und Irrtum und permanentes Lernen aus Erfolgen und Fehlern um herauszufinden, was funktioniert und was nicht. Dafür bedarf es der ständigen Wiederholung (Iteration) zur schrittweisen Entwicklung von programmatischen Aussagen, Verfahrensweisen oder technischen Hilfsmitteln mit Feedbackschleifen in allen Planungs-, Entwicklungs- und Anwendungsschritten. Commoning ist nicht einfacher als das Leben selbst. Werden diese (und andere) Prinzipien berück-

sichtigt, dann ist es wahrscheinlicher, dass Ressourcen weder über- noch unternutzt werden und dass es nach dem Empfinden aller fair zugeht. Die konkreten Regeln – wer hat Zugang, wer darf nutzen, wer kontrolliert? – sind dabei so verschieden wie die realen Lebenssituationen. Gleiches gilt für die Kommunikations-, Organisations- und Eigentumsformen. Gemein aber ist allen Commons das Fehlen einer außenstehenden, ordnenden Autorität. Die Idee, Regelumsetzung und Kontrolle zu zentralisieren (egal ob durch Staat oder Markt) widerspricht der Logik der Commons.

Commons sind also komplexe soziale Systeme und nicht einfach „gemeinsam zu nutzende Ressourcen“. Deshalb kann ihrer Einhegung und Übernutzung nicht ausschließlich durch Einpreisung begegnet werden. Wenn die Politik dies dennoch fordert, muss sie sich der Kritik stellen, selbst den letzten Odem dieser Erde dem Kapitalisierungszwang zu unterwerfen und damit Machtungleichgewichte zu zementieren. Denn sobald das Preisschild dran ist, kann jedes Gut und jede Dienstleistung zur Handelsware oder zum Finanzmarktprodukt werden. „Die ich rief die Geister, werd ich nun nicht los!“

### Kultureller Wandel statt Green Economy

Die Green Economy hält die Akteure des Marktes und die Regierungen der Nationalstaaten für die wichtigsten Akteure auf dem Weg in eine faire und nachhaltige Zukunft? Commoners hingegen sagen: Es sind die Menschen vor Ort, die einerseits in Kenntnis der lokalen Problemlagen am ehesten befähigt sind, vielfältige (!), nachhaltige und dezentrale Nutzungsformen zu entwickeln, und die andererseits mehr Möglichkeiten brauchen, ihre Bedürfnisse auch dann zu befriedigen, wenn sie kein Geld in der Tasche und kein Sozialstaat in der Nähe haben. Und das ist die überwältigende Mehrheit.

Für die Erweiterung ihrer Gestaltungsmöglichkeiten brauchen sie den Staat, nicht zur Rundumversorgung. Bislang allerdings ist das Verhältnis zum Staat

in der Commons-Debatte ein eher kritisches. Schließlich hat der Staat neben dem Markt historisch zu den enclosers gehört (> engl. enclosure/ Einzäunung, Einhegung). Zu oft waren die Repräsentanten des Staates weder willens noch in der Lage, die Gestaltung unserer Zukunft von privater Gewinnerzielung, von der Verabsolutierung finanzieller Anreize und von der Wettbewerbslogik zu entkoppeln. Zu ausschließlich ist (auch in den Rio+20 Papieren) von „milliardenschweren Investitionsprogrammen“ und der Notwendigkeit neuer Infrastrukturen oder technologischen Lösungen die Rede. Obwohl auch diese in der Regel ihre Abfallprodukte – bei Beibehaltung unseres Produktions- und Konsummodells – in die Commons pumpen. Zu wenig ist die Rede von der Rolle dieses Produktions- und Konsummodells, von jener unserer Lebensstile und vom erforderlichen kulturellen Wandel. Dass die meisten Regierungen so agieren, ist folgerichtig. Schließlich hängt auch die politische Macht gegenwärtig am Tropf des Wirtschaftswachstums.

Regelungsbedarf	Marktbasierte Instrumente	Anordnung/ Gesetz Staatliche Maßnahmen	Commonsbasierte Instrumente
Senkung der CO <sub>2</sub> Emissionen und Gerechte Teilhabe an der Nutzung der Atmosphäre	Emissionsrechtehandel (zweifelhafte ökologische Steuerungswirkung, kein Instrument zur Teilhabegerechtigkeit)	Ökosteuer (ökologische Steuerungswirkung insbesondere bei entsprechenden Reinvestitionen, Verteuerung lebensnotwendiger Produkte für alle)	„Das Öl im Boden lassen“ vgl. Yasuni ITT Initiative aus Ecuador oder der Skytrust (Himmels-Treuhand) von FEASTA sowie den Budgetansatz des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltfragen (WBGU)
Biodiversitätserhalt	Keine stattdessen: Patentierung von Saatgut Konzentration auf am Markt erfolgreiche Kulturpflanzenarten	Zentrale Genbank im ewigen Eis (Svalbard International Seed Vault (SISV)). Erhalt des genetischen Codes, aber Verlust des traditionellen Wissens zu Anbau und Pflege	Vielfalt der lokalen, von Gemeinschaften gepflegten Saatgutbanken Erhalt durch Nutzung Kein Patent auf Saatgut
Stromversorgung	Strombörse für private Stromerzeuger (ähnlich der Wertpapierbörse) kein Anreiz zum Stromsparen, da das Geschäft auf Stromverkauf beruht  Produzent getrennt von Konsument	Besteuerung Kartellrecht oder: staatliche Stromerzeuger, zentrale Versorgung  Produzent getrennt von Konsument	Dezentrale Stromerzeugung in unterschiedlichen Rechtsformen auf Basis erneuerbarer, vor Ort verfügbarer Energien  Prosumenten
Überfischung auf Hoher See	Verdrängungswettbewerb durch Aufrüstung der Fangflotten  Handelbare Fangquoten (ITQs)	Subventionen der Hochseefischerei oder Wegfall derselben  Abrüstung der Fangkapazitäten (zur Durchsetzung der Kapung)	Erklärung der Ressourcen der Meere als Gemeinsames Erbe der Menschheit (vgl. erste UNCLOS-Entwürfe)  Lokale Managementsysteme wie z.B. TURFs in Chile
Weitere Beispiele...			

**Commonslobby kommt von unten**

Commons zeigen, dem Konsens von Porto Alegre zufolge einen „alternativen Rahmen auf, nicht nur für einen Wandel der Alltagspraxis, sondern auch für gesellschaftliche Normen und eine Politik, die Selbstbestimmung als zentrales Element sozialen Wandels anerkennen“. Kollaborative Konsumstrategien, geldfreie Tauschformen, die Praxis des Teilens, Subsistenzorientie-

rung, der freie Zugang zu Wissen und Daten, nutzergetragene Managementsysteme für gemeinsame Ressourcen wie Wald, Bewässerungskanäle oder Fischgründe spielen hier eine wichtige Rolle. Sie alle sind komplementär zueinander zu denken. Und sie alle kommen in der Green Economy nicht vor, weil durch sie nicht die Wirtschaft wächst, sondern „nur“ die institutionelle Kreativität und die Vielfalt lebendiger Beziehungen.

**Commons und Rio+20**

Obwohl zivilgesellschaftliche Gruppen bemüht sind, zumindest die Sprache der Commons in die offiziellen Texte einzubringen, ist es unwahrscheinlich, dass Commons Eingang in die offiziellen Abschlussdokumente von Rio+20 finden werden. Die Commons Action for the UN ist ein Zweckbündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, das die Verhandlungen beobachtet, Handrei-

<sup>2</sup> Während des 1992er Gipfels in Rio wurden 9 Major Groups als „Träger des Wandels“ identifiziert. Eine davon sind die Nichtregierungsorganisationen. Jede Major Group hat offiziell benannte sogenannte „Organisierende Partner“. Diese haben nun für die Nichtregierungsorganisationen Gruppe verschiedene webbasierte Arbeits- und Diskussionsinstrumente entwickelt. Darunter das Wiki: <http://ngorioplus20.wikispaces.com/>, welches nach Themen sortiert (geclustert) ist. Kürzlich wurde dort das Commons Cluster eingerichtet (siehe FN3). Dort kann mehr zum Thema nachgelesen werden.

chungen für die Regierungsdelegationen produziert und die UN-Botschafter mit Vorschlägen versorgt, wie die in Rio+20 diskutierten Probleme durch den Commonsansatz zu lösen sind. Das Bündnis argumentiert, dass langfristig nur eine Commons-basierte Wirtschaftsweise in der Lage sei, den Zielen des Rio-Prozesses näher zu kommen. Erklärtes Ziel von Commons Action for the UN ist nicht nur die Einrichtung eines UN-Expertenpanels zum Thema, sondern dass „alle Regierungen und teilnehmenden zivilgesellschaftlichen Organisationen und Major Groups<sup>2</sup>, mit diesem Ansatz vertraut sind, der aus mindestens drei Teilen besteht: commoners, commoning und Gemeinressourcen (common goods)“.<sup>3</sup> Auch inhaltlich wird weitergedacht, etwa über Maßnahmen für den Übergang zu einer commonsbasierten Wirtschaft oder zu der Frage, wie dieser Übergang finanziert werden kann. (z. B. <http://titanpad.com/economic-20shift>)

Im Begriffsverständnis der „uns gemeinsamen Ressourcen“, die geschützt werden müssen, werden Commons freilich in aller Munde sein. Stellvertretend dafür steht der Delhi Sustainable Development Summit (DSDS). Das Event bringt hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen. Das diesjährige Thema lautet: 'Protecting the Global Commons: 20 Years Post Rio'. Man wird (siehe Kasten) genau auf die Instrumente schauen müssen.

In den sozialen Bewegungen hingegen werden Commons als alternatives Paradigma viel Aufmerksamkeit bekommen. Darauf verweist die Synthese der Arbeitsgruppenergebnisse von Porto Alegre. Auch die Versammlung der sozialen Bewegungen von Porto Alegre, die offiziell zum Alternativgipfel aufrief, der vom 15. bis 23. Juni 2012 parallel zur UN-Konferenz in Rio de Janeiro stattfindet, richtet ihre Aufmerksamkeit auf das „unsere“. Zur Mobilisierung geladen wird unter dem Titel: „Gipfel der Völker für Soziale und Umweltgerechtigkeit – Gegen die Merkantilisierung des Lebens und für die Verteidigung der Gemeingüter“.

<sup>3</sup> Cluster Commons der NGO-Major Group: <http://ngorioplus20.wikispaces.com/Commons+cluster>

Inmitten der allgemeinen Rat- und Konzeptionslosigkeit, die auch nach Rio+20 andauern wird, geraten Commons ohnehin verstärkt in die Diskussion. Rio+20 könnte zumindest ein Moment sein, an dem es nicht nur gelingt, möglichst viele Menschen in möglichst vielen Ländern für unsere gemeinsame Zukunft zu mobilisieren, sondern deutlich zu machen, dass wir diese Zukunft nur gestalten können, wenn wir uns von den dualistischen Pfeilern befreien, die in unser Denken gerammt sind. „Nein zu dieser Grünen Ökonomie. Ja zu den Commons“, hat Pat Mooney als Mobilisierungsslogan vorgeschlagen. Das zeigt die Richtung.

Dieser Beitrag ist lizenziert unter einer Creative Commons Lizenz: BY-SA 2.0 <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/de/>

#### Literatur:

Ulrich Hoffmann: Some reflections on Climate Change, Green Growth and Development Space. UNCTAD Discussionpaper Dezember 2011.  
 UNEP: Towards a Green Economy – Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, Nairobi 2011  
 Barbara Unmüssig: Grüne Ökonomie – die neue Zauberformel? Erwartungen an die Rio+20 Konferenz, Zeitschrift Vereinte Nationen, Ausgabe 1/2012 S.3-9.

#### Autorin

##### Silke Helfrich

... ist Autorin und unabhängige Commons-Aktivistin. Sie ist Gründungsmitglied der Commons Strategies Group. Für mehrere Jahre war sie Repräsentantin der Heinrich Böll Stiftung in der Region Mexiko-Zentralamerika. Sie ist Herausgeberin von *Wem gehört die Welt*, und *Elinor Ostrom: Was mehr wird, wenn wir teilen*.

Gemeinsam mit der Heinrich Böll Stiftung brachte sie soeben den Sammelband: *Commons Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat* heraus. Sie bloggt auf [www.commonsblog.de](http://www.commonsblog.de). Sowie [www.gemeingueter.de](http://www.gemeingueter.de)



## Von den Länglichkeiten des Rio-Prozesses und den Unzulänglichkeiten der Rio+20-Konferenz.

Rio de Janeiro im Juni 1992: 172 Staaten, 108 Staats- und Regierungschefs, 10.000 Journalist/inn/en und fast 20.000 Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisation – der Erdgipfel übertraf alle Superlative. Und er weckte Hoffnungen. Hoffnungen für eine gerechte Welt, die Überwindung der Armut, die Rettung des Klimas und der biologischen Vielfalt. Umwelt und Entwicklung, so die Botschaft von Rio, seien zwei Seiten einer Medaille.

Die damalige Euphorie ist weithin der Ernüchterung gewichen. Die meisten der Probleme, die 1992 auf der Agenda standen, harren auch heute noch ihrer Lösung. Deshalb soll nun, 20 Jahre nach dem Erdgipfel von Rio, am gleichen Ort der Ball wieder aufgenommen werden. Rio+20, so lautet die Kurzbezeichnung der Konferenz, die vom 20.-22. Juni 2012 unter dem Zuckerhut stattfinden soll. Offiziell heißt sie United Nations Conference on Sustainable Development (UNCSD), also Konferenz der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung.

Nachhaltige Entwicklung, das ist auch der Kernbegriff des Rio-Prozesses. Eine inzwischen weithin anerkannte Definition von Nachhaltigkeit geht auf die Brundtland-Kommission für Umwelt und Entwicklung zurück, die vom damaligen UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar Mitte der 1980er Jahre eingerichtet und nach der ehemaligen norwegischen Umweltministerin und Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland benannt wurde. In ihrem Bericht „Our Common Future“ definiert die Brundtland-Kommission Nachhaltige Entwicklung „als eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

Es mag überraschen, dass in dieser Definition weder der Begriff „Umwelt“ noch das Wort „Entwicklung“ auftauchen. Hinweise dazu finden sich erst in den Erläuterungen. Danach ist der Begriff der Bedürfnisse zentral für das Verständnis von nachhaltiger Entwicklung, insbesondere haben die Grundbedürfnisse der Armen die „überwiegende Priorität“. Und: „Nachhaltigkeit bedeutet die Verantwortung für soziale Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die sich logischerweise auch bezieht auf die Gerechtigkeit innerhalb jeder Generation.“ Zweitens ist der Gedanke von Beschränkungen zentral. Dabei geht es um Beschränkungen, „die der Stand der Technologie und sozialen Organisationen auf die Fähigkeit der Umwelt ausübt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen.“

### Rio 1992

Eine sozial gerechte Entwicklung und der Schutz der Umwelt sind mithin die Kernbestandteile des Konzeptes einer nachhaltigen Entwicklung. Dies im Marschgepäck, traf sich die globale Politik im Juni 1992 in Rio de Janeiro zur United Nations Conference on Environment and Development (UNCED), also zur UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung.

Das Ergebnis kann sich, zumindest formal, sehen lassen. Mit der Klimarahmenkonvention und der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) hob der sogenannte Erdgipfel nicht nur zwei völkerrechtlich verbindlichen Abkommen aus der Taufe. Mit der Wald-

erklärung und der Rio-Deklaration zu Umwelt und Entwicklung und, nicht zu vergessen, der Agenda 21, kamen weitere Ergebnisse hinzu.

Verglichen mit den mageren Konferenzergebnissen, an die die Weltöffentlichkeit sich heute gewöhnen muss, war Rio also ein äußerst erfolgreiches Unternehmen. Die Hoffnung, wonach nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine Friedensdividende zu verteilen sei, schien konkret Gestalt anzunehmen. Der Einfluss des Erdgipfels auf die globale Politik der nächsten Jahre ist folglich auch kaum zu überschätzen. UNCED eröffnete in den 1990er Jahren einen ganzen Reigen internationaler Konferenzen, darunter die Weltmenschrechtskonferenz 1993 in Wien, die Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing und im gleichen Jahr der Weltsozialgipfel in Kopenhagen. Zudem verfügt die Weltgemeinschaft mit der Klimarahmenkonvention und der Konvention über die biologische Vielfalt vielleicht nicht über die wirksamsten, wohl aber über die einzigen globalen Instrumente zum Klima- und Naturschutz.

### Zwanzig Jahre Rio-Prozess

Heute, zwanzig Jahre danach, ist nicht zu übersehen, dass die Menschheit von einer nachhaltigen Entwicklung, deren Kernelemente soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz sind, noch meilenweit entfernt ist. Zu dieser Feststellung kommen auch die bisherigen beiden Konferenzen zur Überprüfung der Umsetzung der Ergebnisse von Rio, Rio+5 als Sondergeneralversammlung der Vereinten

Nationen in New York 1997 und Rio+10 als Gipfelkonferenz in Johannesburg, Südafrika.

Rio+20 wird an dieser Feststellung ebenfalls kaum vorbei kommen. 20 Jahre sind eine lange Zeit und der Fortschritt ist eine Schnecke, die manchmal auch rückwärts läuft. Selbstverständlich ist gerade in der Umweltpolitik einiges geschehen. Aber auch hier ist unstrittig, dass die Menschheit nach wie vor über ihre Verhältnisse lebt. Wir haben nur diesen einen Planeten, wir leben jedoch so, als hätten wir mindestens einen zweiten.

Hinzu kommt, dass nur eine Minderheit in den Genuss des Überflusses kommt: 20% der Weltbevölkerung nehmen 70% des globalen Ressourcenverbrauchs für sich in Anspruch, das ärmste Fünftel muss mit gerade mal 2% auskommen. Eine Milliarde Menschen hungern, jedes 7. Kind in Deutschland lebt in Armut.

Was aber, wenn die Armen ihren gerechten Teil für sich beanspruchen? Was tun, wenn, wie es manchmal so schön plakativ heißt, wirklich alle Chinesen Auto fahren? „Die letzten hundert Jahre seid ihr gefahren, die nächsten hundert Jahre sind wir dran“, lächelt es dem darob räsonierenden Europäer mit wachsendem asiatischem Selbstbewusstsein entgegen. Aber wer wollte, sollte oder könnte die Menschen in anderen Gegenden der Welt davon abhalten, so zu leben wie der Durchschnittseuropäer?

Fest steht: Sieben Milliarden Durchschnittseuropäer konsumieren den Planeten in nicht allzu ferner Zeit zugrunde.

Und wir Europäer, die die wir uns so gerne als ökologische Vorreiter sehen, sollten womöglich bedenken, dass auch bei uns Umweltpolitik allzu oft ökonomischen Interessen nachgeordnet wird. Dies geschieht direkt, etwa als die Klimakanzlerin 2008 zugunsten der deutschen Automobilindustrie in Brüssel vorstellig wurde und einen Vorschlag der EU-Kommission zur Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neuwagen verwässerte. Aber auch jenseits solch direkter politischer Intervention wird Umweltschutzpolitik auch in

Deutschland gerne damit begründet, dass neue Jobs entstünden oder neue Exportmärkte erschlossen würden. Andere machen das auch so. Da ist in den Klimaverhandlungen der American Way of Life zu verteidigen. In Europa darf Klimaschutz nicht zum Wettbewerbsnachteil werden. China und andere Schwellenländer treibt die Sorge um, dass der soeben erst erreichte materielle Wohlstand durch bindende Verpflichtungen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen nun gleich wieder gefährdet werden könnte. Mit anderen Worten: Es geht um knallharte Interessenpolitik.

Die Erfahrung zeigt, dass sich diese Konflikte mit der viel beschworenen Metapher der drei Säulen einer nachhaltigen Entwicklung (oder, um das andere Bild zu bemühen, des Nachhaltigkeitsdreiecks), wonach es bei nachhaltiger Entwicklung darum gehen müsse, Umwelt, Soziales und Ökonomie miteinander zu versöhnen oder auszubalancieren, in der Praxis nicht lösen lassen. Vor allem fanden sich bislang immer gute Gründe, weshalb die Ökonomie gerade Vorrang haben müsse. Die Ausbalancierung mit den anderen Säulen, so wurde gerne argumentiert, müsse zeitlich gestreckt, das ganze Unterfangen eher als Prozess betrachtet werden.

Heute ist deutlich, dass es so nicht weiter gehen kann. Ständiges Wirtschaftswachstum in einem begrenzten Ökosystem ist kaum vorstellbar. Wirtschaften braucht Regeln und Regulierung, die Freiheit des Wirtschaftens benötigt Grenzen, die man sich als Leitplanken vorstellen kann. Diese bestehen auf der einen Seite in den Grenzen der Tragfähigkeit der Ökosysteme, auf der anderen Seite in den sozialen Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit. Innerhalb dieser Leitplanken verläuft der Weg einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, oder, wie man es auch nennen kann, nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster.

#### Rio 2012

Das neue Schlagwort heißt nun Green Economy. Genauer geht es um eine Grüne Ökonomie im Kontext von nach-

haltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung. Auf diesen Zusatz haben im Vorbereitungsprozess der Rio+20-Konferenz vor allem die Entwicklungsländer gedrungen. Sie fürchteten, dass entwicklungspolitische Anliegen außen vor bleiben könnten. Diese Sorge ist keineswegs unbegründet. Der sogenannte Zero Draft, der erste Entwurf für die politische Abschlusserklärung von Rio, stellt ein Konzept von Green Economy in den Vordergrund, das im Kern auf eine Ökologisierung des jetzigen Wirtschaftsystems setzt. Durch entsprechende Investitionsanreize und mitunter auch durch Elemente staatlicher Steuerung sollen Mittel in grüne Wirtschaftssektoren fließen und es sollen grüne Jobs entstehen. Die Frage sozialer Gerechtigkeit spielt in diesem Konzept keine Rolle. Ein gerechter Welthandel scheint in weiter Ferne, denn trotz des an der globalen Finanzkrise abzulesenden Scheiterns des Neoliberalismus soll der Welthandel weiter liberalisiert werden, ungeachtet der Nachteile, die ärmere Länder durch eine solche Politik erleiden. Statt Ökolandbau soll die Intensivierung der Landwirtschaft trotz ihrer negativen Folgen fortgesetzt werden, in Zukunft soll diese Intensivierung, so heißt es im Zero Draft, nachhaltig erfolgen.



Unternehmen werden nur als Agenten des Wandels gesehen, sie sind offenbar niemals Problemfälle, so als ob es Brent Spar, Deepwater Horizon, Seveso oder Bhopal nie gegeben hätte.

Mit anderen Worten: alles wird grüner, ansonsten bleibt es wie gehabt. Dass das nicht reicht, ist offensichtlich. Die weltweiten Armutprobleme sind so nicht zu lösen, die Green Economy à la Rio+20 enthält für die Milliarde Menschen, die gerade hungert, keine frohe Botschaft.

Dennoch, so wäre zu fragen, selbst wenn das Konzept einer Begrünung der Wirtschaft nur begrenzte Reichweite habe, so könnte es doch einen Schritt in die richtige Richtung darstellen. Aber auch dies ist nur sehr bedingt zu bejahen. Denn die Green Economy von Rio+20 setzt nach wie vor auf Wachstum, jetzt eben auf grünes Wachstum. Nun ist unstrittig, dass die Wirtschaft in vielen Entwicklungsländern wachsen muss. Unstrittig ist auch, dass einige Bereiche der Wirtschaft wachsen müssen wie etwa Erneuerbare Energien. Nichtsdestoweniger ist ein unbegrenztes globales wirtschaftliches Wachstum angesichts nur begrenzt vorhandener Ressourcen und ökologischer Tragkapazitäten nicht nur schwer vorstellbar, sondern schlicht unmöglich.

Auf globaler Ebene droht das Szenario, das wir aus Deutschland schon kennen: 1955 schluckte ein 30-PS-Motor in einem VW-Käfer 7,3 Liter Normalbenzin auf 100 Kilometern, ein VW-Golf kommt heute mit 5,2 Litern hin. Nur: 1950 gab es neun Pkw pro 1.000 Einwohner, im Jahre 2010 waren es 511,8. Auch ein noch so rasanter technischer Fortschritt führt also nicht zwangsläufig zu einer Minderung des Ressourcenverbrauchs und der Belastung der Umwelt. Von Entkoppelung, also Wachstum der Wirtschaft bei gleichzeitig sinkendem Umweltverbrauch, kann keine Rede sein. Und, daran sei noch schnell erinnert, auch ein Elektroauto hat eine stoffliche Basis. Der Traum vom Elektroauto für alle zerschellt an der harten Realität. Und einen Planeten B haben wir nicht.

#### Fazit

Das Problem ist, dass wir offenbar auch keinen Plan B haben. Die Green Economy à la Rio+20 ist ein Versuch, den globalen Umweltproblemen zu begegnen, ohne an den globalen Wirtschaftsstrukturen wirklich zu rütteln. Wasch mich (grün), aber mach mich nicht nass, so könnte das Motto lauten.

Was fehlt, ist der ernsthafte Versuch, sich auf globale Regeln zu einigen, die ein Wirtschaften innerhalb der planetarischen Grenzen erlauben, wobei jeder Mensch das gleiche Recht auf die Nutzung von Natur hat. Die Bedürfnisse aller Menschen gleichermaßen zu befriedigen, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können - das ist das knifflige Problem, zu dessen Lösung die Rio+20-Konferenz offenbar nicht den Weg weisen kann.

Dabei auf die Effizienzlösung, also die Rettung durch neue Technologien, zu setzen, ist ein wenig, wie mit hoher Geschwindigkeit auf einen Abhang zuzurasen und zu hoffen, dass in Bälde ausreichend leistungsstarke Bremsen erfunden werden. An Suffizienz, also der Frage der Genügsamkeit, wird kaum ein Weg vorbei gehen - mag uns dies gefallen oder nicht. Wir in den reichen Ländern werden künftig mit deutlich weniger Ressourcen auskommen müssen, als wir dies heute tun. Dies

ist kein Altruismus, sondern eine Frage der Vernunft. Da immer mehr Menschen Gefallen an einem mitteleuropäischen Lebensstil finden, wird eine solche Haltung zunehmend zu einer Überlebensfrage.

Für den Mitteleuropäer sind prinzipiell zwei Strategien denkbar, mit den Begrenzungen des Planeten und der daraus resultierenden Endlichkeit und schlussendlich Knappheit umzugehen. Die eine wäre, sie zu erleiden. Die andere wäre, sie zu gestalten. Letzteres ist die Aufgabe.



#### Autor

##### Michael Frein

... arbeitet beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) in Bonn zu Handelspolitik und globaler Umweltpolitik. Weitere Informationen unter: [www.eed.de/rio](http://www.eed.de/rio)



Die Kampagne „Öko + Fair ernährt mehr!“ von Weltladen-Dachverband und Naturland stellt 2012 und 2013 drei Kleinbauern-Kooperativen aus Asien in den Mittelpunkt. Unter dem Motto „Kleinbauern säen die Zukunft“ zeigen sie damit auf, welchen Beitrag die kleinbäuerliche Landwirtschaft für unsere Zukunft leistet. Wie profitieren wir hier in Deutschland vom Engagement der Kleinbauern in Thailand, Sri Lanka und den Philippinen?

Bis heute ist Landwirtschaft der größte Beschäftigungszweig der Welt und ein entscheidender Wirtschaftsfaktor in vielen Entwicklungsländern. Für etwa 2,6 Milliarden Menschen und damit Millionen von Kleinbauern bildet sie die wichtigste Erwerbs- und Existenzgrundlage. In Asien und Afrika bauen Kleinbauern auf kleinsten Flächen den größten Teil aller Lebensmittel an: 85% der weltweit 525 Millionen Bauernhöfe bewirtschaften weniger als zwei Hektar Land, darunter häufig die schlechteren und weniger gut bewässerten Böden. Dennoch erwirtschaften diese Kleinbauern etwa 70% der weltweit geernteten Lebensmittel. Damit bilden sie das Rückgrat für eine zukunftsfähige Welternährung. Mit den Prinzipien des ökologischen Landbaus können Kleinbauern mit geringstmöglichem externen Input langfristig stabile und hohe Erträge erzielen. Damit fördern sie gleichzeitig biologische Vielfalt, Bodenfruchtbarkeit und verbessern Nährstoff- und Wasserkreisläufe. Sie nutzen die verfügbaren natürlichen Ressourcen unseres Planeten nachhaltig und produzieren hochwertige und gesunde Lebensmittel. Damit leisten sie einen Beitrag zur weltweiten Ernährungssicherung und zur nachhaltigen Entwicklung!



**ICH SÄE  
DEINE ZUKUNFT**

BMZ  Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

[www.oekoplusfair.de](http://www.oekoplusfair.de)

Eine Kampagne für zukunftsfähige Welternährung von  

**ÖKO  
FAIR  
ERNÄHRT  
MEHR!**

Vor drei Jahren forderte der Weltagrarbericht daher eine radikale Wende in der Ernährungs- und Agrarpolitik und eine stärkere Förderung von kleinbäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft. Mittlerweile ist von einem unausweichlichen Paradigmenwechsel die Rede, von Reduzierung des Verbrauchs statt Steigerung des Wachstums und von agrarökologischen Systemen, in deren Mittelpunkt die Kleinbauern stehen. Damit kleinbäuerliche Betriebe erfolgreich wirtschaften und vor Ort einen Beitrag zu ländlicher Entwicklung leisten können, brauchen sie jedoch gesicherten Zugang zu Land und Wasser und Unabhängigkeit von externen Betriebsmitteln, wie Hybrid-Saatgut und Agrogentechnik. Voraussetzung dafür sind ein Mindestmaß an Rechtssicherheit, auskömmliche Einkünfte und eine ihren Bedürfnissen angepasste Infrastruktur: Brunnen, Straßen, Gesundheitsversorgung, Bildungs- und Beratungseinrichtungen und Kommunikationsmittel.

Wie dies in der Praxis durch den Fairen Handel möglich wird, zeigen die drei Partner-Kooperativen der Kampagne „Öko + Fair ernährt mehr!“, die Green Net Cooperative in Thailand, die Small Organic Farmers' Association in Sri Lanka und das Panay Fair Trade Center auf den Philippinen. Gemeinsam ist den Kooperativen ihr Engagement über die ökologische Landwirtschaft und den Vertrieb von Lebensmitteln hinaus. Sie agieren vor Ort als Netzwerke zur Durchsetzung der sozialen und politischen Interessen von Kleinbauern und leisten aktiv Lobby- und Kampagnenarbeit. Durch die Vermarktung auf dem lokalen Markt und die Exportabwicklung über den Fairen Handel bieten sie ihren Mitgliedern eine langfristige Existenzsicherung und damit Zukunftsperspektiven. Demokratische Mitspracherechte und Qualifizierungsmaßnahmen ermöglichen ihnen eine umfassende Partizipation an der Wertschöpfungskette. Durch die Umstellung auf ökologischen Landbau und weitere Umweltschutzmaßnahmen leisten sie einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung.



*Sumithra Ranosinghe pflückt Tee in ihrem Bioteegarten. Ihr Mann und sie besitzen knapp einen halben Hektar Land. Die beiden sind Mitglieder der Genossenschaft SOFA in Sri Lanka.*

Erfahren Sie mehr über die drei Fair-Handels-Kooperativen aus Asien und die Aktion „Kleinbauern säen die Zukunft“ unter [www.oekoplusfair.de](http://www.oekoplusfair.de)! Oder besuchen Sie Ihren Weltladen und lernen Sie die Produktvielfalt kleinbäuerlicher Landwirtschaft kennen. Ihren Weltladen vor Ort finden Sie unter [www.weltladen.de](http://www.weltladen.de).

.....  
**Autorin**

**Anna Hirt**

Koordination der Kampagne „Öko + Fair ernährt mehr!“ beim Weltladen-Dachverband e.V., lebt und arbeitet seit Oktober 2009 in Mainz.



## Alle Jahre wieder Gipfeltheater: Rio+20 und die blinden Flecken der „Green Economy“

Rio de Janeiro, Brasilien, im Jahr 1992: Begleitet von großer internationaler Aufmerksamkeit beschließen die Regierungen der Welt auf dem „Erdgipfel“, ihre Politik in Zukunft am Ziel der „nachhaltigen Entwicklung“ auszurichten. 20 Jahre später hat sich Nachhaltigkeit zu Tode gesiegt. Telefonanbieter bieten nachhaltige Tarife, bei denen die Umwelt besonders schützt, wer mehr telefoniert. Die Post verschafft dem unökologischen Versandhandel mit „Go Green“ ein nachhaltiges Label. Kaum noch ein Unternehmen findet sich, das nicht von sich behauptet, es wäre irgendwie nachhaltig. Nachhaltigkeit heißt heute, bei der Rettung des Planeten möglichst wenig am eigenen Lebensstil oder Geschäftsmodell verändern zu wollen, und trotzdem grün zu leuchten. Währenddessen zeigen alle ökologischen Indikatoren weiter in Richtung globale Umweltkatastrophe. Seit 1992, dem Startschuss für die internationale Klimapolitik, haben sich die Treibhausgasemissionen weltweit um etwa 40% erhöht.

Gegenwärtig laufen die Vorbereitungen für den Rio-Jubiläumsgipfel auf Hochtouren. Und schon wird die nächste Zauberformel aus dem Hut gezaubert: die „Green Economy“. Kurz nach dem desaströsen Scheitern des Klima-Gipfels von Kopenhagen, im Januar 2010, verkündete UN-Generalsekretär Ban-Ki Moon, dass er nun auf ein neues Thema setzen würde: die „Green Economy“. Klima-Berater wurden entlassen, Experten für grüne Ökonomie eingestellt. Statt den Konflikten in der internationalen Klimapolitik solle man sich dem widmen, was direkt umsetzbar wäre und allen direkt Vorteile brächte.

Die Idee klingt wie immer gut: Wenn wir konsequent in ökologische Technologien investieren, dann hilft dies gleichzeitig Armutsbekämpfung und schafft weltweit umweltverträgliches wirtschaftliches Wachstum. Wenn es aber zur Umsetzung dieser heeren Vision kommt, dann blättert der grüne Lack schnell ab. Der erste Entwurf der Abschlusserklärung für den Gipfel, der vor einiger Zeit an die Öffentlichkeit gelangte, strotzt nur so vor blumigen Worten. Wie das ganze erreicht werden soll, bleibt jedoch offen: Da sollen Unternehmen „aufgefordert“ werden, „Nachhaltigkeitsfragen zu berücksichtigen“. Internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank, die nach wie vor große Teile ihres Budgets in fossile Energien stecken, will man „bitten“, „ihre programmatischen Strategien zu überdenken“. Von konkreten Verpflichtungen oder Maßnahmen ist nicht die Rede. Green Economy schreibt damit nahtlos die Geschichte der Nachhaltigkeit fort.

Und wenn der Lack erstmal ab ist, dann wird bei näherem Hinsehen deutlich, dass die Green Economy auch gar keine so revolutionäre Idee ist. Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist sicher nicht schlecht, Umwelttechnologien zu fördern oder die Wirtschaft ressourceneffizienter zu machen. Doch nach zwanzig mehr oder weniger ver-

lorenen Jahren in der internationalen Umweltpolitik ist das schlicht zu wenig. Denn die grüne Ökonomie weicht einigen sehr unangenehmen Fragen aus, die für dieses Scheitern maßgeblich verantwortlich ist. Beispiel Wachstum: Bereits die nachhaltige Entwicklung hat ganz zentral auf eine immer weitere Steigerung der weltweiten Wirtschaftsleistung gesetzt. Dabei ist längst klar, dass auch „grünes Wachstum“ an Grenzen stößt. Wenn wir in bis 2050 ein jährliches weltweites Wirtschaftswachstum von 1,4% anstreben, was viele Politiker für moderat halten, und gleichzeitig einen gefährlichen Klimawandel verhindern wollen, dann muss die Weltwirtschaft in diesem Zeitraum um den Faktor 21 effizienter werden – so hat es der Ökonom Tim Jackson im Auftrag der britischen Regierung vorgezeichnet. Pro Dollar Weltsozialprodukt nur noch mit 1/21 des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auszukommen, das dürfte selbst den größten Optimisten des technologischen Fortschritts die Sprache verschlagen. Eine wirklich grüne Ökonomie kann nur eine Postwachstumsökonomie sein – eine, die ohne wirtschaftliches Wachstum auskommt. Doch davon ist in den Papieren zum Rio+20 Gipfel keine Rede. Anderes Beispiel globale Krisen: Noch immer sind die verschiedenen Ausprägungen globaler Krisen – vorgestern Finanz-, gestern

Wirtschafts-, heute Schulden-, morgen vielleicht wieder Wirtschaftskrise – nicht unter Kontrolle gebracht. Noch immer gibt es keine wirksame Regulierung der Finanzmärkte, die solche Krisen in Zukunft verhindern. Noch immer wird der wachsende Reichtum auf der Welt nicht ausreichend besteuert, obwohl gleichzeitig nationale Haushalte kaputtgespart werden, und damit natürlich auch der Spielraum für eine ökologisch-soziale Politik schwindet. Die Green Economy will mit nachhaltiger Landwirtschaft den Hunger in der Welt stillen. Doch die Spekulation mit Nahrungsmitteln ist noch immer nicht verboten. Die Green Economy will den Ausstieg aus den fossilen Energien, doch Banken und Pensionsfonds dürfen noch immer ungehindert in Atom und Kohle investieren. Obwohl die Finanzmärkte momentan die Schlagzeilen wie nichts anderes bestimmen, in Rio wird davon kaum die Rede sein. Drittes Beispiel Machtverhältnisse: Transnationale Konzerne sichern sich in großem Stil Agrarflächen in Entwicklungsländern und vertreiben lokale Kleinbauern – sogenanntes „Landgrabbing“. Der Energieriese Vattenfall verklagt Deutschland vor einem Investitionsgericht der Weltbank für den Atomausstieg auf „entgangene Gewinne“. Europäische Fischtrawler fischen die Küsten Afrikas leer und rauben Millionen Menschen ihre Existenzgrundlage (die dann hinterher als Piraten vor Gericht stehen, weil ihnen kein anderer Ausweg bleibt).

Die erhofften Win-Win-Situationen der Green Economy sind gut und schön. Aber die Regel ist, dass die Armen verlieren, wenn die Reichen gewinnen. Doch auch davon ist in den Papieren der Green Economy nichts zu finden. Rio+20 und der Green Economy sind offenbar nichts anderes als „Gipfeltheater“. So nennt es der Politologe Carl Death, wenn Regierungen mit einer Konferenz den Eindruck inszenieren, sie würden sich um die Probleme der Welt kümmern. Und wenn alle wieder zu Hause sind, dann geht es weiter mit dem „Business as Usual“.

Überhaupt beschleicht einen das Gefühl, dass es bei den Lobgesängen auf die Green Economy oft eigentlich nur um „Business“ geht. Zumindest tun die westlichen Regierungen alles dafür, um

ihren Konzernen ein großes Stück vom Kuchen der grünen Ökonomie zu sichern. Beispiel geistige Eigentumsrechte: Die EU drängt weltweit auf eine Verschärfung des Patentrechtes, damit die profitablen Umwelttechnologien in den Händen des globalen Nordens bleiben. Achtzig Prozent der Patente auf grüne Technologien befinden sich in den Händen von nur sechs Ländern (Japan, die USA, Deutschland, Südkorea, Großbritannien und Frankreich). Damit ist klar, wer zuerst von Investitionen in die Green Economy profitiert, und welche Länder in neue Abhängigkeiten getrieben werden. Beispiel Handels- und Investitionsschutzabkommen: Seit europäische Konzerne den Traum vom Strom aus der Wüste propagieren (Desertec), versucht die EU-Kommission diesem Projekt handelspolitisch den Weg zu ebnen. Die politischen Erschütterungen des arabischen Frühlings clever ausnutzend, wird den neuen Regierungen Nordafrikas die handelspolitische Pistole auf die Brust gesetzt: umfassende Liberalisierung, gerade auch im Energiesektor, und die Übernahme von Investitionsrisiken werden zur Bedingung für die dringend benötigte wirtschaftliche Kooperation und Hilfe gemacht. Was in der Green Economy als gut für alle gilt, wird in der Realität schnell zum harten Geschäft.

Man muss sich das so vorstellen: Mit Kopenhagen hat das Flaggschiff der internationalen Umweltpolitik – der zentrale Politikprozesses, der aus dem „Erdgipfel“ von Rio 1992 hervorgegangen ist – ernsthaft Leck geschlagen und droht auf Jahre hinaus manövrierunfähig durch die Weltpolitik zu treiben. Und just in diesem Moment lenkt die Mannschaft auf der Brücke die Aufmerksamkeit auf einen schmalen grünen Streifen am Horizont. Während unter Deck die ersten Passagiere schon mit den steigenden Fluten kämpfen, starrt die feine Gesellschaft an Deck Backbord auf den grünen Flecken, der die schöne neue Welt verspricht. Und zeitgleich tobt an Steuerbord ein heftiger Sturm, der das gelobte Land der „Green Economy“ schnell wie ein Tsunami überrollen könnte. Hier muss die globale Aufmerksamkeit hin: Die Finanzmärkte müssen geschrumpft und reguliert, die Macht transnationaler Konzerne eingeschränkt werden. Banken und Energiekonzerne

sollten zerschlagen werden. Stattdessen braucht es Ansätze einer nicht an Wachstum orientierten, solidarischen Ökonomie, die ein gutes Leben für alle ermöglicht. Solange dies alles nicht zum Thema wird, ist Rio+20 leider nicht weiter als Gipfeltheater.

#### Autor

#### Chris Methmann

... ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Hamburg und aktiv bei Attac. Er organisiert u.a. den Kongress McPlanet.com, der sich vom 20.-22. April in Berlin kritisch mit Rio+20 auseinandersetzt ([www.mcplanet.com](http://www.mcplanet.com))



Die Spekulation mit Agrar-Rohstoffen treibt die Nahrungsmittelpreise in die Höhe. Investmentbanken wie die Deutsche Bank und Goldman Sachs sowie die Verwalter von Versicherungen, Pensionsfonds und Stiftungen machen sich dadurch mitschuldig an Hungersnöten in den ärmsten Ländern der Welt. Sie investieren Geld, das Menschen für ihre Altersvorsorge sparen oder für gemeinnützige Zwecke stiften, in Wetten auf die Preise für Mais, Weizen und andere Nahrungsmittel. Zu diesen Ergebnissen kommt der foodwatch-Report „Die Hungermacher“.

Etwa eine Milliarde Menschen auf der Welt hungern. Allein 2010 stiegen die Nahrungsmittelpreise um ein Drittel, nur dadurch wurden mehr als 40 Millionen Menschen zusätzlich in absolute Armut gestürzt. Es gab aber auch einen anderen Rekord: Bis Ende März 2011 haben Kapitalanleger wie Versicherungen und Pensionsfonds 600 Milliarden Dollar in die von den Investmentbanken und Hedgefonds aufgelegten Papiere für Wetten mit Rohstoffen, darunter Mais und Weizen, investiert. Gibt es hier einen belegbaren Zusammenhang? Schädigt eine außer Rand und Band geratene Finanzindustrie auch das Leben und die Gesundheit der Ärmsten, indem sie die Nahrungsmittelpreise treibt?



Um diese Fragen zu klären, konnte foodwatch den Wirtschaftsjournalisten und ausgewiesenen Finanzexperten Harald Schumann gewinnen, der sich für die Arbeit an unserem Report sechs Monate von seiner Redakteurs-Tätigkeit beim Tagesspiegel freistellen ließ. Das sind die Ergebnisse seiner Recherchen: Ein gewisses Maß an Spekulation ist nützlich

Um Planungssicherheit zu erhalten, schließen z. B. Agrarhändler Verträge („Futures“) über Warenlieferungen zu einem festen Preis und einem festen Termin in der Zukunft ab. Spekulanten, die kein Interesse an einer Warenlieferung haben, aber mit solchen Futures auf steigende oder fallende Preise wetten, führen dem Markt Liquidität zu und tragen somit zur Preisstabilität bei. Bis zur Jahrtausendwende wurde das Gros der Future-Verträge von Produzenten und Verarbeitern geschlossen, um sich dadurch gegen Preisschwankungen abzusichern.

### Rohstoff-Spekulation boomt

In den letzten Jahren haben Banken spekulative Rohstoffe-Papiere forciert und massiv beworben. Sie gelten als sichere Anlage, da das Angebot begrenzt ist und die Nachfrage angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung zunimmt. Die große Deregulierung um die Jahrtausendwende hat den Rohstoff-Handel für institutionelle Anleger wie Index-Investoren attraktiv gemacht. Sie haben kein Interesse an Preisstabilität für den physischen Rohstoffhandel, sondern nur an langfristiger Rendite. Gleichzeitig wurden dadurch die Rohstoffbörsen an die Entwicklung der Finanzmärkte gekoppelt: Faktoren wie Zinshöhe, Risiko-

bereitschaft oder fallende Aktienkurse treiben die Preise für Rohstoffe, unabhängig von Angebot und Nachfrage der physischen Ware.

### Das Ausmaß der Spekulation hat überhand genommen

Der Anteil der zu rein spekulativen Zwecken gehaltenen Weizen-Kontrakte an der Chicagoer Börse (CBOT) lag bis 1999 noch bei 20 bis 30 Prozent – heute beträgt er bis zu 80 Prozent. Institutionelle Anleger haben bislang 600 Milliarden Dollar an den Rohstoffbörsen investiert – das entspricht etwa einem Zehntel des Wertes aller weltweit gehandelten Aktien. Dabei ist die Zahl der gehandelten Futures völlig unabhängig von den verfügbaren Mengen der physischen Ware und überschreitet diese um ein Vielfaches. So betrug zum Beispiel das Volumen der gezeichneten Futures („open interest“) auf Weizen der Sorte „Soft Red Winter“ in Chicago im März 2011 rund 76 Millionen Tonnen – das entspricht dem 8,5-fachen der Jahrernte von rund 9 Millionen Tonnen.

### Der Preis von morgen bestimmt den Preis von heute

Es gibt erdrückende Belege dafür, dass der Future-Preis, also der Kurs der nächst-fälligen Kontrakte für eine nur virtuelle Rohstofflieferung, die Preise auf den Spotmärkten beeinflusst, wo diese Rohstoffe tatsächlich gehandelt werden. Getreidebauern verkaufen ihre Ware in der Gegenwart zum Future-Preis – einen niedrigeren Preis zu verlangen, wäre ökonomisch unsinnig, für einen höheren Preis würden sie dagegen keine Käufer finden. Wissenschaftliche Auswertungen der in den USA

erhobenen Börsendaten zeigen, dass die anwachsende Kapitalanlage auf den Rohstoffmärkten Getreide, Speiseöl und Benzin über lange Phasen von bis zu einem Jahr um bis zu 25 Prozent verteuert.

### Preise im Rohstoff-Fieber

Durch spekulative Anleger hat auch die Volatilität zugenommen, also Ausmaß und Frequenz der Preisschwankungen. So schwankten die Preise für Weizen-Futures in Chicago bis 2004 in der Regel nur um bis zu 30 Prozent übers Jahr – seit dem Einstieg der Indexfonds sind Ausschläge von bis zu 70 Prozent gang und gäbe. Indexfonds spekulieren auf langfristig steigende Preise und investieren daher nur in Kaufkontrakte („long-only“). Dadurch sorgen sie für eine künstliche, virtuelle Nachfrage, die die tatsächlichen Preise für die Rohstoffe steigen lässt.

### Banken haben kein Interesse an Regulierung

Banken profitieren über Gebühren immer und ohne jedes Risiko von der Spekulation mit Nahrung, unabhängig davon, wie sich die Preise entwickeln und ob ihre Kunden mit den Papieren Gewinn oder Verlust machen. Wie lukrativ Rohstoffspekulation ist, zeigt auch die Tatsache, dass Finanzkonzerne wie Morgan Stanley, JP Morgan, Goldman Sachs oder die Deutsche Bank in den physischen Rohstoffhandel eingestiegen sind und Tanker, Pipelines und Lagerhäuser betreiben.

Auch Wetten auf Öl treiben Nahrungsmittelpreise nach oben. Dass der Ölpreis in hohem Maße durch Spekulation und nicht allein durch Angebot und Nachfrage beeinflusst wird, gilt als unbestritten. Die Ölpreise aber schlagen durch Ausgaben für Treibstoff und Mineraldünger direkt auf die Kosten der Getreideproduktion und -vermarktung durch.

### Steigende Preise verursachen Hunger

Wenn Menschen in den ärmsten Ländern 80 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben müssen, kön-

nen sie bei Preissteigerungen Nahrung nicht mehr bezahlen. Die Weltbank schätzte, dass während der Hochpreissphase 2007/08 an die 100 Millionen Menschen zusätzlich Hunger litten, weil sie die höheren Preise nicht mehr bezahlen konnten. Und 2011 lagen die Preise für die drei wichtigsten Getreidesorten Weizen, Mais und Reis im weltweiten Durchschnitt inflationsbereinigt um 150 Prozent über denen im Jahr 2000.

### Die europäische Politik zum Handeln verpflichtet

Angesichts der Belege für die schädliche Wirkung der Nahrungsmittelspekulation muss die europäische Politik endlich aktiv werden – und ist sogar dazu verpflichtet: Das Vorsorgeprinzip ist Teil des europäischen Grundrechts (Lissabon-Vertrag); es schreibt bereits bei Hinweisen auf Gefahren für Leib und Leben vorsorgendes Handeln vor. Doch die internationale Politik schaut dem Treiben der Investmentbanken hilflos zu. Es gibt bislang keine effektive Regulierung der Spekulation mit Nahrungsmitteln. Die Banken haben alles Interesse daran, den Status quo zu erhalten.

### Das fordert foodwatch:

foodwatch fordert die europäische Politik auf, folgende Regulierungsmaßnahmen durchzusetzen:

- Wirksame Positionslimits: Der rein spekulative Handel mit Rohstoff-Futures muss begrenzt werden.
- Institutionelle Anleger wie Versicherungen müssen vom Rohstoffgeschäft ausgeschlossen werden.
- Publikumsfonds und Zertifikate für Rohstoffe müssen verboten werden.

Mit einer E-Mail-Aktion richtet sich foodwatch außerdem an Josef Ackermann, der als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank nicht nur Chef einer der größten Investmentbanken der Welt ist, sondern dem als Präsident des Weltbankenverbandes IIF und damit obersten Lobbyist der Finanzwirtschaft eine zentrale Rolle zukommt. Unsere Forderungen: Die Deutsche Bank soll mit gutem Beispiel voran gehen und aus der Spekulation mit Nahrungsmit-



teln aussteigen. Und die Bankenlobby soll sich effektiver staatlicher Regulierung nicht länger widersetzen, sondern aktiv Regulierungen unterstützen, um den schädlichen Einfluss von Nahrungsmittelspekulationen zu verhindern.

**foodwatch**  
Brunnenstraße 181  
10119 Berlin

Nachhaltige Entwicklung als Orientierungsrahmen für die Bewältigung der aktuellen und künftigen Herausforderungen der Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft hatte in Rheinland-Pfalz schon frühzeitig eine große Bedeutung gewonnen. Im Jahre 1999 beschloss der Landtag getreu dem Motto „Global denken – lokal handeln“ die Vorlage eines Agenda21-Programms und seine Fortschreibung in regelmäßigen Abständen. In den Kommunen und weiten Teilen der Gesellschaft ist das Thema in seiner Wichtigkeit ebenfalls präsent. Neben politischen, kommunalen und gesellschaftlichen Akteuren sind auch Vertreter der Wirtschaft zunehmend an positiven Auswirkungen Nachhaltiger Entwicklung interessiert.

Auch wenn der Begriff Nachhaltigkeit in verschiedenen Zusammenhängen immer häufiger gebraucht wird und sich in der Fachliteratur etabliert hat, wirft seine genaue Bedeutung weiterhin Fragen auf. Spätestens seit den Ausführungen im Brundtland-Bericht, der 1987 veröffentlicht wurde, besteht eine weitgehend anerkannte Definition des Begriffs sowie ein Konsens über die gleichrangige Gewichtung der drei Dimensionen Nachhaltiger Entwicklung: Ökologie, Ökonomie und Soziales.



Perspektiven für Rheinland-Pfalz

Demnach soll der Zugang zu natürlichen, materiellen und sozialen Ressourcen den gegenwärtig lebenden Menschen in gerechter Weise gewährt werden (intragenerationelle Gerechtigkeit) sowie den künftigen Generationen erhalten bleiben (intergenerationelle Gerechtigkeit). Bei den natürlichen Ressourcen handelt es sich um die den Menschen umgebenden Bestandteile der Biosphäre (wie mineralische Rohstoffe, Pflanzen und Tiere), die das menschliche Leben ermöglichen. Materielle Ressourcen eröffnen den Weg zum materiellen Wohlstand, während die sozialen Ressourcen den Zugang zu sozialen Netzwerken innerhalb einer Gesellschaft und die damit verbundenen Vorteile beinhalten. Gemeinsam haben die drei Dimensionen eine höhere Lebensqualität zum Ziel.

Wie bereits erwähnt hat Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz Tradition. Der langjährigen Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium des Landes folgend arbeitet der Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik und internationale Wirtschaftsbeziehungen der Technischen Universität Kaiserslautern im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung (MWKEL) Rheinland-Pfalz an der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes weiter (s. Logo „Perspektiven für Rheinland-Pfalz“).

Das im Jahre 2012 erscheinende fünfte Agenda21-Programm schreibt die früheren Berichte fort und bietet neben bewährten Schwerpunkten, wie

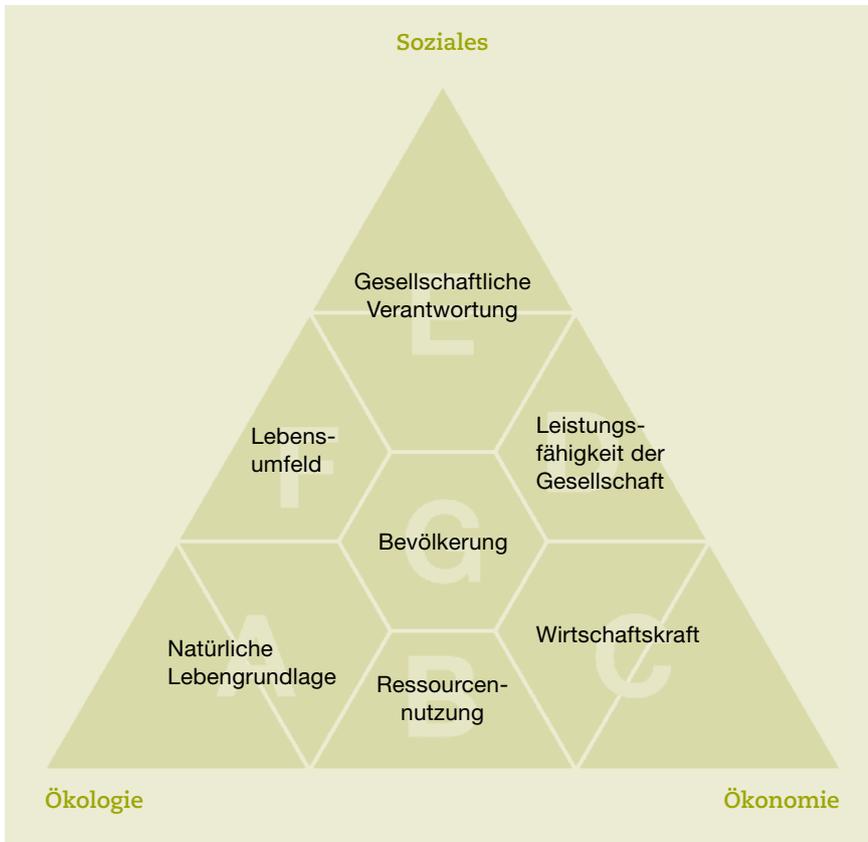
Indikatoren Nachhaltiger Entwicklung, auch neue Perspektiven: Vorstellung von Leuchtturmprojekten (Projekte der Nachhaltigen Entwicklung, die eine besondere, landesweite Strahlkraft besitzen), Ausführungen zur Partizipation gesellschaftlicher Gruppen an der Nachhaltigen Entwicklung des Landes sowie zur kommunalen Entwicklung.

Das abgebildete Dreieck visualisiert die Nachhaltigkeitsbereiche, die in dem fünften Agenda21-Programm beschrieben werden:

- Natürliche Lebensgrundlagen (ökologische Dimension),
- Ressourcennutzung (ökologisch-ökonomische Dimension),
- Wirtschaftskraft (ökonomische Dimension),
- Leistungsfähigkeit der Gesellschaft (ökonomisch-soziale Dimension),
- Gesellschaftliche Verantwortung (soziale Dimension),
- Lebensumfeld (sozial-ökologische Dimension), sowie
- Bevölkerung (ökologisch-ökonomisch-soziale Dimension).

Bis zur Herausgabe des geplanten Berichts handelt es sich hierbei um einen vorläufigen Stand des Dreiecks. Weitere Informationen finden Interessierte unter <http://agenda21.rlp.de>.

Dieses Jahr wird die Diskussion zum Thema Nachhaltigkeit auf der globalen Ebene wiederbelebt. Auf der Konferenz über Nachhaltige Entwicklung tagen die Vereinten Nationen in Rio de Janeiro zu den Schwerpunktthemen Green Eco-



nomy und institutionelle Rahmenbedingungen Nachhaltiger Entwicklung.

Die Erwartungen an die Rio+20 Konferenz sind nach den Erfahrungen aus den früheren Konferenzen geteilt. Die anfängliche Euphorie über den erfolgreichen Einigungsprozess im Rahmen des 1992 stattgefundenen Erdgipfels ist spätestens nach 10 Jahren den Umsetzungsschwierigkeiten und unterschiedlichen Voraussetzungen innerhalb der Länder gewichen. Es besteht zunehmend die Gefahr, dass Nachhaltigkeit als Luxusgut betrachtet wird: Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Nachhaltigen Entwicklung kann oft erst dann gebildet werden, wenn die Grundbedürfnisse in weiten Teilen der Bevölkerung bedient sind.

Von der Konferenz in Rio de Janeiro dürfen demnach Impulse für die Weltbevölkerung, insbesondere für die Entscheidungsträger, erwartet werden, die zu intensiveren Bemühungen um die

gerechte Zugangsgewährung und den Erhalt der vorhandenen Ressourcen für die gegenwärtigen und künftigen Generationen führen. Der Inhalt des Begriffes Nachhaltige Entwicklung sollte dabei greifbarer werden, damit politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Vorhaben und Handeln nach den Nachhaltigkeitskriterien beurteilt und ggf. entsprechend revidiert werden kann.

## Autorin

### Helena Schiffer

... ist als Projektleiterin am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik und internationale Wirtschaftsbeziehungen der Technischen Universität Kaiserslautern tätig und arbeitet im Auftrag des Wirtschafts-, zuvor des Umweltministeriums Rheinland-Pfalz an der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes. Frau Schiffer hat ein Studium des Wirtschaftsingenieurwesens an der TU Kaiserslautern sowie ein Auslandsstudium an der Babcock School of Management in Winston-Salem, NC, USA abgeschlossen. Im Anschluss daran sammelte sie Praxiserfahrung als Unternehmensberaterin. Der Forschungsschwerpunkt von Frau Schiffer liegt in der sozialen Dimension Nachhaltiger Entwicklung, sie referiert zum Thema Nachhaltigkeit in und außerhalb von Deutschland.



# Lokale Agenda 21 in Trier

Seit 1999 gibt es in Trier den Verein „Lokale Agenda 21 Trier e.V.“, der maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Trier in der „Agenda-Szene“ bundesweit einen sehr guten Ruf genießt. Der Verein hat keine fertigen Lösungen, aber eine Vision. Sie lautet: Immer mehr Menschen lassen sich von der Vorstellung der „Nachhaltigkeit“ leiten und suchen das Gespräch, den Interessenausgleich und eigene Handlungsoptionen. Sie vermitteln so die Einsicht, dass die Frage nach der guten Zukunft für die nachfolgenden Generationen überall gestellt werden muss – in der Wirtschaft und den Betrieben, in den Behörden und den Ämtern, in den Bildungseinrichtungen und auch zuhause.

Der Verein Lokale Agenda 21 Trier e.V. wurde durch die Initiative von Bürgerinnen und Bürgern und als Folge eines Stadtratsbeschlusses gegründet. Satzungsgemäß macht er es sich zur Aufgabe, das Aktionsprogramm „Agenda 21“ in Stadt und Region Trier umzusetzen. Er informiert die Öffentlichkeit und initiiert, unterstützt und bearbeitet Nachhaltigkeitsprojekte. Daneben bietet er ein Dach für Menschen und Ideen zur Nachhaltigkeit. Arbeitsgruppen wie die „AG Verkehr, Städtebau und Umwelt“ und „ZAK – Leben in selbstgewählter Nachbarschaft“ tagen in seiner Geschäftsstelle.

Es sind sehr vernetzte Strukturen, in denen die Lokale Agenda 21 in Trier agiert. Deshalb kann sie bei ihren Aktivitäten auf ein breit gefächertes Kompetenzspektrum zurückgreifen. Trierer Agenda-Projekte werden fast immer mit Kooperationspartnern umgesetzt und sind so vielseitig, wie es das umfassende Thema Nachhaltigkeit verlangt.



*Rote Hände als Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten weltweit. Die Lokale Agenda 21 koordiniert die Sammlungen in Trier sowie die jährliche Übergabe an den Oberbürgermeister.*



*Beauftragt vom Trierer Stadtrat organisierte der Lokale Agenda 21 Trier e.V. im Juni 2011 den großen Bürgerkongress „Für ein tolerantes und weltoffenes Trier“. Er war der Auftakt für eine gleichnamige Kampagne in der Stadt Trier.*

Natürlich sind die Kapazitäten des Vereins nicht endlos, weshalb die Aktivitäten im Wesentlichen diesen Arbeitsfeldern zuzuordnen sind:

- Bildung für nachhaltige Entwicklung  
Globales Lernen
- Beteiligung der Bevölkerung
- Energie und Klimaschutz
- Nachhaltiges Wirtschaften
- Verkehr und Städtebau

Mit seinen Projekten verfolgt der Verein das Ziel die Nachhaltigkeit in der Region Trier voran zu bringen und dabei möglichst nicht nur punktuelle, sondern dauerhafte Wirkung zu erzielen. Darüber hinaus müssen die Projekte einen Beitrag zur finanziellen Absicherung der Geschäftsstelle leisten und sollen nachahmbar für andere sein.

#### Was bedeutet das konkret?

Langfristig ganz besonders wichtig und hoffentlich wirksam ist die Bildungsarbeit. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zielt darauf ab, Gestaltungskompetenzen zu fördern. Mit seinen BNE-Projekten möchte der Trierer Verein Gelegenheiten für einen derartigen Kompetenzerwerb bieten. Am bekanntesten ist das Zukunfts-Diplom für Kinder, ein umfangreiches, außerschulisches Veranstaltungsprogramm. Es bietet Kindern zwischen 6 und 12 Jahren jedes Jahr die Chance, sich mit zukunftsrelevanten Fragestellungen und ihren eigenen Einflussmöglichkeiten zu beschäftigen. Das Projekt wird aufgrund seines Erfolges seit 2004 jährlich wiederholt und weiter entwickelt.

Es war 2005/2006 offizielles Projekt zur UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung. Seitdem hat der Trierer Agenda-Verein zahlreiche bundesweite Auszeichnungen für dieses Projekt bekommen.

Seit 2008 widmet sich der LA 21 Trier e.V. mit finanzieller Unterstützung durch das BMZ, das rheinland-pfälzische Innenministerium, die Trierer Nikolaus Koch Stiftung u.a. gezielt den Themenbereichen „Eine Welt und Fairer Handel“. Kernstück ist die Mediathek zum Globalen Lernen, welche Literatur, Themenboxen und -bags sowie digitale Medien enthält. Die Materialien der Mediathek können kostenlos ausgeliehen werden. Außerdem bietet der Verein Beratungen, Workshops und Fortbildungen sowie Unterstützung bei der Organisation von Projekttagen an. Das seit 2007 jährlich stattfindende Welt-BürgerFrühstück mit Produkten aus dem fairen und regionalen Handel organisiert der Agenda-Verein gemeinsam mit dem Netzwerk Weltkirche im Dekanat Trier. Mehrere Hundert Bürger/-innen besuchen das öffentliche Frühstück Jahr für Jahr. Im Rahmen der Aktivitäten zur Fairtrade-Stadt Trier hat der Verein 2011 gemeinsam mit dem Weltladen Trier eine spezielle Fairtrade-Informationsschrift für Gastronomie und Einzelhandel erstellt und weit über 100 Trierer Betriebe vor Ort beraten. Dem langjährigen Agenda 21-Engagement im Bereich „Fairer Handel und Eine Welt“ ist es zu verdanken, dass die Stadt Trier 2011 als erste rheinland-pfälzische Stadt zur Fairtrade-Stadt ernannt wurde und der Stadtrat die

Millenniums-Erklärung der Mitgliedsgemeinden des Deutschen Städtetages einstimmig angenommen hat.

Von Anfang an hat der LA 21 Trier e.V. für die Stadtverwaltung Trier Moderationsaufgaben im Bereich der Bürgerbeteiligung übernommen. Besonders erfolgreich war die Bürgerbeteiligung „Grün in der Stadt“, die Lokale Agenda 21 und Grünflächenamt 2004/05 gemeinsam organisiert haben und deren Ergebnisse bis heute Spuren hinterlassen. Unter anderem gibt es seit dem eine sehr engagierte Bürgerinitiative (Initiative Renaissance Nells Park), die es sich zur Aufgabe macht, eine große Parkanlage in Trier mit Leben zu füllen.

Mit dem Bürgerhaushalt organisiert die Stadt Trier seit 2009 jedes Jahr ein umfassendes Beteiligungsangebot zur Mitsprache bei den kommunalen Finanzen. Die Lokale Agenda 21 ist jeweils aktiv eingebunden, insbesondere um die Zugänglichkeit für alle Bürger/-innen zu erleichtern und die Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.

Nachhaltige Entwicklung ist nicht denkbar ohne eine Energiewende, weshalb der Trierer Verein, finanziell unterstützt durch das Land Rheinland-Pfalz, hier seit etlichen Jahren sehr aktiv ist. Anfangs wurden noch Bürgersolarkraftwerke organisiert, bei denen Bürger/-innen mit privaten Geldern einen Beitrag zur regionalen Energiewende leisten. Inzwischen wird dieses Engagement durch die Energiegenossenschaft TRENEG gebündelt, welche erst vor kurzem von der Lokalen Agenda 21 gegründet wurde.

„TAT – Trier: Aktiv im Team“ ist ein Projekt, das der Agenda-Verein gemeinsam mit der Ehrenamtsagentur Trier, der Bitburger Braugruppe, mach PR und buyregio mediaservice in diesem Jahr schon zum 5. Mal organisiert. Auch dafür erhält er Fördergelder vom Land. In der Trierer Engagementwoche schließen sich Unternehmen und gemeinnützige Einrichtungen an einem Tag zusammen und realisieren gemeinsam ein konkretes Projekt. Die Engagementwoche basiert auf Teamarbeit und soll Einblicke in andere Arbeitsbereiche geben, den Horizont der Beteiligten erweitern und Wirtschaft und Gemeinwesen miteinander verzahnen.



*Besonders beliebt bei den Trierer Kindern ist die Schokowerkstatt. Hier erfahren sie viel rund um das Thema Kakao und kochen zum Abschluss selbst Schokolade.*



*„Gemeinsam auf die Bäume: Ein Tag im Waldseilgarten“ so heißt ein erlebnispädagogischer Workshop, den der Palais e.V. für das Zukunfts-Diplom anbietet.*



*Im Trierer Wald sind im Oktober zahlreiche Esskastanien zu finden. Mit dem BUND Trier-Saarburg machen sich die Kinder vom Zukunfts-Diplom auf die Suche.*



*Energiebewusste Schule lautete das Thema des Trierer Agenda-Preises 2011. Insgesamt acht Schulen wurden Anfang Februar im Kurfürstlichen Palais der ADD Trier ausgezeichnet.*

Das Jahr 2012 nutzt der Verein mit finanzieller Unterstützung durch die Landeszentrale für Umweltaufklärung für ein enorm umfangreiches Jahresprogramm „Rio + 20“. Damit erinnert er das ganze Jahr über an die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro vor 20 Jahren, bei der u.a. die Agenda 21 verabschiedet wurde. Der LA 21 e.V. möchte aufzeigen, dass die Botschaft der nachhaltigen Entwicklung seit Rio keineswegs an Aktualität verloren hat. Das Programm zeichnet sich durch eine große inhaltliche und methodische Vielfalt sowie zahlreiche Kooperationspartner aus und wendet sich an ganz unterschiedliche Zielgruppen. Besonders wichtig ist dem Agenda-Verein dabei die Abschlussveranstaltung im November 2012.

Hier soll dem Stadtvorstand und Stadtrat Gelegenheit geboten werden, die weitere Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt zu veröffentlichen.

Lokale Agenda 21 Trier im Internet:  
[www.la21-trier.de](http://www.la21-trier.de),  
<http://weltbuerger.la21-trier.de/>  
[www.energie.la21-trier.de/](http://www.energie.la21-trier.de/)  
<https://www.facebook.com/pages/Lokale-Agenda-21-Trier-e-V/148847538520032>

## Autorin

### **Charlotte Kleinwächter**

Dipl.-Geographin, seit 2000 in der Geschäftsführung des Vereins Lokale Agenda 21 Trier e.V.



In Mainz wurde der Lokale AGENDA 21-Prozess von umwelt- und entwicklungspolitischen Gruppen angestoßen. Mit dem einstimmigen Stadtratsbeschluss vom Dezember 1997 lief die Koordination über das Amt für Stadtentwicklung, der Oberbürgermeister ist von Anfang an zuständig.

Seitdem beteiligen sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger an dem Mainzer Prozess. Es haben sich themenspezifische Arbeitskreise gegründet: der AK Verkehr, der AK Konsum, der AK Naturnahes Grün, der AK Gesundheit und Ernährung, der AK Wohnen, der AK Süd-Nord und der Verein „Die Energie-Sparer“. Um den Prozess offen zu gestalten für alle bestehenden Gruppen, Vereine und Initiativen, die sich mit dem Thema Nachhaltigkeit in ökologischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht beschäftigen, wurde das sog. Mainzer Netzwerk gegründet. Die Arbeitskreise und Gruppen arbeiten autark und setzen viele unterschiedliche Projekte um. Ein regelmäßiges öffentliches Plenum findet alle sechs Wochen im Rathaus statt, die Politik ist eingebunden. Unterstützung erhalten die Gruppen von der AGENDA-Koordinierungsstelle, wenn es um organisatorische oder finanzielle Dinge, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Moderation, die Kontaktvermittlung zur Verwaltung oder anderes geht. Zu Anfang des Prozesses wurde entsprechend des Stadtratsbeschlusses ein Handlungsprogramm unter breiter Bürgerbeteiligung erarbeitet. Nachhaltigkeitsindikatoren wurden erhoben. Seit 1997 sind vielfältige Projekte aus dem Mainzer AGENDA-Prozess hervorgegangen. Sie erstrecken sich auf die Bereiche Wirtschaft, Klimaschutz, Abfall, Konsum, Wohnen, Verkehr, Kinder, faire Produkte, Ernährung und Landwirtschaft.



*Kindergruppe des TV Mombach beim AGENDA 21-Sonnenmarkt 2010*

Der Öffentlichkeitsarbeit wird ein großer Raum eingeräumt. So findet jedes Jahr der AGENDA 21-Tag statt. Seit vier Jahren wird dieser gekoppelt mit dem Sonnenmarkt, um das Thema regenerative Energien zu integrieren. Zahlreiche Handwerker, Betriebe und Institutionen aus Mainz und Umgebung nehmen an diesem Sonnenmarkt teil, die Zahl der Teilnehmenden steigt von Jahr zu Jahr und er wird sehr gut von den Bürgerinnen und Bürger angenommen.

Die Lokale AGENDA hat Ausstellungen gestaltet und zahlreiche zusätzliche Veranstaltung für die Öffentlichkeit organisiert, z.B. mit Franz Alt und Hermann Scheer.

Erfolgsfaktor des Mainzer AGENDA-Prozesses ist die Kontinuität und das große Engagement der beteiligten Menschen. Erfolgreiche Projekte haben sich etabliert, haben eine Eigendynamik entwickelt und verzeichnen eigene Erfolge durch Auszeichnungen (Naturschutz-

preis), wie z.B. der Naturschaugarten Lindenschmühle ([www.wwww.mainz-naturnah.de](http://www.wwww.mainz-naturnah.de)). Man spürt, dass die Bürgerinnen und Bürger Spaß an ihren Themen haben und mit großer Motivation dabei sind. Politische Beschlüsse in den letzten Jahren z.B. die Millennium-Erklärung, Beschlüsse gegen ausbeuterische Kinderarbeit, zur nachhaltigen Beschaffung und zu „Fairtrade-Stadt“ erleichtern die konsequente Arbeit an den Zielen der Nachhaltigkeit.

Mit zahlreichen Institutionen wie z.B. den Kirchen, entwicklungspolitischen Gruppen, den Ministerien, Naturschutzverbänden, Bildungseinrichtungen haben sich eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit und ein intensiver Austausch entwickelt. Auch innerhalb der Stadtverwaltung ist die Zusammenarbeit der Ämter als sehr positiv hervorzuheben.

Immer neue Gruppen und Vereine stoßen zur Lokalen AGENDA hinzu und wollen die Zielsetzungen der AGENDA



ÖKOPROFIT-Bus Mainz

21 mit ihrer eigenen Arbeit unterstützen. Besonders erfolgreich ist das Mainzer ÖKOPROFIT Projekt. An dem betrieblichen Umweltberatungsprogramm haben in den letzten 10 Jahren über 70 Betriebe teilgenommen mit einem enormen Effekt für die Umwelt und für den eigenen Geldbeutel. Somit ist es vorbildlich gelungen, die Mainzer Wirtschaft in den Lokalen AGENDA 21-Prozess einzubinden. ÖKOPROFIT hat sich zu einem Netzwerk des nachhaltigen Wirtschaftens etabliert. An diesem Netzwerk partizipieren auch die Landeshauptstadt Wiesbaden und der Landkreis Mainz-Bingen.

[www.mainz.de/agenda21](http://www.mainz.de/agenda21)  
[www.agenda21-mainz.de](http://www.agenda21-mainz.de)

## Autorin

### Dr. Sabine Gresch

Diplom Geographin, Studium in Münster. Jahrelange Tätigkeit als Umweltgutachterin im Bereich Umweltverträglichkeitsprüfung im Ruhrgebiet. Promotion an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zum Thema „Ökosystemare Bewertung von Umweltmedien“. Seit 1998 bei der Landeshauptstadt Mainz im Amt für Stadtentwicklung, u.a. zuständig für die Koordination des Lokalen AGENDA 21 Prozesses in Mainz



In Rio de Janeiro schlug 1992 mit der ersten Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung, dem so genannten und bereits historischen Weltgipfel, eine Sternstunde, wenn nicht sogar die Sternstunde der großen Politik.

Weltweit entstand hier das Bewusstsein für eine sofort einzuleitende nachhaltige Entwicklung und damit für eine zukunftsfähige Politik mit dem Aktionsprogramm für Umwelt und Entwicklung für das 21. Jahrhundert – die „Agenda 21“ (lat.: das, was zu tun ist im 21. Jahrhundert).



Weinfestumzug der Verbandsgemeinde Wörrstadt

Viele Aufgaben stellen sich vor Ort, wo wir leben. Nur vor Ort können Lösungen erarbeitet werden. Deshalb haben die Gemeinden den Auftrag erhalten, eine „Lokale Agenda 21“ zu erarbeiten. Globale Programme können nur mit vielen Menschen, an vielen Orten und auf vielen Ebenen angestoßen und erbracht werden.

In den Jahren 6-8 nach Rio 1992 beschließen Bundesstaaten sowie auch hunderte von Städten, Gemeinden und Landkreisen in Deutschland das Aufstellen einer „Lokalen Agenda 21“. Noch nie hatten so viele Menschen mit den Themen „Ökologie, Ökonomie und Soziales (einschl. Kultur)“ an einem Strang gezogen - so auch das Land

Rheinland-Pfalz und die Verbandsgemeinde Wörrstadt.

Das Land Rheinland-Pfalz legte 2001 das erste Agenda 21-Programm vor, mit der Verpflichtung der Fortschreibung. So wird 2012 bereits die fünfte Fortschreibung des Programms erscheinen.

Die VG Wörrstadt gründete im Jahr 2000 mit einer Auftaktveranstaltung eine „Lokale Agenda 21“, die durch eine Dialogvereinbarung an der VG verankert ist. Unsere Lokale Agenda 21 besteht aus dem Agendabeirat, dem Agendabüro und zurzeit sieben Arbeitsgruppen.

Die VG Wörrstadt wurde 2005 eine der Pilot-Kommunen im Projekt 21 der Landesregierung. Die Lokale Agenda 21 war und ist bei Erstellung und Ausarbeitung von Nachhaltigkeitsbericht und daraus hervorgegangenem Handlungsprogramm maßgebend beteiligt. Beim 11. Landeskongress „Lokale Agenda 21“ im Oktober 2007 in Saulheim zeichnete die rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad die Verbandsgemeinde Wörrstadt mit einem Geldpreis für ihre erfolgreiche Teilnahme am Projekt 21 aus. Agenda-



Aktive sind im „Arbeitskreis Zukunft“ der Verbandsgemeinde wie auch im derzeit laufenden Projekt der Entwicklung eines Energiekonzepts für die VG Wörrstadt mit im Boot.

In periodischen Intervallen von zwei Jahren führen die Agenda-Aktiven den Agendatag durch. Die Schirmherrschaft übernahmen bisher die Umweltministerin, die Landräte des Kreises Alzey-Worms und der Bürgermeister der VG Wörrstadt. Im Rhythmus von zwei Monaten und zusätzlich nach Bedarf wird das „Agenda-Forum“ einberufen, bei dem weitere Weichenstellungen der Agendaarbeit erfolgen.

### Einige Leuchtturmprojekte unserer Lokalen Agenda:

- Die „Grünen Klassenzimmer“ in Kooperation mit dem BUND. Hier werden unsere Agenda-Foren abgehalten und Projekttag von Kindergärten, Schulen und weiteren Gruppen durchgeführt. Diese „Trittsteinbiotope“ werden auch gern bei den Ferienspielen besucht und sind für die Bürger wie die Touristen Oasen der stillen Naherholung vor Ort.
- Jeden Samstag ist in Wörrstadt der von einer Agendagruppe gestützte Bauernmarkt mit dem Motto „Regional = Optimal“ geöffnet.
- Veranstaltungsreihen zu den Themen Solarthermie, Photovoltaik, Energie-Einspar-Verordnung, Altbausanierung, Pas-

sivbauweise etc. wurden durchgeführt.

- Zwei Bürgerphotovoltaik-Gesellschaften und eine Bürgerenergie-Genossenschaft wurden von einer Arbeitsgruppe ins Leben gerufen.
- Kulturtage mit Workshops für Kinder und Jugendliche fanden sehr gute Resonanz.
- Eine Agendagruppe kümmert sich um das Thema „Fair Trade“. Sie ist beim Bauernmarkt und anderen Veranstaltungen mit einem Verkaufsstand für fair gehandelte Produkte vertreten.
- Eine andere Agendagruppe engagiert sich mit Kooperationspartnern im Projekt „Pro Eltern“, einem Patenprojekt, bei dem ehrenamtliche Patinnen und Paten junge Familien und Alleinerziehende bei der Bewältigung des täglichen Lebens unterstützen.

Die Agenda 21-Arbeit der ersten Jahre war schwungvoll. Sie wurde vom Bund wie auch unserem Bundesland sehr gut gefördert: mit Medienarbeit, Schulungen, Info- und Werbematerial. Das sieht heute leider anders aus: es gibt praktisch keine Medienarbeit und keine Schulungen mehr und fast kein Info- und Werbematerial. Das Resultat dieser sehr geringen Förderung, vorsichtig formuliert: Der Schwung ging oder geht verloren. Einige „Agenda-Standorte“ sind bereits verloren. Das Wort „Agenda 21“ ist so ziemlich gestrichen, geblieben ist das überstrapazierte Modewort „Nachhaltigkeit“.

Von Rio+20 erwarten wir Agenda-Aktiven ein neues Anschließen der „Agenda 21“ und neue Unterstützung. 2012 sollten die gesetzten Themenschwerpunkte für Rio „Grünes Wirtschaften in Verbindung mit nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung“ verbindlich festgeschrieben werden.

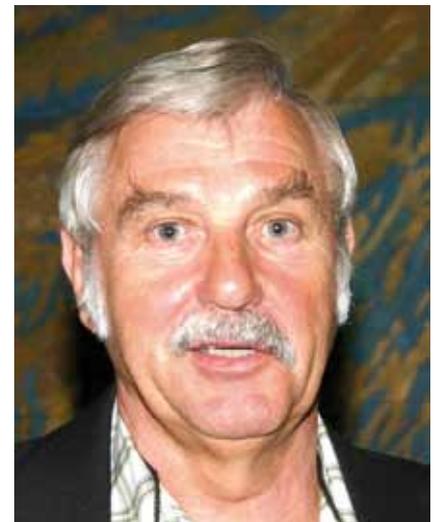
Unser Motto für die Agendaarbeit hier in der VG Wörrstadt jedenfalls ist der Ausspruch Erich Kästners:

**„Es gibt nichts Gutes,  
außer man tut es.“**

Autor

### Horst Rupp

Agendabüro der Verbandsgemeinde Wörrstadt in Rheinhessen



Die LZU hat einige Personen aus Rheinland-Pfalz zum „Rio-Prozess“ befragt. Allen wurden dieselben Fragen vorgelegt. Die Antworten werden auf den nächsten Seiten abgedruckt. Die Fragen:

1. Was war das Entscheidende bei der Weltkonferenz 1992 in Rio?
2. Was hat sich seither positiv verändert und wo liegen die Defizite?
3. Was erhoffen Sie sich nun von der Weltkonferenz Rio plus 20 im Juni 2012?



**Barbara Mittler**

Seit 2002: Geschäftsführende Referentin, Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz, ELAN e.V., Mainz

**Zu Frage 1:** Nachhaltige Entwicklung wurde als normatives, internationales Leitprinzip der Staatengemeinschaft, der Weltwirtschaft und Zivilgesellschaft sowie der Politik anerkannt. Zudem wurden mit den Grundprinzipien der Agenda 21 konkrete Schritte für nachhaltige Entwicklung vereinbart, die in alle Lebensbereiche hineinwirken.

**Zu Frage 2: Positiv:** Die Bundesregierung und verschiedene Länder verabschieden ihre Nachhaltigkeitsstrategien. Viele Kommunen entwickeln ihre eigene Lokale Agenda 21 um nachhaltige Entwicklung vor Ort anzustoßen. In Johannesburg 2002 liegt der Schwerpunkt auf Methoden zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele; Millenniumsentwicklungsziele werden fester Bestandteil der Konzepte. Seit 2005 sollen im Rahmen der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung Globales Lernen und Umweltbildung besser als bisher in der Gesellschaft verankert werden.

**Defizite:** Es fehlen weltweite Rahmenbedingungen und Reformen, um nachhaltige Entwicklung systematisch und strukturell im Weltgeschehen zu verankern. Sonst ist Nachhaltigkeit ein Tropfen auf den heißen Stein. Zu wenig werden systemische Zusammenhänge zwischen den weltweiten Krisen wie Finanz- und Wirtschaftskrise, Armut, Ernährungssicherheit, Klimawandel und der massiven Verletzung völkerrechtlicher Prinzipien analysiert. Dies ist aber Voraussetzung für Lösungen, die auf der Achtung von Menschenrechten, Armutsbekämpfung und Gerechtigkeit basieren und Kernelemente einer weltweiten Nachhaltigkeitsstrategie sein müssen.

**Zu Frage 3:** Dass Staats- und Regierungschefs beginnen, an einem gemeinsamen nachhaltigen Entwicklungsmodell mit messbaren Zielen zu arbeiten; deren Kernpunkte u.a. die Reformation der Handelspolitik, die Umgestaltung der Finanz- und Kreditssysteme, ökologische Steuerreformen und nachhaltiger Konsum sind. Nachhaltigkeitsstandards müssen per Gesetz eingeführt, Nachhaltigkeitsindikatoren festgelegt werden. Vorschläge von Nichtregierungsorganisationen liegen genügend auf dem Tisch.



**Dr. Ulrich Hampl,**  
Leiter des Seminarbauernhofs Gut Hohenberg der Stiftung Ökologie & Landbau

**Zu Frage 1:** Zwei Dinge sind für mich aus der Rio-Konferenz 1992 entscheidend und beeindruckend: Es war Konsens der über 170 Staaten, dass jetzt nicht mehr weiterer Wissensgewinn, sondern Handeln angesagt ist. Deshalb auch der Name „Agenda 21“, der sich daraus ergeben hat - mit dem Wort steht ganz zentral das Tun im Zentrum aller notwendigen Bemühungen. Und zweitens wurde damals in Rio auch schon ganz klar formuliert, dass für das Gelingen des zukünftig nachhaltigen Handelns Bildung entscheidend ist, und zwar konkret eine Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE).

**Frage 2:** Guter Trick – das sind gleich zwei Fragen. Dass der Begriff BNE in die Welt gesetzt und ausgestaltet wurde und immerhin von der Kultusministerkonferenz als Querschnittsaufgabe für Bildungspläne bezeichnet hat, finde ich sehr positiv. Die Defizite liegen in der nur sehr langsamen Umsetzung von BNE als durchgängiges Prinzip in alle Bildungs- und Lehrpläne hinein.

**Frage 3:** Einen „Ruck“, ein deutliches Signal an die Staaten der Welt, nun wirklich umfassend nachhaltiges Handeln in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen und umzusetzen und die Zukunftssicherung durch Implementierung von BNE in alle Bildungspläne hinein zu gewährleisten.



**Claudia Leibrock,**  
Vorsitzende der ANU Rheinland-Pfalz

**Zu Frage 1:** Biographisch verbindet sich die Weltkonferenz in Rio 1992 bei mir mit dem Ende des Studiums und dem Einstieg in den Beruf, damals bei einer Unteren Naturschutzbehörde in Baden-Württemberg als Kreisökologin. Für diese Arbeit im staatlichen Sektor habe ich die Weltkonferenz als starken Schub erlebt. Da gab es eine weltweit gültige Vereinbarung, auf die wir uns als Kreisökolog/innen in unserer Arbeit beziehen konnten. Das hat uns den Rücken gestärkt.

**Zu Frage 2:** Wir haben es nicht geschafft, den Agenda 21-Prozess strukturell in das politische und staatliche Handeln einzufügen.

**Zu Frage 3:** Auch diesmal wird es keine allgemeingültigen Vereinbarungen geben, an die alle Staaten gebunden sind. Das Prinzip der Freiwilligkeit steht aktuell viel zu hoch im Kurs. Aber die Weltkonferenz ermöglicht Ansatzpunkte für eine hoffnungsvolle Weiterarbeit. Die Vertragsebene der Staatengemeinschaft ist wichtig, noch mehr müssen wir aber die Menschen vor Ort mitnehmen. Viele kleine Schritte werden dann eben doch das Gesicht der Welt positiv verändern. Das wünsche ich mir von der Weltkonferenz Rio + 20.





**Hans-Heiner Heuser,**  
Studienleiter und stellvertretender Direktor der Evangelischen Landjugend-  
akademie Altenkirchen

**Zu Frage 1:** Endlich wurde Umwelt und Entwicklung zusammengedacht und Nachhaltigkeit zum Leitbild für Entwicklungsprozesse. Für Rheinland-Pfalz war die in Rio beschlossene Agenda 21 entscheidend. Es wurde deutlich, dass Veränderungen durch eine Bewegung von unten, von der kommunalen/ regionalen Ebene ausgelöst werden können. Die Ausbildungen von Moderatorinnen und Moderatoren zur Lokalen Agenda 21, die ich im Auftrag des Landes durchführen durfte, war der richtige Weg, kommunale Veränderungen durch Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligungen zu ermöglichen und nachhaltige Gestaltungsprozesse einzuleiten. Ein Motivationsschub für nachhaltige Veränderungen wurde ausgelöst und als Ermutigung erlebt, vor Ort Veränderungen herbeizuführen.

**Zu Frage 2:** Es sind vor allem drei Dinge zu nennen, die von Rio 1992 ausgingen:

- Eine Aufbruchstimmung und die Implementierung von Nachhaltigkeit in nationale, regionale und institutionelle Leitbilder.
- Die Agenda 21 – nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene! Das Konzept war richtig und müsste alle 10 Jahre neu erfunden, neu belebt und weitergehend finanziert werden.
- Die in der Folge in Johannesburg beschlossene „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“. In Lehrplänen, Curricula, Bildungsempfehlungen kommt Bildung für nachhaltige Entwicklung langsam an. Ohne BNE wird es keine nachhaltige Entwicklung geben! Defizite zu benennen, finde ich mühselig! Es gibt viele, aber entscheidend ist doch, dass mit Rio eine Idee in die Welt gesetzt ist, hinter die es kein Zurück gibt: Nachhaltigkeit

**Zu Frage 3:** Ich hoffe, dass der Geist von Rio die Aufbruchstimmung verstärkt! Der gewisslich notwendige Schwerpunkt „green economy“ darf nicht zu einer einseitigen Zauberformel auf dem Weg zu einer umweltgerechten Welt werden, der schnell in kapitalistische Strukturen integriert werden kann. Eine Bündelung von Maßnahmen muss erfolgen, die die positiven Entwicklungen, die von Rio 92 ausgegangen sind, verstärkt: Entwicklung von unten, Stärkung von Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung auf regionaler/ kommunaler Ebene, uneingeschränkter Ressourcenschutz als die Basis jeder grünen Ökonomie, Armutsbekämpfung, Entwicklung handlungsanleitende Ethik des rechten Maßes und die Verbreitung der richtigen, zukunftsweisenden Perspektive einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Denn ohne Veränderungen in unseren Köpfen, Werthaltungen und Lebensstilen kann es keine nachhaltige Entwicklung geben. Dazu ist die ressortübergreifende finanzielle Förderung von „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ unabdingbar. Ich hoffe, dass Rio + 20 das nicht aus dem Blick verliert!





**Dr. Jochen Frey**

**Dr. rer. nat, Diplom Geograph, Pädagogischer Leiter der zentralen Stelle des FÖJ-Konsortiums der Umweltverbände BUND, GNOR und NABU Rheinland-Pfalz (FÖJ-KUR)**

**Zu Frage 1:** Für das Projekt „Stadtbiotopkartierung Mainz“, das als ich wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Mainz in den Jahren 1993-1996 mitkonzipierte, waren die in Rio verabschiedeten Grundsätze des sustainable development eine unentbehrliche Referenz, ein wegweisender Bezugspunkt, gerade auf der lokalen Ebene. Das Biotop-Bewertungssystem, das unsere Projektgruppe eigens für Mainz entwarf und das ich in meiner Dissertation ausarbeitete, fußte in seinem Kern auf einer Regionalisierung der Prämissen der Rio-Konferenz. Als passionierte Naturschützer waren wir froh, der Verwaltung und den anderen stadtplanerisch relevanten Interessengruppen endlich Umweltqualitätsvorgaben unter die Nase halten zu können, die „von ganz oben“ kamen und die globale Bedeutung hatten. Einige Jahre lang wurde immer wieder die Rio-Konferenz zitiert - zumindest auf dem Papier sah es stets gut und überzeugend aus. Auch im Bereich „ökologische Bildung“/„Naturschutzbildung“, in den ich mit der Übernahme der pädagogischen Leitung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) Rheinland-Pfalz bei den Umweltverbänden NABU, BUND und GNOR wechselte, bildeten die Absichtserklärungen von Rio fortan die Arbeitsgrundlage: es entstand die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

**Zu Frage 2:** Positiv war in jedem Fall die Aufbruchsstimmung in bestimmten Teilen der Bevölkerung, auch in solchen, die zuvor noch wenig mit der Thematik am Hut hatten. Es entstanden neue Strukturen, auch in der Verwaltung. Spezielle Arbeitskreise, Tagungen und Veranstaltungszyklen wurden aus der Taufe gehoben, bis hin zu den wegweisenden Lokale Agenda 21-Initiativen. Wenn mit den Rio-Verlautbarungen allerdings tiefgreifende umweltpolitische, planerische oder gesellschaftliche Veränderungen einhergehen sollten, sah die Praxis allerdings meist deutlich dürrtiger aus, sowohl auf der großen politischen Ebene als auch im regionalen Kontext, auch in Mainz. Häufig blieb es leider bei schönen Formulierungen auf dem Papier. Einige Vorhaben zur Umsetzung der Rio-Beschlüsse erschienen mir zudem zu abgehoben-intellektuell und für breitere Kreise der Bevölkerung wenig zugänglich.

**Zu Frage 3:** Ich erhoffe mir eine ehrliche, quantitativ und qualitativ nachvollziehbare Evaluation aller seit 1992 erfolgten Maßnahmen, sowie eine darauf basierende Reorientierung der Umweltplanung und Umweltentwicklung, unter Berücksichtigung der vielfältigen, in den letzten 20 Jahren hinzugekommenen politischen, ökonomischen, demographischen und globalökologischen Herausforderungen. Die Zeit ist reif für eine neue Aufbruchsstimmung, zumindest in einigen Teilen der Bevölkerung.





#### Peter Zenz

geb 1948, lebe mit einigen Menschen auf einem kleinen Bauernhof auf Moselhöhn, bin Geschäftsführer der ZENZ GmbH & CoKG erneuerbare Energietechnik mit Schwerpunkt heizen mit Sonne & Holz sowie Sonnenhauskonzepte, Ausbildung in Atem & Bewusstseinsarbeit, Vorsitzender des Erfinderclubs Deutsches Eck, Kreisbeigeordneter des 0-Emissions-Landkreises Cochem-Zell

**Zu Frage 1:** Das war ein großer Entwicklungsschritt der noch jungen Menschheit, deren Geburt ich auf den 21.6.1969 datiere, der Tag als einer von uns als Erster einen anderen „Himmels“körper betreten hat. Dies war im holonischen Sinne der Schritt, von „Volk“ zur neuen Einheit: „Mensch-heit“. Die Auswirkungen, des sich von nun an verändernden Bewusstseins zeigten sich in Rio 1992 schon deutlich. Hier wurde klar, wenn WIR die Weltprobleme lösen wollen, gilt es vom Nationaldenken zum Bewußtsein als Erdenbürger zu gelangen und Verantwortung für den ganzen Planeten zu übernehmen.

**Zu Frage2:** Rio 1992 hat zu einer Vielzahl von Aktionen geführt und Umwelt- und Klimaschutz in die Mitte der Gesellschaft gerückt, gefolgt von einer Welle an Umweltgesetzen. Trotz Erfolgen in vielen Bereichen ist der weltweite Co<sup>2</sup> Ausstoß seither enorm angestiegen. Die Ursache liegt letztendlich in den Denkstrukturen und dem „Denken“ selber.

**Zu Frage 3:** „Kein Problem kann durch dasselbe Bewußtsein gelöst werden, das es erzeugt hat“ ( Einstein ).Somit können wir nur durch eine tiefgreifende Bewusstseinsänderung, -mit „neuem Denken und sehen mit dem Herzen“- die Probleme unserer Zeit lösen und uns damit zugleich eine Stufe weiterentwickeln. Ich wünsche uns, dass von Rio+20 ein solcher Impuls, in die Welt geht. Dass nun neben den Wissen-Schaften, auch Weisheit-Schaften mit Bildung und Denken einer ganz neuen Art in der Welt entstehen, so wie es die LZU mit dem „Zukunftsdiskurs auf dem Jakobsberg“ schon gezeigt hat! Nur der Schritt von: „ich denke- also bin ich“ hin zu: „ich erlebe WIR -in mir-, also sind WIR“. WIR, wird uns gegenwartsfähig machen.





**Dr. Sabine Gresch,**  
AGENDA 21-Koordinatorin bei der Landeshauptstadt Mainz.

**Zu Frage 1 und 2:** Das Entscheidende bei der Weltkonferenz in Rio de Janeiro war m.E. die thematische und inhaltliche Verknüpfung der Themen Umwelt und Entwicklung. Ebenso zukunftsweisend war die aktive und konstruktive Diskussion zwischen Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern. Dass diese Akteure, ergänzt durch die NGOs, Umweltverbände, Kommunalvertreter gemeinsam konkrete Handlungsprogramme erarbeiten, das gab es bis dahin in dieser Form noch nicht. Maßgeblich war auch der Auftrag an die Kommunen weltweit, die Ziele der AGENDA 21 auf lokaler Ebene umzusetzen. Damit verknüpft war die Aufforderung an die Bürgerinnen und Bürger weltweit, sich aktiv in die Prozesse einzuklinken. Das hat zu einer beeindruckenden Bewegung geführt. Zahlreiche engagierte Menschen haben mit den Lokalen AGENDA-Prozessen in ihren Kommunen ein erfüllendes und interessantes Betätigungsfeld gefunden und sind teilweise bis heute hoch motiviert und aktiv. Das Thema nachhaltige Lebensstile und dass jeder seinen Beitrag leisten kann, ist durch Rio bei sehr vielen Menschen angekommen. Nachteilig war es m.E., dass die Kommunen nicht „verpflichtet“ werden konnten, die Prozesse auch langfristig zu organisieren. Viele vielversprechende Lokale AGENDA Bewegungen sind so nach wenigen Jahren wieder zum Erliegen gekommen.

**Zu Frage 3:** Es wäre wünschenswert, wenn die Lokalen AGENDA 21-Prozesse durch die Rio+20-Konferenz neue Impulse und Energie für die ehrenamtlich Tätigen erhalten würden. Gerade in der heutigen Zeit ist es schwierig, die Menschen für die Themen nachhaltiger Lebensstile zu bewegen, da jeder persönliche Einschränkungen befürchtet. Die Lokale AGENDA lebt aber von den Menschen, die sich engagieren und kann nur mit ausreichenden personellen Kapazitäten fortgeführt werden.



**Charlotte Kleinwächter,**  
Lokale Agenda 21 Trier

**Zu Frage 1:** Das Entscheidende bleibt für mich nach wie vor, dass die beiden großen Bereiche Umwelt und Entwicklung zusammengeführt wurden. Als zweites möchte ich die Einbeziehung der kommunalen Ebene benennen. Denn was nützen internationale Beschlüsse, wenn sie nicht vor Ort gelebt und umgesetzt werden?

**Zu Frage 2:** Diese Einbeziehung der Kommunen ist sicher das, was von den Beschlüssen in Rio die größte positive Wirkung erzielt hat. Die Beteiligung der Bevölkerung ist vielerorts selbstverständlicher geworden. Positiv ist auch, dass der persönliche Lebensstil und sein Einfluss stärker ins Bewusstsein rückt. Nicht mehr nur die Exoten ernähren sich vegetarisch oder leben ohne Auto. Letztlich sind wir aber noch weit davon entfernt, von einer nachhaltigen Entwicklung, global wie lokal, sprechen zu können. Das sogenannte Nachhaltigkeitsdreieck – die Gleichsetzung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem – hat viele Missverständnisse verursacht: Leben auf der Erde ist nur möglich, wenn genügend natürliche Ressourcen und sozialer Friede vorhanden sind. Beides gilt es zu erhalten. Dafür werden ausreichend finanzielle Ressourcen gebraucht. Geld ist aber kein Wert, der für sich alleine steht – auch wenn die Realität oft anders scheint.

**Zu Frage 3:** Ich erhoffe einen neuen Aufbruch der internationalen Staatengemeinschaft. Alle wissen im Prinzip, was zu tun ist. Jetzt muss es aber auch umgesetzt werden!



**Christoph Albuschkat,**  
Weltladen-Dachverband in Mainz, Koordinator der bundesweiten Fairen Woche

**Zu Frage 1:** Das entscheidende Signal, das vom sogenannten Erdgipfel 1992 ausging, war, dass Umwelt und Entwicklung als zwei Seiten einer Medaille zu betrachten sind. Das führte zu der Erkenntnis in Politik und Gesellschaft, dass auch und vor allem in den Ländern des Nordens Veränderungen herbeigeführt werden müssen, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen – Stichwort Agenda 21.

**Zu Frage 2:** Seit der Rio-Konferenz sind zahlreiche Stellschrauben identifiziert worden, an denen auch wir im Norden drehen können und müssen, um einen Lebensstil zu entwickeln, der weniger ressourcenintensiv ist und weniger zu Lasten der Länder des Südens geht. Dabei spielt der Faire Handel als Handlungsalternative für den täglichen Einkauf eine wichtige Rolle. Die Faire Woche, die größte Aktionswoche des Fairen Handels in Deutschland, macht jedes Jahr Ende September mit mehreren tausend Veranstaltungen darauf aufmerksam - 2012 übrigens zum Thema Rio + 20 und Nachhaltigkeit.

**Zu Frage 3:** Ich erwarte von der Konferenz, dass die Herausforderungen unserer Zeit – Klimawandel, wachsende Armut, Hungerkrisen – einer großen Öffentlichkeit vor Augen geführt werden, aber gleichzeitig auch nachhaltige Alternativen, die da sind und funktionieren und sogar Spaß machen. Wenn deutlich wird, dass ein nachhaltiger Lebensstil nichts mit Konsumverzicht, sondern mit mehr Lebensqualität zu tun hat, wäre sehr viel gewonnen.



**Werner Eckert**  
Leiter der SWR-Fachredaktion „Umwelt und Ernährung“, International im Einsatz für die ARD als Radio-Korrespondent bei Klima-, Agrar- und Umweltkonferenzen und zu Hause im SWR u.a. auch Wein-Tester und Wissenschafts-Erklärer in Hörfunk und Fernsehen.

**Zu Frage 1:** Der Ansatz, Umwelt, ökonomische und soziale Entwicklung zusammenzubringen. Und die Einsicht, dass es dazu einen weltweiten Entwurf geben muss, der lokal umgesetzt wird. Genial!

**Zu Frage 2:** Rio hat eine gewaltige Diskussionswelle ausgelöst. Bewusstsein verändert, vor allem bei der Generation, die seit dem aufgewachsen ist. Das sind ?weiche? aber wichtige Folgen. Aber: die Politiker haben in Rio vergessen, den Pudding auch an die Wand zu nageln. Das rächt sich jetzt. Außer beim Klima gibt es kein wirklich ?bissiges? Folgeabkommen. Die politische Integration von Umwelt- und Sozialstandards auf globaler Ebene hängt sehr hinterher.

**Zu Frage 3:** Wenig. Der Entwurf für das Abschlussdokument ist schwach. Die politische Diskussion hat sich eher in die Klimakonferenzen verlagert. Was mir Mut macht: die Krise des Finanzsystems hat eine Debatte ausgelöst, die den Rio-Faden aufnimmt: gibt es ein Wachstum jenseits des ökonomischen?



## Pilotprojekt mit der Landeszentrale für Umweltaufklärung

### Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich zu ausgesuchten Themenbereichen“

Das Pilotprojekt mit der LZU „Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich“ wird durch die Fachberaterin der Bildung für nachhaltige Entwicklung, Anni Braunschädel, konzipiert, durchgeführt und ausgewertet.

Frau Braunschädel bietet neben ihrer 3-tägigen Teilzeitbeschäftigung in der Kindertagesstätte „Villa Kunterbunt“ Illerich, freiberuflich auf Honorarbasis unter der Geschäftsbezeichnung WaldBieNE Fachberatung und Fortbildungen zur BNE, Waldpädagogik, Umweltpädagogik und Natur-Erlebnisse an ([www.waldbiene.de](http://www.waldbiene.de)).

Das Pilotprojekt macht das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung auf vielseitige Weise erfahrbar, damit deren Inhalte den Weg in die pädagogische Arbeit unserer Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz finden. Durch ein ganzheitlich angelegtes Konzept lernen die Teilnehmenden mit „Herz-Hand-Kopf“.

Orientiert an den „Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz“ erfahren die Erzieherinnen und Erzieher, dass sich hier kein neues oder zusätzliches Arbeitsfeld auftut, sondern das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ als Querschnittsthema geeignet ist, alle Themen der Bildungs- und Erziehungsempfehlungen wie mit

einem „Roten Faden“ miteinander zu verknüpfen und zu einer einheitlichen und zukunftsorientierten konzeptionellen Arbeit zu gelangen.

Durch das Beantragen der Fördermittel „Zukunftschance Kinder-Bildung von Anfang“ beim zuständigen Landesjugendamt ist eine Finanzierung der Fortbildungsveranstaltung für die Kindertagesstätten sichergestellt.

### Die Besonderheiten des Pilotprojektes sind:

- Die Fachberaterin kommt zu den Fortbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern und erspart so Zeit und Geld. Die Fachberaterin kennt durch die persönlichen Erfahrungen die Bedürfnisse der Fortbildungsinteressierten und kann so kundenorientiert arbeiten.
- Die Fachberaterin arbeitet innerhalb der Fortbildungen ganzheitlich – so können die Inhalte auf vielfältige Weise aufgenommen und verinnerlicht werden.
- Das Pilotprojekt mit der LZU ist eher auf soziale, ökologische und ökonomische Fragestellungen im Elementarbereich ausgerichtet.
- Dieses Pilotprojekt mit der LZU kann auf individuelle Einzelwünsche oder örtliche Gegebenheiten eingehen – damit wird erkennbar, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung immer und überall möglich ist.
- Die Durchführende ist nicht nur ausgebildete Erzieherin/ Kindertagesstättenleitung mit langjähriger Berufserfahrung, sondern auch Fachberaterin für Bildung für nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich und eine der ersten in Rheinland-Pfalz ausgebildeten zertifizierten Waldpädagogen.

Im Jahr 2012 wurden innerhalb des Pilotprojektes für 44 Fortbildungsveranstaltungen Fördergelder beim Land beantragt. Erste Anfragen für 2013 sind bereits erfolgt. Zum Abschluss des Jahres 2012 verfasst Frau Braunschädel für die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz einen Abschlussbericht über den Verlauf, die bevorzugten Themen der Teilnehmenden, die Inhalte und gewonnenen Erkenntnisse zum Themenstand „Bildung für nachhaltige Entwicklung in den rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten“. Für die Zukunft bleibt zu hoffen, dass sich das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung endlich in der Erzieherausbildung, den Bildungsempfehlungen und Bildungsplänen der Schulen verankert.



Autorin: Anni Braunschädel

# „nachhaltig predigen“

## Internetplattform über die Landesgrenzen hinaus gewachsen!

Dass die Fürsorge für die Schöpfung einer gewissen christlichen Anstrengung bedarf, ist nicht erst bekannt, seit „Nachhaltigkeit“ in aller Munde ist. Dass die Bibel nachhaltige Entwicklung aber geradezu einfordert, war in den Jahren des Wohlstands vielfach in Vergessenheit geraten. Die christlichen Wurzeln der Nachhaltigkeit werden seit 2005 systematisch wiederentdeckt – im Projekt „nachhaltig predigen“.

Im aktuellen Kirchenjahr steht erstmalig das Portal „www.nachhaltig-predigen.de“ als Quelle für Predigtanregungen zur Verfügung.

Seit 2011 wird das ursprünglich rheinland-pfälzische, ökumenische Projekt als überregionales Internetportal fortgeführt. Derzeit beteiligen sich 16 Bischöfe und Landeskirchen.

## Besonderheiten

Sowohl die kath. Leseordnung als auch die evang. Perikopenordnung geben für die einzelnen Sonntage vor, welche Bibelstellen Grundlage der Predigt sein sollen. Das Projekt „nachhaltig predigen“ nimmt sich - in ökumenischer Eintracht - genau dieser Bibelstellen an und stellt die Bezüge zu Nachhaltigkeit heraus. So wird deutlich, dass Nachhaltigkeit kein neues Thema für Christinnen und Christen ist, sondern ein Wiedererinnern an Wurzeln und eigene Prinzipien. Das Projekt – gemeinsame Predigtanregungen für evangelische und katholische Theologinnen und Theologen, und dann noch zur Nachhaltigkeit – ist weltweit einmalig.

Das Internetangebot soll schrittweise zu einem Portal „Kirche und Nachhaltigkeit“ ausgebaut werden. In 2012 ist eine Schwerpunktseite zum Thema „Ernährung“ geplant, die globale und regionale Zusammenhänge erläutert.

## Was ist sonst noch zu sagen?

Die Predigtanregungen werden von ausgebildeten Theologinnen und Theologen verfasst, die somit im Umgang mit der Bibel und der Exegese vertraut sind. Dadurch ist sichergestellt, dass nicht nur die Nachhaltigkeit, sondern auch die theologischen Bezüge zu ihrem Recht kommen und fundiert sind. „Nachhaltig predigen“ bietet auch interessierten Laien die Möglichkeit, sich mit den christlichen Hintergründen vieler aktueller globaler Herausforderungen (Klimaschutz, Ernährung, Gerechtigkeit, Friedenssicherung) vertraut zu machen.

Die Resonanz auf das Projekt ist auffallend positiv! Das betrifft hauptamtliche Theologinnen und Theologen ebenso wie interessierte Laien, die sich in ihrer „Rückbindung“ angesichts des unverantwortlichen Umgangs mit Rohstoffen, Natur und kulturellen Werten gestärkt, ermutigt und motiviert fühlen. Der christliche Dialog wird angeregt.

Wichtige Erkenntnisse ergeben sich besonders auf zwei Ebenen: Erstens wird deutlich, dass in der Bibel angelegt ist, Konsum und Technologie nicht bis zu den letzten Grenzen auszureizen. In diesem Punkt knüpft das Internetportal an der Leitfrage „Wie viel ist genug?“ lückenlos an. Zweitens wird deutlich, dass das Ziel „global nachhaltige Entwicklung“ selbst konfessionelle Unterschiede überbrückt und zum gemeinsamen Gestalten von Zukunft motiviert.



**Autor: Michael Rentz**

Michael Rentz arbeitet selbständig als Wissenschaftler im Bereich Nachhaltigkeit in Radolfzell und leitet seit 2005 das Projekt „nachhaltig predigen“. Er studierte Physik und Philosophie an der Universität Mainz.

## Autofasten

### AUTOFASTEN

In diesem Frühjahr riefen die christlichen Kirchen im deutschen Südwesten erneut gemeinsam mit dem Rat christlicher Kirchen im Großherzogtum Luxemburg zum „Autofasten“ in der Fastenzeit auf. Umweltministerin Ulrike Höfken: „Die Aktion ist eine Chance, den alltäglichen Gebrauch des Autos zu überdenken, die Alternativen zum Auto erfahrbar zu machen und in der Fastenzeit mal einen anderen Weg zu versuchen.“

Unterstützt wird die Initiative durch die dem Umweltministerium angegliederte Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland Pfalz, die die Aktion vor 15 Jahren mitbegründete.

Zu Beginn der Fastenzeit 2012 startete die Aktion Autofasten zum 15. Mal. Die Bistümer Trier, Mainz und Speyer, die Evangelischen Kirchen im Rheinland, in Hessen-Nassau und in der Pfalz luden dazu ein. Unterstützt wird die Aktion in Rheinland-Pfalz durch die Verkehrsverbände, Verkehrsunternehmen, Fahrradverleiher, Car-Sharing Unternehmen und Umweltverbände.

Interessierte waren eingeladen, für einen Monat das Auto möglichst oft stehen zu lassen und andere Formen der Mobilität im Alltag auszuprobieren: Rad fahren, Busse und Bahnen zu nutzen oder einfach zu Fuß zu gehen. Ziel ist es, über eine Änderung des persönlichen Lebensstils zur Verringerung der klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen beizutragen. Für die Aktion, die von den Projektpartnern seit Aschermittwoch beworben wurde, hatten sich über 1660 Teilnehmerinnen und Teilnehmer angemeldet.

Weitere Informationen im Internet unter [www.autofasten.de](http://www.autofasten.de)

## Rechtsextremistisches Gedankengut entlarven

Umweltministerin Ulrike Höfken hat im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung im Naturhistorischen Museum in Mainz die Publikation „Naturschutz gegen Rechtsextremismus - Eine Argumentationshilfe“ vorgestellt. Damit will das Ministerium die Landesinitiative zur Prävention gegen Rechts aufgreifen und unterstützen. Höfken betonte bei der Veranstaltung: „Wir wollen einen Beitrag leisten, die menschenverachtende Ideologie der Rechtsextremisten durchschaubar zu machen und zu entlarven. Wir wollen Menschen sensibilisieren und wappnen gegen die ungewollte Vereinnahmung durch rechtsextremistische Positionen.“ Ziel ist es, so einen Beitrag zu leisten zu Prävention und Aufklärung. „Wir akzeptieren nicht, dass wertvolle Begriffe, wie etwa das Wort „Heimat“ oder „Natur“ rechtsextremistischen Gruppierungen überlassen werden.“

Natur- und Umweltschutz ist auch für Rechtsextremisten, ihre Organisationen und Publikationen ein Thema, mit dem sie für sich werben. Das Problem: Auf den ersten Blick wirken die Aussagen unverfänglich. Die Inhalte drücken ein Engagement für Natur-, Landschaftsschutz und Heimat aus und richten sich beispielsweise gegen Agro-Gentechnik, das Primat der Wirtschaft oder gegen eine industrialisierte Landwirtschaft. Die Aussagen wirken oft fachlich versiert und sind auf den ersten Blick sachlich überzeugend. Meist erst auf den zweiten Blick wird der politisch extreme Inhalt erkennbar, so Höfken. Den rechtsextremen Hintergrund klar zu benennen erfordert genaues Hinsehen und Nachforschen.

Dann zeigt sich jedoch eindeutig der rechtsextreme Kern wie etwa in der Betonung der Ungleichwertigkeit der Menschen oder der Überhöhung der „deutschen Kultur“ bzw. der „deutschen Kulturlandschaft“. Anderen Nationen wird die Kulturfähigkeit abgesprochen.



Mit diesen Fragen setzt sich die Publikation „Naturschutz gegen Rechtsextremismus - Eine Argumentationshilfe“ auseinander. Sie nimmt Aussagen zu naturschutzrelevanten Themen aus Publikationen rechtsextremer Organisationen als Ausgangspunkt und legt durch Analyse deren rechtsextremen Inhalt frei.

An der Diskussionsrunde in Naturhistorischen Museum nahmen neben dem Autor der Publikation, Dr. Nils M. Franke, auch teil: Prof. Dr. Andreas Zick vom Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld und Co-Autor der jüngst vorgestellten Studie über Antisemitismus in Deutschland sowie Andreas Müller von der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz.

Die Publikation „Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ kann bei der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1 55116 Mainz, bestellt werden.

# Bürger machen Energie

## Bürgerenergiegenossenschaften gewinnen als Stromproduzenten an Bedeutung

Den Erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Schon heute werden rund 20 % des in Deutschland verbrauchten Stroms durch Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme und Biomasse produziert. Doch der Wechsel von Kohle, Öl und Uran hin zu Erneuerbaren Energieträgern ist aus Sicht der Bürgerenergiegenossenschaften im Land nur ein Aspekt der Energiewende. Sie wollen auch die Struktur der Energieproduktion verändern.

Mittlerweile gibt es in Rheinland-Pfalz etwa 15 Energiegenossenschaften, die in verschiedenen Regionen des Landes Photovoltaikanlagen und andere Anlagen zur Produktion Erneuerbarer Energien betreiben.

Für die Änderung der Energieproduktion und deren Strukturen setzt sich auch die „UrStrom BürgerEnergieGenossenschaft Mainz eG“ ein, die, wie viele andere Energiegenossenschaften in den letzten Jahren von engagierten Bürgern und Bürgerinnen gegründet wurde. Dezentraler und demokratischer soll die Energieproduktion der Zukunft werden, wenn es nach den Energiegenossenschaften geht. Dezentral, damit mehr Energie in der Region produziert wird, wo sie auch verbraucht wird. Das reduziert den Bedarf an Leitungen, die den Strom sonst von den Großkraftwerken und den Windparks an der Nordsee zu den Verbrauchern im Süden des Landes transportieren müssen. Und mehr Demokratie ist aus Sicht der Genossenschaften wichtig, um der Macht der vier großen Energiekonzerne, die 80 % des Stroms in Deutschland produzieren, mehr Bürgerbeteiligung entgegenzusetzen.

Bürgerenergiegenossenschaften bieten die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, sich durch ihre Mitgliedschaft an der regionalen Produktion



### Anlage Entsorgungsbetrieb

*Weg von fossilen Energieträgern – hin zu Erneuerbaren: Seit Ende 2011 betreibt die UrStrom eG eine 84 kWp-Photovoltaikanlage auf den Dächern des Entsorgungsbetriebes der Stadt Mainz. © UrStrom eG/Christoph Würzburger*

von Energie aus erneuerbaren Quellen zu beteiligen. So werden sie ein aktiver Teil der Energiewende und verfügen gleichzeitig über eine nachhaltige und sichere Geldanlage. Die Rechtsform der Genossenschaft bietet sich für einen Beitrag zur Energiewende aus Bürgerhand aus mehreren Gründen an. Zum einen ist sie eine sehr demokratische Rechtsform, da jedes Mitglied über eine Stimme verfügt – unabhängig von der Höhe der eingelegten Mittel. Darüber hinaus erlaubt es die geringe Mindestbeteiligung – im Fall der UrStrom eG sind es 250 Euro pro Mitglied – vielen Menschen, sich in Genossenschaften zu engagieren. Die regionale Verankerung einer Genossenschaft erhöht die Identifikation mit deren Zielen und trägt zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region bei. Lokale Handwerksbetriebe erhalten Aufträge für die Installation und Wartung der Anlagen. Die Gewinne bleiben in der Region bei den Bürgerinnen und Bürgern und fließen nicht an große Investoren. Da Genossenschaften regelmäßig von unabhängigen Prüfungsverbänden kontrolliert werden, ist die Beteiligung an einer Genossenschaft zudem eine sehr sichere Anlageform. Die Vereinten Nationen würdigen den Beitrag der Genossenschaften zu einer nachhaltigen Entwicklung, indem sie das Jahr 2012 zum internationalen Jahr der Genossenschaften erklärt haben.

Die UrStrom eG in Mainz wurde im September 2010 gegründet. Ende 2011 konnten die ersten beiden Pho-

tovoltaikanlagen in Betrieb genommen werden. Weitere Anlagen in Mainz und Umgebung sind geplant. Darüber hinaus hat die Initiative es sich zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit über die Potentiale und Vorteile von Erneuerbaren Energien zu informieren. Die Initiative zur Gründung der UrStrom-Genossenschaft ist hervorgegangen aus dem Projekt der Landeszentrale für Umweltaufklärung „Projektentwickler/ in für Energiegenossenschaften“, die 2010 bundesweit erstmalig in Rheinland-Pfalz angeboten wurde. Veranstalter der Weiterbildung ist die Evangelische Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft in Landau. Weitere Informationen unter [www.urstrom.com](http://www.urstrom.com) und [www.energiegenossenschaften-gruenden.de](http://www.energiegenossenschaften-gruenden.de).

### Autor: Christoph Albuschkat

Christoph Albuschkat ist Gründungsmitglied der UrStrom eG und im Vorstand zuständig für die Bereiche Mitgliederbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit.



## Landesnetzwerk Bürgerenergiegenossenschaften gegründet

## NaturErlebnisWoche 2012



### Energiegenossenschaften in Rheinland-Pfalz wollen gemeinsam ihre Interessen vertreten

Auf der Rheinland-Pfalz Ausstellung in Mainz hat sich das „Landesnetzwerk Bürgerenergiegenossenschaften Rheinland-Pfalz (LaNEG)“ offiziell als Verein gegründet. Das Netzwerk will als kompetenter Ansprechpartner der Idee einer dezentralen und demokratischen Energiewende in der Öffentlichkeit mehr Gehör verschaffen. Die Bürgerenergiegenossenschaften im Land wollen zudem gemeinsam gegenüber Politik und Wirtschaft stärker auftreten.

Die neu gewählten Vorstände des Landesnetzwerks sind Dietmar von Blittersdorf vom „Netzwerk Energiewende jetzt“, Dr. Verena Ruppert von der Mainzer UrStrom eG und Dr. Petra Gruner-Bauer von der Wörrstadter Solix eG i.G.

„Das Wirtschaftsministerium begrüßt ausdrücklich die genossenschaftliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der dezentralen und demokratischen Energiewende“, sagte Dieter

Wolf, Abteilungsleiter Energie, Klimaschutz, Atomaufsicht, Strahlenschutz im Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz zur Eröffnung des Aktionstages der Bürgerenergiegenossenschaften. „Deswegen ist es uns wichtig, das Landesnetzwerk in seiner Arbeit zu unterstützen und zu fördern.“

Gründungsmitglieder des Landesnetzwerks sind: Bürgergenossenschaft Rheinhessen eG, eegon- Eifel Energiegenossenschaft eG, Energiegenossenschaft Kirchspiel Anhausen eG, HunsrückSonne Kastellaun eG, pro regionale energie eG, Solar-BürgerGenossenschaft eG, SOLIX Energie aus Bürgerhand Rheinhessen eG i.G., Südeifel Strom eG, Trierer Energiegenossenschaft eG i.G. (TRENEG), UrStrom BürgerEnergie-Genossenschaft Mainz eG, WaWiSo Wasser, Wind und Sonne, Rhein-Westerwald eG i.G. und das Netzwerk Energiewende jetzt

Landesnetzwerk Bürgerenergiegenossenschaften Rheinland-Pfalz  
Dr. Verena Ruppert  
info@laneg.de | www.laneg.de

vom 28. April bis zum 6. Mai 2012 fand wieder die bundesweite NaturErlebnisWoche statt.

Der Themenschwerpunkt war, entsprechend des Jahresthemas der Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE), „Ernährung“.

Auch im Jahr 2012 sind wieder mehr als 90 Veranstaltungen von 60 Institutionen zur Naturerlebniswoche in Rheinland-Pfalz gemeldet worden. Dafür dankt die LZU allen Veranstaltern, Mitwirkenden und Teilnehmenden. Die LZU organisiert die „NaturErlebnisWoche“ in Rheinland-Pfalz als Mitgliedsorganisation des Bundesarbeitskreises der staatlich getragenen Umweltbildungseinrichtungen BANU und unterstützt die Veranstaltenden bei der Öffentlichkeitsarbeit, deren Aktionen zur NaturErlebnisWoche werden auf der LZU-Website [www.undenken.de](http://www.undenken.de) veröffentlicht sowie mit der bundesweiten Kampagne unter [www.naturerlebniswoche.de](http://www.naturerlebniswoche.de) verlinkt. Natürlich wird auch landesweite Pressearbeit geleistet.

# Deutscher Solarpreis für Promotoren der Energiewende

## Weiterbildung Projektentwickler für Energiegenossenschaften ausgezeichnet

Das bundesweit einmalige Projekt „Energiewende jetzt – Projektentwickler /-innen für Energiegenossenschaften“ der Landeszentrale für Umweltaufklärung ist mit dem Deutschen Solarpreis in der Kategorie Bildung und Ausbildung ausgezeichnet worden. „Die Weiterbildung verknüpft den genossenschaftlichen Gedanken mit bürgerschaftlichem Engagement und einer regionalen Energieerzeugung aus regenerativen Energien auf vorbildliche Weise“, heißt es in der Würdigung von EUROSOLAR.

Mit dem Deutschen Solarpreis zeichnet die gemeinnützige Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien EUROSOLAR herausragende innovative Projekte aus. „Sie sind die Speerspitze der Energiewende“, so Dr. Axel Berg, Vorsitzender von EUROSOLAR Deutschland, in seiner Ansprache bei der Preisverleihung.

Zusammen mit der Evangelischen Kirche der Pfalz, der innova eG und anderen Partnern hatte die Landeszentrale für Umweltaufklärung das Projekt Anfang 2010 auf den Weg gebracht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projekts „Energiewende jetzt“ erwerben in einer viermonatigen Weiterbildung die Kompetenzen, um lokale und regionale Energiegenossenschaften zu initiieren und bei ihrer Gründung zu unterstützen. Der viermonatige Kurs ist als Kombination aus Seminaren und Online-Lernphasen konzipiert.

„Immer mehr engagierte Bürgerinnen und Bürger wollen nachhaltige, regionale Energiekonzepte auf den Weg bringen und gründen Energiegenos-



*The winners are (von rechts nach links): Dr. Axel Berg, Vorsitzender EUROSOLAR-Deutschland; Dr. Simone Peter, Umweltministerin a.D. des Saarlandes; Andreas Seiverth, Bundesgeschäftsführer der DEAE e.V.; Dietmar Freiherr von Blittersdorff, Evangelische Kirche der Pfalz; Roland Horne, Leiter der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz; Dr. Burghard Flieger, innova eG; Bernward Janzing, Moderator; Jo Leinen, MdEP; Gerd Kiefer, Leiter der Evangelischen Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft.*

senschaften“, so Burghard Flieger von der innova eG, Mitinitiator der Weiterbildung. „Sie fördern damit erneuerbare Energien, Innovation und Beschäftigung in ihrer Region.“ Genossenschaften stünden für Kooperation, gesellschaftliche Verantwortung und demokratisches Handeln.

Die Idee der Weiterbildung ist für Projektleiter Dietmar von Blittersdorff von der Evangelischen Kirche der Pfalz aufgegangen. „Absolventinnen und Absolventen haben mittlerweile über zehn Energiegenossenschaften initiiert und begleitet.“

Die ausgezeichnete Weiterbildung aus Rheinland-Pfalz zieht bundesweite Kreise. Zum Beispiel gibt es Kurse in Thüringen und Bayern. Ein neues Modul „Windanlagen“ wird entwickelt.

**Autor: Rainer Lange**

### Kontakt

„Energiewende jetzt“  
Evangelische Kirche der Pfalz  
Ev. Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft  
Dietmar Freiherr von Blittersdorff  
Kronstraße 40  
76829 Landau  
Tel.: 06341-9858-16  
Fax: 06341-9858-25  
info@energiegenossenschaften-gruenden.de  
www.energiegenossenschaften-gruenden.de

## Virtuelle Solar-Seminare online



### Aufzeichnungen von vier Seminaren zum Zukunftsthema Energie online unter [www.solarverein-trier.de](http://www.solarverein-trier.de)

Energiewende, Energiekonzept, Energiekonsens, Energiekrise, Energiepreise – kaum ein Thema hat so Konjunktur wie das Zukunftsthema Energie. Der Solarverein Trier hat deshalb gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Solar an der FH Trier vier interaktive Grundlagenseminare im Internet durchgeführt. Die Aufzeichnungen sowie ein Erfahrungsbericht sind online für jeden abrufbar.

Seit 1995 führt der Solarverein Informations- und Vortragsveranstaltungen zur Nutzung der Sonnenenergie in der Region Trier durch. Bis 2011 wurden bei insgesamt über 500 Vortragsveranstaltungen etwa 10.000 Besucher mit der solaren Stromerzeugung und allen Aspekten einer solaren Heiztechnik bekannt gemacht.

Diese Informationsveranstaltungen vor Ort wurden unter dem Titel „Virtuelle Solar Seminare“ weiterentwickelt und mit drei Themen beispielhaft im Internet durchgeführt. Nach einem einführenden Seminar zum Zukunftsthema Energie allgemein ging es um die direkte und aktive Nutzung der Sonnenenergie: „Strom von der Sonne“ und „Wärme von der Sonne“.

Besonders der neuartige Einsatz eines virtuellen Klassenzimmers im Internet wurde dabei getestet. Die ortsunabhängige Durchführung im WorldWide-Web stellte eine Innovation dar, mit der dem Ziel einer CO<sub>2</sub>-Einsparung besonders entsprochen wurde. Im Vorfeld wurden mehrere in Frage kommende Plattformen untersucht, mit dreien wurde ein Test durchgeführt, und die letztliche Durchführung der drei Hauptveranstaltungen war durch begleitende Befragungen und Erfahrungsaustausch der Referenten und Teilnehmer hinterlegt. Ein umfangreicher Erfahrungsbericht fasst die Ergebnisse zusammen. Diese aufwändige Herangehensweise war nur möglich durch die Unterstützung des Projekts durch die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz, das Kompetenzzentrum Solar und das Rechenzentrum an der FH Trier sowie

der Energieagentur Region Trier. Die Aufzeichnungen der durchgeführten Seminare und der Erfahrungsbericht können auf der Homepage des Solarverein Trier unter dem Menüpunkt „Informationen – Virtuelle Seminare“ angeschaut werden.

Weitere virtuelle Seminare sind in Zukunft geplant.

**Nähere Infos unter**  
[www.solarverein-trier.de](http://www.solarverein-trier.de).  
Blick ins virtuelle Klassenzimmer  
Weitere Infos und Bildmaterial beim  
Solarverein Trier,  
Telefon 06500-9178140  
[solarverein@fh-trier.de](mailto:solarverein@fh-trier.de)

# Mit guter Ernährung zu Umwelt- und Klimaschutz beitragen

Ein Drittel aller Klimagase stammt aus der Lebensmittelerzeugung. Aktuelle Zahlen des Umweltbundesamtes zeigen bei einer insgesamt zurückgehenden Emission von Treibhausgasen lediglich in der Landwirtschaft einen Anstieg des klimaschädlichen Lachgases. Dieser Entwicklung kann man entgegenwirken, wenn alle bei der Ernährung umdenken: Deutlich weniger Fleisch, mehr saisonale, vegetarische Produkte aus der Region und aus ökologischem Anbau sind die wichtigsten Bausteine eines nachhaltigen Ernährungsstils.

Für die rheinland-pfälzische Landesregierung ist das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung eine maßgebliche Richtschnur der Politik. Die UN-Initiative zu nachhaltiger Ernährung füllt die Landesregierung mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die nun aktuell auf der neuen Internetseite zusammen gefasst sind:

So fördert das Ernährungsministerium beispielsweise die Ernährungsberatung innerhalb der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz. Mit Seminarangeboten wie etwa „dem Elternkurs „Esst mit“ bietet die Verbraucherzentrale Tipps für eine gesunde Ernährung.

Beim Projekt „Lernort Bauernhof“ erfahren Schülerinnen und Schüler auf dem Bauernhof, wie Lebensmittel hergestellt, verarbeitet und schließlich vermarktet werden.



*Essbare Stadt Andernach: Gemüse in der Stadt. Foto: Daniel Stanke*



*Essbare Stadt Andernach: Städtischer Weinberg. Foto: Daniel Stanke*

# Projekt KinderGartenpaten



Ministerin Ulrike Höfken beim Hochbeetbau im Katholischen Kindergarten von Bingen-Dietersheim

Mit dem Projekt „KinderGartenpaten“ kommt Umweltbildung zu den ganz Kleinen: Senioren und Seniorinnen betreuen gemeinsam mit den Kindern ihrer Paten-Kita ein Hochbeet. Gemeinsam wird gepflanzt, geerntet und gekocht.

Auch eine gute Verpflegung ist ein wichtiger Bildungsbaustein für eine nachhaltige Ernährungsweise. Die Vernetzungsstelle Schulverpflegung berät Schulen zur gesunden und umweltschonenden Ernährung. Das Ministerium wird zudem das Schulobstprogramm, mit dem die Schülerinnen und Schüler kostenlos einmal pro Woche eine Portion Obst erhalten, ab diesem Jahr auch auf Kindergärten ausweiten.

Alle Informationen zu den Projekten im Rahmen der UN-Initiative wie auch eine Liste mit Seminaren und Materialien zur nachhaltigen Ernährungsweise findet man auf der Internetseite des Ministeriums, unter [www.mulewf.rlp.de](http://www.mulewf.rlp.de). Pfad: Ernährung/ BNE.

## Aktiv für gesundes Essen und bewusste Ernährung

Im Auftrag der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz führt der NABU Rheinland-Pfalz das Projekt KinderGartenpaten durch. Im Rahmen dieses Modellprojektes konnten sich Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz um ein kostenloses Hochbeet bewerben. Gleichzeitig wurde für jedes Hochbeet ein Beetpate gesucht, der Lust am Gärtnern und der Projektarbeit mit Kindern hat.

Landesweit nehmen 34 KiTas teil. Die Hochbeetpaten sind meist Seniorinnen und Senioren, die ihr Wissen um den Anbau von Gemüse, Verarbeitung und Ernährung gerne an Kinder weitergeben möchten. Der NABU schult die Freiwilligen innerhalb von Workshops und entwickelt Vorschläge für Aktionen rund um das Thema Gemüse, Gärtnern und gesunde Ernährung. Gleichzeitig wird durch das Projekt der Dialog zwischen den Generationen gefördert.

Nähere Informationen unter [www.KinderGartenpaten.de](http://www.KinderGartenpaten.de).

**Autor: Robert Egeling**

Leiter des NABU-Naturschutzzentrums Rheinauen



Tierschutz endet nicht an den Außenmauern eines Geflügelstalles oder am Zaun einer Pferdeweide. Auch unser Umgang mit wildlebenden Tieren bietet vielfältige Tierschutzaspekte, mit denen sich der Tierschutzbeirat Rheinland-Pfalz in den nunmehr fast 20 Jahren seines Bestehens immer wieder beschäftigt hat. Hier ging es zum Beispiel um Ruhezeiten für Rotwild, um Verletzungen von Rehkitzten durch Mähmaschinen oder von Schwänen durch Angelhaken, um den Igeltod im Martinsfeuer und – immer wieder - um das rheinland-pfälzische Jagdrecht, etwa im Zusammenhang mit Jagd- bzw. Schonzeiten, der Fallenjagd oder der Verwendung künstlicher Lichtquellen beim Abschuss von Schwarzwild.

Drei aktuelle Themen, mit denen sich der Tierschutzbeirat in jüngerer Vergangenheit befasst hat, möchte ich exemplarisch herausgreifen, da sie sehr unterschiedliche Möglichkeiten der Einflussnahme des Menschen auf Wildtierpopulationen betreffen, nämlich die Aufnahme eigentlich frei lebender Tiere in menschliche Obhut, die Fütterung von Wildtieren und deren Tötung im Rahmen der Jagd:

## Wildkatzenschutz

Die Europäische Wildkatze galt vor 100 Jahren in vielen Regionen Deutschlands als ausgerottet, konnte aber insbesondere in großen, naturnahen Waldgebieten überleben beziehungsweise diese neu besiedeln und kommt heute erfreulicherweise in praktisch allen Mittelgebirgslandschaften unseres Bundeslandes vor.



Die scheuen Jäger haben aber ein Problem: Sie sehen grau getigerten Hauskatzen zum Verwechseln ähnlich und geraten so immer wieder versehentlich in menschliche Obhut, was für die kaum zähmbaren Tiere Stress und Frustration und für die Menschen, die mit Ihnen umgehen, die Gefahr von Biss- und Kratzwunden bedeutet. Wildkatzen sind nun einmal keine Kuscheltiere!

Viele Menschen wissen überhaupt nicht, dass es in unseren Breiten Wildkatzen gibt. Aber auch erfahrene Tierschützer und Tierärzte denken nicht immer daran, dass es sich bei der Katze, die im Rahmen der Tierschutzarbeit in einer Lebendfalle gefangen wird oder als hilfloses Jungtier im Tierheim oder in der Tierarztpraxis landet, um die wildlebende Verwandte unseres Stubentigers handeln könnte.

Gemeinsam mit Fachleuten der Landesregierung hat der Tierschutzbeirat im vergangenen Jahr ein Plakat gestaltet, welches an Tierschutzorganisationen und Tierarztpraxen im Land verteilt wurde und darüber hinaus eine rege Nachfrage aus anderen Bundesländern ausgelöst hat. Die detaillierte Darstellung der Unterschiede zwischen Wild- und Hauskatze sollte dazu beitragen, dass erwachsene Wildkatzen umgehend am Ort des Einfangens wieder freigelassen und dass Jungtiere, auch wenn sie mutterlos erscheinen, im Wald belassen werden. Mit Wildkatzenwelpen muss man bis in den Spätherbst hinein rechnen. Nur wenn das Muttertier schwer verletzt oder tot aufgefunden wird, ist die Aufzucht durch

Fachleute und ein späteres Auswildern angebracht.

Interessenten können das Plakat über die Pressestelle des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten beziehen, Mailadresse [presse@mulewf.rlp.de](mailto:presse@mulewf.rlp.de).

## Fütterung von Rehwild

Der Tierschutzbeirat begrüßt das in Rheinland-Pfalz geltende grundsätzliche Verbot der Fütterung von Schalenwild und spricht sich dafür aus, bei der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen, wie sie bei besonderen Witterungsbedingungen oder bei Naturkatastrophen zulässig ist, restriktiv zu verfahren.

Der winterliche Nahrungsengpass gehört für alle wild lebenden Tiere zum Kreislauf des Lebens, welches sich immer wieder erneuert. Gerade strenge Winter können als Zeit der natürlichen Auslese für die Vitalität einer Population von positiver Bedeutung sein. Während Individuen mit schlechter Kondition unter Umständen an Schwäche oder an Krankheiten zugrunde gehen und infolge dessen als Aas anderen Tieren zur Nahrung dienen, profitieren die überlebenschfähigeren Tiere einer Population, indem sie die vorhandene Nahrung besser nutzen können. Das Überleben der stärkeren Individuen hat zudem genetische Vorteile für die Population, ist also quasi Bestandteil der fortdauernden Evolution.

Strenge Winter wirken sich auf Beutegreifer durchweg drastischer aus als



*Typische Wildkatzenwelpen: Gleiches Aussehen aller Wurfgeschwister, ockerfarbener Grundton, große „Pranken“, Fauchen.  
Fotos: Monika Arnold*

auf Pflanzenfresser wie unser Rehwild, da zum Beispiel Mäusebussard, Hermelin oder Fuchs mitunter über längere Zeiträume überhaupt keine Nahrung finden. Dennoch kommt vernünftigerweise niemand auf die Idee, diese Wildarten „über den Winter zu füttern“.

Beim Rehwild ist einer Verbesserung des natürlichen Nahrungsangebotes, etwa durch Anlegen von Hecken, eindeutig der Vorzug vor einer Zufütterung zu geben. Wo solche natürlichen Äsungsmöglichkeiten fehlen, ist in Ackerbauregionen ohnehin eher der Herbst die eigentliche Notzeit für das Rehwild, wenn alle Felder schlagartig abgeerntet werden. Im Winter dagegen – dafür hat die Natur gesorgt – ist der Nahrungsbedarf stark herabgesetzt, das Schalenwild nimmt in erster Linie rohfaserreiche Nahrung zu sich, die mit geringem Energieaufwand mikrobiologisch aufgeschlossen wird. Das Winterhaar mit seiner ausgezeichneten isolierenden Wirkung schützt das Wild vor Wärmeverlusten, eine geringe Bewegungsaktivität („Winterschlaf der Beine“) trägt maßgeblich zur Energieeinsparung bei. Von Vorteil für das Schalenwild ist darüber hinaus die veränderte waldbauliche Praxis.

Die frühere „Kahlschlagwirtschaft“ mit dunklen, überwiegend aus Nadelholz bestehenden Wäldern, die nach der Hieb reife großflächig abgeholzt wurden, ist weitgehend durch eine kleinräumige Bewirtschaftung mit überwiegend natürlicher Verjüngung, mehr Laubwald und mehr Licht und somit Bodengrün ersetzt worden, wodurch dem Wild ei-

ne verbesserte Äsungsgrundlage und ein größeres Sicherheitsgefühl geboten wird.

Gesichtspunkte, die gegen eine Winterfütterung sprechen, sind im Übrigen die Gewöhnung der Tiere an die Fütterung und in gleichem Maße der Verlust der Bereitschaft und Fähigkeit, sich natürliche Nahrungsquellen zu erschließen, sowie die Konzentration des Rehwildes an der Fütterung mit der Folge eines höheren Risikos der Krankheitsübertragung.

### Bejagung von Rabenvögeln

Der Tierschutzbeirat Rheinland-Pfalz fordert mit deutlicher Mehrheit ein Ende der flächendeckenden Jagd auf Rabenkrähe und Elster, die das rheinland-pfälzische Jagdrecht seit dem Jahre 1998 erlaubt. Die seinerzeitige Jagdfreigabe erging gegen die Empfehlung von Naturschutzverbänden, der Staatlichen Vogelschutzwarte für Rheinland-Pfalz, Hessen und das Saarland und des Tierschutzbeirates und steht im Widerspruch zu einem Gutachten der Universitäten Mainz und Kaiserslautern, welches das Land selbst in Auftrag gegeben hatte. Die Wissenschaftler konnten belegen, dass die Nahrung der beiden Allesfresser stark von Gliederfüßlern und Würmern dominiert wird, während Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen, Singvögeln oder Niederwild kaum beobachtet wurden. Auch das Bundesamt für Naturschutz hat im Jahre 2000 empfohlen, die Jagd einzustellen und unter anderem ausgeführt, die den Rabenvögeln angelastete Aus-

rottung von Singvögeln und Niederwild finde nicht statt.

Seit Einführung der allgemeinen Jagdzeit auf Elster und Rabenkrähe sind in Rheinland-Pfalz weit über 200.000 Rabenvögel erlegt worden, alleine im Jagdjahr 2010/11 ca. 21.000 Rabenkrähen und 11.000 Elstern. Die Zahl der erlegten Rabenkrähen ist im Laufe der Jahre stetig angestiegen, was sehr deutlich belegt, dass eine Bestandskontrolle durch jagdliche Maßnahmen nicht einmal im Ansatz gelungen ist. Hierzu muss man wissen, dass nach einem von der Staatlichen Vogelschutzwarte im Jahre 2003 erstellten „Gutachten zur Abwehr von Vögeln in der Landwirtschaft“ der Winterbestand der Rabenkrähe in erheblichem Maße durch vagabundierende Junggesellschwarze oder rastende Zuzügler aus anderen Regionen bestimmt wird und dass „leer geschossene“ Gebiete umgehend wiederbesiedelt werden. Die Bejagung ist im Sinne der Bestandsreduzierung eher kontraproduktiv, da sie innerartliche Regulationsmechanismen (Revierteidigung durch Brutvögel) behindert.



*Tod eines Wildtieres als Chance für andere: an diesem Rehkadaver haben Füchse ganze Arbeit geleistet. Foto: Dr. Helmut Stadtfeld*

Der unkoordinierte Abschuss von Rabenkrähen und Elstern ist kein artenschutzrechtliches Problem – die Arten sind derzeit in Ihrem Bestand nicht gefährdet -, verstößt aber nach Auffassung des Tierschutzbeirates gegen das Tierschutzgesetz, da es an einem vernünftigen Grund für die Tötung der Tiere mangelt. Das gelegentliche Erbeuten von Singvögeln oder Niederwild gehört zur Gesetzmäßigkeit der Natur und kann ohne weiteres kompensiert werden. So ist belegt, dass Vogeleltern, deren Nest ausgeraubt wurde, dieses beim nächsten Mal sorgfältiger anlegen und tarnen. Im Übrigen käme ja auch niemand auf die Idee, Igel, Eichhörnchen oder Meisen zu töten, obwohl auch sie geschützte Tiere erbeuten. Zum Schutz bedrohter Wiesenbrüter oder etwa des Feldhasen kommt es darauf an, deren Lebensräume zu erhalten, anstatt wahllos Jagd auf einzelne Vogelarten zu machen.

Schäden in der Landwirtschaft durch Rabenkrähen lassen sich vielfach durch geeignete Schutzmaßnahmen vermeiden, etwa die Verstärkung von Silofolien oder Vergrämungsmaßnahmen im Weinberg. Wo das alles nicht fruchtet, kann im Einzelfall eine Sondergenehmigung zum Abschuss in Betracht kommen.

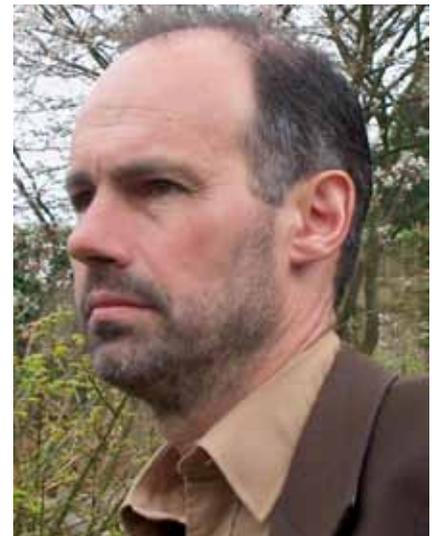
Insbesondere wendet sich der Tierschutzbeirat gegen eine neuartige Erscheinungsform der Krähenjagd, bei der sich selbsternannte „Crowbuster“ im Internet verabreden und mit Hilfe von Lockkrähen und aufwändiger Tarnung im großen Stil Rabenkrähen schießen. Das Ganze ist offenbar eine Mordsgaudi und mutet an wie die virtuelle Moorhuhnjagd, allerdings mit dem Unterschied, dass hierbei lebende Tiere verletzt und getötet werden, leider auch – dies belegen Streckenfotos im Internet – geschützte Saatkrähen und Dohlen.

Nähere Informationen zur Arbeit des Tierschutzbeirates Rheinland-Pfalz unter [www.tierschutzbeirat.de](http://www.tierschutzbeirat.de).

## Autor

### **Dr. med. vet. Helmut Stadtfeld**

Jahrgang 1953, ist Fachtierarzt für Tierschutz und gehört seit dem Jahre 1995 dem Tierschutzbeirat Rheinland-Pfalz an, seit 1998 als ehrenamtlicher Vorsitzender dieses Gremiums, welches die Landesregierung in Tierschutzfragen berät. Als Dezernent der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises ist er unter anderem für die Bereiche Umweltschutz, Veterinärwesen, Landwirtschaft, Jagd und Fischerei zuständig.



Seit August 2011 werden Bäume im Wald mit weißen Wellen markiert. Grund dafür ist das neue „Konzept zum Umgang mit Biotopbäumen, Altbäumen und Totholz“ (BAT) von Landesforsten Rheinland-Pfalz. Was bewegt die Forstleute dazu, neue Wege in der Bewirtschaftung des Waldes zu gehen?

Bedeutung der Alters- und Zerfallsphase für Waldlebensgemeinschaften. Die Erhaltung der heimischen Artenvielfalt in unseren Wäldern steht in den letzten Jahren im Fokus. Dabei besteht die Strategie nur teilweise darin, eigens Schutzgebiete auszuweisen. Vielmehr sollen auch Wirtschaftswälder einen wesentlichen Beitrag dazu leisten. So einfach es klingt, so wenig selbstverständlich ist es aber. Denn im Wirtschaftswald fehlen wegen der Holznutzung wichtige Teile der im natürlichen Lebenslauf des Waldes vorhandener Entwicklungsphasen, nämlich die Alters- und Zerfallsphase, die allenfalls nur rudimentär vorhanden sind.



Exkursion im Soonwald bei Neupfalz



Hohler, abgestorbener Baum

In Wäldern sind aber gerade Alterungsprozesse und die im Zuge dessen entstehenden Habitatstrukturen wie z.B. grobe bzw. abblätternde Borke, Kronenbrüche, Stammschäden, Frost- und Mantelrisse, tote und heraus gebrochene Starkäste oder Höhlen wesentliche Schlüsselfaktoren für die biologische Vielfalt. Waldbäume können ein sehr hohes Alter erreichen, Buchen werden im Höchstfall 400 bis 500 Jahre alt (Eichen sogar doppelt so alt), 46 Meter hoch und 2 Meter dick. Stehende alte oder tote Bäume mit grober Borke sind Voraussetzung für viele Arten wie z.B. den Mittelspecht oder für eine Reihe an Moosen, für die diese Strukturen sehr häufig wichtiger sind als die Baumart

selbst, an der sie vorkommen. Einer der bedeutendsten Lebensraumbildner im Wald ist das Totholz. Mindestens ein Viertel der ursprünglichen natürlichen Artenvielfalt bestand aus Totholzlebensgemeinschaften und damit Urwaldreliktarten, die an kontinuierliche Habitat- und vor allem Totholztradition an starkem, stark zersetztem Totholz gebunden waren. Von 6500 Käferarten in Deutschland sind 1400 auf Totholz angewiesen, 1500 Pilzarten, 30 Vogelarten, 16 Fledermausarten und 54 Wildbienenarten. Dazu zählen auch unzählige Grabwespen, Faltwespen, Schlupfwespen usw. und auch Wirbeltiere wie Haselmaus, Siebenschläfer, Wildkatze oder Baumrarder.

Der Totholzreichtum beträgt in rheinland-pfälzischen Naturwaldreservaten im Durchschnitt 50 m<sup>3</sup> je Hektar (Spreite von 6 bis 350 m<sup>3</sup>), die bewirtschafteten Vergleichsflächen erreichen durchschnittlich nur 23 m<sup>3</sup> je Hektar. Die Ergebnisse der paarweise durchgeführten Untersuchungen spezieller Artengruppen ergab einen deutlich höheren Artenreichtum bezüglich aller Käferarten in Naturwaldreservaten im Vergleich zu bewirtschafteten Vergleichsflächen. Die Unterschiede waren bezüglich der auf Totholz angewiesenen Käferarten noch deutlicher. Auch bezüglich der Pilze erwiesen sich Naturwaldreservate stets artenreicher, bei Moosen, Fledermäusen und Vögeln war dies zumindest überwiegend der Fall.

Durch ihren hohen Reichtum an Strukturen, Lebensräumen und Arten vor allem auch Reliktarten, sind Naturwaldreservate wichtige Refugien und Spenderflächen für umliegende Wälder.

### Wozu braucht man ein Konzept?

Auf den ersten Blick wäre es sicherlich die einfachste Lösung, den Wald sich selbst zu überlassen. Schließlich werden in der Forstwirtschaft Bäume zum Sägewerk gebracht, noch bevor sie die Phase hohen Alters erreicht haben. Doch ein Blick auf die Statistik unseres Holzverbrauchs in Deutschland zeigt uns, dass wir bereits jetzt große Anteile des Holzes importieren – oft aus Ländern in welchen noch Urwald gerodet wird. Auch vor dem Hintergrund der internationalen Verhandlungen zur Biodiversität sind wir geradezu verpflichtet, unseren Holzbedarf so weit wie möglich durch Eigenproduktion zu decken. Also ist - wie so oft - die Kombination Ökologie und Ökonomie die Herausforderung. Im Nachgang zur Weltkonferenz zur Biodiversität (CBD) in Bonn 2008, hat Landesforsten sich eine Leitlinie zu Erhaltung der Biodiversität gegeben. Das BAT-Konzept ist eine Komponente davon.

Zahlreiche streng geschützte Tier- und Pflanzenarten sind auf Lebensraumstrukturen, die an alten oder toten Bäumen zu finden sind angewiesen. Ihre Populationen zu erhalten und zu fördern ist Ziel und Verpflichtung zugleich.



Forstministerin Ulrike Höfken beim Anbringen der „Weißen Welle“

Eine weitere Motivation ist die Arbeitssicherheit in der Waldarbeit. Anfang der 90 er Jahren haben sich alle Forstleute in Schulungen mit der ökologischen Bedeutung von Totholz im Wald vertraut gemacht und seit dem konsequenterweise auch Totholz flächendeckend im Wald stehen lassen. In den letzten Jahren ist eine hohe Zahl schwerster Unfälle in der Waldarbeit durch herabfallendes oder umstützendes Totholz zu beklagen. Eine räumliche Konzentration von Totholz im Wald kann auch die Gefahrenbereiche bündeln und zur erhöhten Sicherheit beitragen. Die damit einhergehende gute Erkennbarkeit von Gefährdungen, trägt entscheidend dazu bei, Unfälle zu vermeiden. Ziel ist es, Mensch und Gefahr so weit wie möglich zu trennen.

### Inhalte des Konzeptes

Wie also schafft man es, diese vielfältigen Ziele unter einen Hut zu bringen? Andere Länder Europas gehen den Weg der starken Trennung. Plantage hier – Schutzgebiet dort. Landesforsten wird hingegen die seit mehr als 20 Jahren praktizierte und bewährte „Naturnahe Forstwirtschaft“ fortführen und weiterentwickeln. Die einzelstammweise Nutzung erfordert eine intensive Auseinandersetzung der Förster und Försterinnen mit jeder einzelnen Waldfläche. Das Konzept sieht vor, innerhalb der forstlichen Bewirtschaftung Bereiche unterschiedlicher Größe ausschließlich dem Artenschutz und der Biotopentwicklung zu widmen. Mittel-

fristig wird ein landesweites Netz von kleineren und größeren Alt- und Totholzbiotopen entstehen. In den Waldflächen dazwischen wird sicherlich keine „biologische Wüste“ vorzufinden sein, aber es bietet sich an, hier verstärkt auf den Schutz der darin arbeitenden Menschen zu achten.

### Die einzelnen Elemente des BAT Konzeptes sind:

#### > Naturwaldgebiete

Große, zusammenhängenden Gebiete, die nicht forstlich bewirtschaftet werden, wie z.B. Naturwaldreservate, Kernzonen im Biosphärenreservat.

#### > Waldrefugien

Waldflächen, die ab sofort ausschließlich der Biotopentwicklung gewidmet werden. Oft sind es Sonderstandorte wie besonders trockene oder vernässte Flächen.

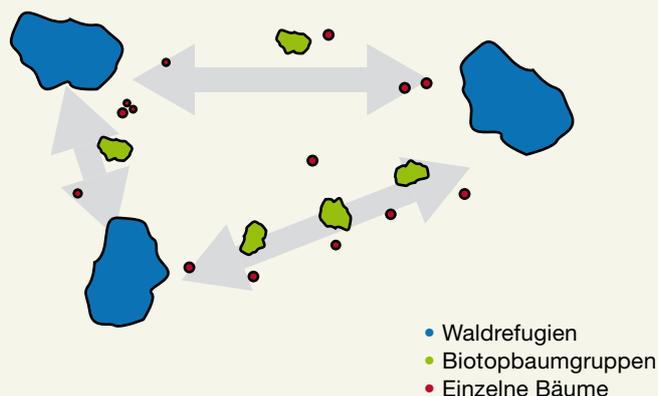
#### > Biotopbaumgruppen

In älteren Waldbeständen (ab Alter 120), oder dort wo die Reifephase und der Generationenwechsel überwiegen, verbleiben ca. 15 Bäume als Baumgruppe und werden nicht geerntet. Pro 3 ha soll eine Baumgruppe eingerichtet werden. Die Biotopbaumgruppen bleiben bis zu ihrem Zerfall unberührt.

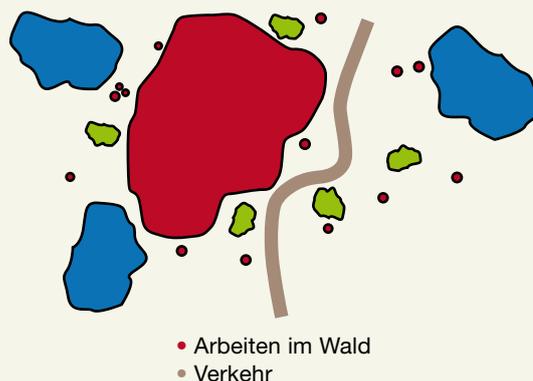
#### > Einzelne Biotopbäume

Einzelne Bäume, die eine herausragende Bedeutung für den Artenschutz haben oder heute bereits „Methusalems“ sind, bleiben bis zu Ihrem Zerfall erhalten.

### Vernetzung der Lebensräume



### Freiräume für Sicherheit



#### Graffiti im Wald?

Alle Bäume der Biotopbaumgruppen und Randbäume von Waldrefugien, werden mit einer weißen Welle gekennzeichnet. Kritiker sprechen von Graffiti im Wald. Aber seit der Einführung der einzelstammweisen Bewirtschaftung des Waldes ist es eben auch nötig geworden, sich mit allen im Wald Arbeitenden über einzelne Bäume zu verständigen. Die Markierung ist die unerlässliche Sprache im Wald. Darüber hinaus werden alle Elemente des BAT Konzeptes in der Datenverarbeitung von Landesforsten erfasst.

#### Einführung der Weißen Welle

Die Erstellung des Konzeptes hat Landesforsten nicht etwa im Alleingang hinter verschlossener Tür erarbeitet. Von Anfang an waren die Naturschutzverwaltung und die Unfallkasse Rheinland – Pfalz im Entstehungsprozess eingebunden. Diskutiert wurde das Vorhaben ebenso mit dem Gemeinde – und Städtebund, der Berufsgenossenschaft, sowie mit Forstleuten anderer Bundesländer, die ähnliche Wege beschritten haben. Die Umsetzbarkeit des Konzeptes wurde zunächst im Forstamt Kaiserslautern erprobt.

Ende August war es soweit: Im rheinland – pfälzischen Staatswald wurde das Konzept gültig. Umweltministerin Ulrike Höfken markierte den ersten offiziellen Biotopbaum des Landes. Innerhalb von 6 Wochen wurden rund 900 Försterinnen und Förster in der praktischen Umsetzung geschult.

Seitdem stellen die Forstleute das Konzept auch den waldbesitzenden Gemeinden vor und diskutieren die Einführung in deren Wäldern. Das „Forest

Stewardship Council“ (FSC), eine Zertifizierung für Holz aus ökologisch vorbildlich geführten Forstbetrieben, verlangt grundsätzlich ein Biotopbaumkonzept. Seit Mai 2011 führt Landesforsten Stufenweise das FSC Zertifikat ein. Das BAT Konzept ist ein Meilenstein hierzu.

#### BAT begleitende Forschung

Mit dem BAT Konzept wird einerseits für bestimmte Artengruppen vorgesorgt, andererseits werden Aspekte der Arbeitssicherheit besonders berücksichtigt. Dennoch beschäftigt uns eine Fülle an Fragen, die wir erst im Zuge der Umsetzung oder erst durch gezielte Forschung werden beantworten können.

Mit eigener Forschung oder der Koordination von Diplomarbeiten und Dissertationen in der engen Zusammenarbeit mit Universitäten begleitet die FAWF gezielt die Umsetzung des Konzeptes.

Dabei geht es sowohl um erste Begleitstudien zur Optimierung der Vorgehensweise bei der Ausweisung von Einzelbäumen, Biotopbaumgruppen und Waldrefugien, als auch um Fragen der ökonomischen und ökologischen Auswirkungen des Konzeptes.

Unbekannt ist z.B. die Nachhaltigkeit von Strukturen und welche Nachlieferung erfolgen müsste. Wie könnte dabei eine sinnvolle Dokumentation in ausreichender zeitlicher Auflösung aussehen? Oder wie viele Biotopbäume, Altbäume und Totholz brauchen wirklich einzelne Arten zum Überleben? Bisherige Untersuchungen im Bundesgebiet versuchten Schwellenwerte zum Totholz herzuleiten, die sich je nach Art und Ansatz zwischen 10 und weit über 100 m<sup>3</sup> je Hektar bewegen. Hier brauchen wir genauere Anhaltspunkte.

Ebenso wenig bekannt ist die Langfristigkeit der arbeitstechnischen Herausforderungen für den Betrieb und ihre Konsequenzen. Diese darzustellen und zu bewerten wäre ebenfalls eine wichtige methodische Aufgabe.

Im Rahmen des Artikels konnten nur wenige Eckpunkte des Konzeptes beschrieben werden. Sowohl das vollständige Konzept zum Umgang mit Biotopbäumen, Altbäumen und Totholz, als auch die „Ziele und Grundsätze zum Erhalt der Biodiversität im Wald“ finden Sie als download unter [www.wald-rlp.de](http://www.wald-rlp.de) bei Lebensraum Wald > Biodiversität. Gerne senden wir Ihnen das BAT – Konzept auch als Druckwerk zu.

Ihre Meinung interessiert uns! Senden Sie eine e-mail an: [Britta.Kreuselberg@mulewf.rlp.de](mailto:Britta.Kreuselberg@mulewf.rlp.de)

#### Autorinnen:

**Dr. Patricia Balcar**  
Forschungsanstalt für Forstwirtschaft und Waldökologie Rheinland – Pfalz

**Britta Kreuselberg**  
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten, Rheinland – Pfalz

Öffentliche Grünanlagen sind eigentlich für alle da. Aber nur zu oft werden sie von Bürgern als Fläche der Stadt oder der Kommune gesehen - und nicht als ihre Flächen, als Flächen der Bürger. Die Stadt wiederum sieht ihre Aufgabe mit möglichst minimalem ökonomischem Aufwand halbwegs „gepflegte“ Flächen zu präsentieren.



Hier wäre ein neuer Ansatz, den öffentlichen Grünräumen zumindest teilweise neue Funktionen zukommen zu lassen. Mit „Nutzpflanzen“ werden solche Flächen schneller vom Bürger als erlebbar wahrgenommen.

Dies können Gemüsesorten (möglichst attraktive wie Mangold etc.), Obstsorten (Beerenobst, Spaliergehölze etc.), Küchenkräuter oder auch Schnittblumen sein. Statt „Betreten verboten“ heißt es plötzlich „Pflücken erlaubt“ und ein ganz neuer Wahrnehmungsraum entsteht.

Und mit der Wahrnehmung wächst die Verantwortlichkeit; hier wird so schnell kein Vandalismus übersehen oder geduldet. Wo Freiwilligkeit ist, lässt sich der Bürger bzw. Vereine, Senioren, Schüler etc. auch in die Pflege dieser „ihrer“ Flächen einbinden. Dies käme einem Konzept in Anlehnung an die Konzepte des Naturschutzes in der Landwirtschaft durch „Schutz durch Nutzung“ gleich.

Der Wechsel der Jahreszeiten wird bewusster erlebt, ebenso wie das Säen, Wachsen und Ernten, welches in der Stadt ja so häufig fehlt und bei gepflegten Standard-Beständen von Kirschlorbeer, Mahonie oder Berberitze kaum zu empfinden ist.

Warum also öffentliche Flächen nicht wieder teilweise neu nutzen und zwar nicht aus der Not heraus wie in den Nachkriegsjahren, indem die letzten Freiflächen genutzt wurden um Gemüse

zum Überleben anzubauen. Nein, diesmal um wieder die Stadt zum Lebensmittel-Punkt zu machen und auch die städtischen Mitbewohner neu mit Natur und Erde zu verbinden.

Früher war der schönste Baum in der Straße die Wallnuss - hier wurde geschaut und gesammelt. Dazu noch eine Esskastanie und Knackmandeln und schon gewinnen diese Gehölze ganz neue Bedeutung. Öffentliche Grünflächen werden wieder erlebbar.

All diese guten Gedanken haben wir in ein „ökohumanes“ (über dieses Wort diskutieren wir gerne) Stadtkonzept gefasst.

Die Stadt Andernach möchte sich langfristig als grüne und nachhaltige Stadt lebendig und vielgestaltig entwickeln. Unter der Kampagne „Natürlich Andernach“ stehen hierbei vor allem Aspekte der Nachhaltigkeit, der Biodiversität und der urbanen Landwirtschaft im Mittelpunkt. 2010 konnte die Stadt mit dem Konzept bereits bei dem Wettbewerb „Entente Florale“ mit einer Goldmedaille überzeugen.

Neben der attraktiven Gestaltung der Grünflächen der Stadt sollen diese gleichzeitig im Sinne einer Multifunktionalität ökologische, ökonomische und auch ästhetische Funktionen gleichermaßen unterstützen. Dabei gilt es, auch in der Stadt als „Lebens“-mittelpunkt wieder „Lebens“-mittel erlebbar zu machen. Auch streben wir an, das Konzept „Schutz durch Nutzung“ in der Stadt umzusetzen.

Mittelpunkt dieser Ideen war 2010 der Schlossgraben. Um im Jahr der Biodiversität 2010 nicht nur auf die Bedeutung von Wildarten, sondern auch auf die Gefahr der Generosion bei Nutzpflanzen hinzuweisen, wurde unmit-



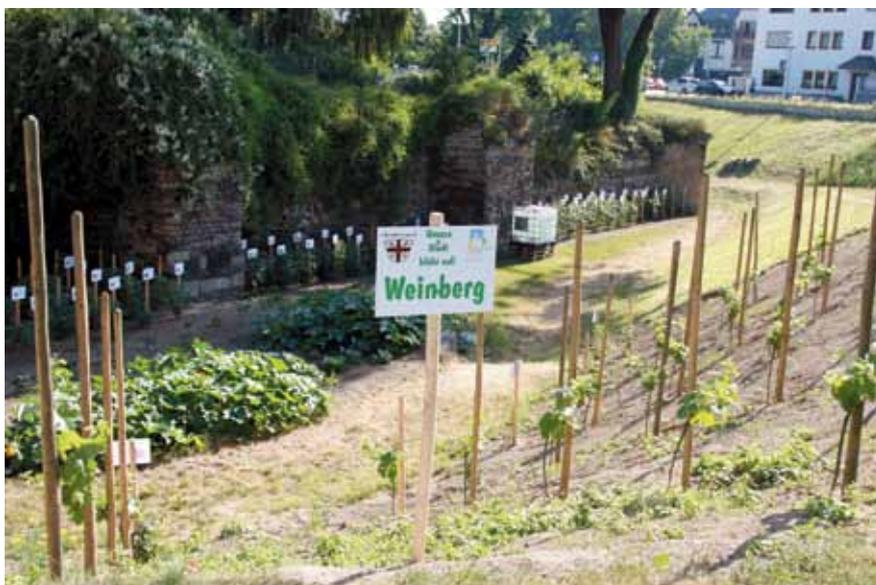
telbar an eine alte Mauer im Graben ein Tomatensortenprojekt angelegt. Mit über 400 Sorten stellt die Tomate ein interessantes Anschauungsobjekt für die Biodiversität im Bereich der pflanzen-genetischen Ressourcen von Nutzpflanzen dar. Dieses Jahr haben wir zum Jahr der Hülsenfrüchte ernannt und haben das Stadtbild mit 300 Bohnenstangen und vielen hunderten von verschiedenen Hülsenfrüchte, von der Saubohne bis zur Spagettibohne, aufgewertet.

Am Grund des Schlossgrabens wurden Schaubeete mit Gemüsesorten angelegt. Hier war es auch Ziel, auf kleineren Flächen temporär die Artenvielfalt zu demonstrieren.

Deshalb wurde auch die angrenzende Fläche des Schlossgrabens in einen kleinen Weinberg mit Rebsorten, die zum Traubengenuss dienen, umgewandelt. Auch hier wird der bewusste Umgang des Bürgers mit dem städtischen Grün als wesentlicher Punkt angese-

hen. Sehr spannend war die Entwicklung zu beobachten, als das Gemüse reif wurde. Nach anfänglichem Zögern, ob nun wirklich pflücken erlaubt sei, stellte sich ein tolles System ein. Umsichtige Bürger achteten darauf, dass morgens, wenn die Kinder der Kindergärten und Schulen zum Gemüseprojekt und besonders zu den Tomaten kamen, noch nicht geerntet war. Im Laufe des Nachmittags wurde dann alles sehr gut durch gepflückt und gärtnerische Arbeiten übernommen. Und hier bot sich immer eine gute Gelegenheit zum mit einander reden. Das Projekt erwies sich als ausgesprochen kommunikativ.

Im historischen Kernstadtbereich bietet sich auf den ersten Blick nur wenig Raum für Begrünungen. Mit dem Ziel, vermehrt Nutzpflanzen in das Stadtgrün mit einzubinden, werden hier nun Tafeltrauben an Hauswänden gesetzt, welche nur geringe Größe hinsichtlich der Pflanzbeete erfordern. Bei den Sorten handelt es sich um resistente und im Herbstlaub attraktive Pflanzen. Das Projekt steht noch in der Anfangsphase, wobei mit einem ersten Straßenzug begonnen wurde. Insbesondere die direkte Einbindung der Bevölkerung erweist sich hierbei als wesentlich. Das Projekt wird zeitnah fortgesetzt, mit dem Ziel einer „essbaren Stadt“.



Ein geplanter urbaner Erhaltungsgarten im inneren Stadtbereich soll einen weiteren Beitrag zur multifunktionalen Flächennutzung von Öffentlichen Grün und dem Erhalt der urbanen Agrobiodiversität darstellen. Zum einen wird der Garten mit vielen Stauden gestaltet, zum anderen sollen gezielt alte Sorten bzw. in Vergessenheit geratene Obst- und Gemüsesorten angebaut werden. Zudem ist es ein weiteres Ziel, im Garten regionale Besonderheiten aufzuzeigen und anhand seltener, vom Aussterben bedrohter Gemüsesorten auf die Gefahr

der Generosion bei Pflanzen hinzuweisen und zudem auch Bürgern mit Migrationshintergrund die Möglichkeit geben, ihre heimische Pflanzenvielfalt der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der Aspekt der Vielfalt wird folglich auf verschiedenen Ebenen anvisiert. Aspekte des Gartenbaus sind mit sozialen Aspekten in einem interkulturellen Vielfaltsgarten zu verknüpfen. Gerade an diesem Punkt ist der Ansatz der Stadt Andernach als besonders innovativ zu bewerten, da im Unterschied zu bereits bestehenden Gärten gerade hier das Thema (Agro-) Biodiversität als wesentlicher Punkt integriert werden soll. Insofern stellt das Projekt einen weiteren Baustein in das Gesamtprojekt „Urbane Landwirtschaft-Essbare Stadt Andernach“ dar, zum anderen ist es als eigenständige Installation aufzufassen.

Im Sinne der nachhaltigen Flächennutzung würde diese Anlage neben den Anforderungen einer öffentlichen Grünanlage ebenso für Aufgaben der Umweltpädagogik zu Verfügung stehen (z.B. für nahe liegende Kindergärten).

Wenige Kilometer vor der Stadt in Andernach-Eich wurde bereits 2008 eine ökologische Anlage in Zusammenarbeit mit der Perspektive GmbH, der örtlichen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Langzeitarbeitslose, geschaffen. Bisher intensiv genutzte landwirtschaftliche Nutzflächen im Außenbereich wurden zu einem zunächst 9 ha großen naturnahen Gelände umgestaltet, welches gleichzeitig Naturschutz-Ausgleichsflächen, Flächen zur Nahrungsmittelproduktion als auch die Möglichkeit zur Umweltbildung und Naherholung integriert. Das als „Lebenswelten“ initiierte Konzept sieht eine Reihe von Aktivitäten vor, deren besondere Bedeutung durch das Zusammenwirken der Einzelteile entsteht, wobei der Anbau von Obst und Gemüse in Anlehnung an das Konzept des ökologischen und nachhaltigen Landbaus im Vordergrund steht. Verschiedene „Disziplinen“ werden integriert und Synergieeffekte geschaffen: Land- und Forstwirtschaft, Ökologie, Naturschutz, Wassernutzung. Die Anlage wird sehr gerne von den Bürgern besucht, da sie sowohl landschaftlich wunderschön gelegen ist wie auch



durch die Arche von Tieren fast einen Freizeitpark ähnlichen Charakter hat. Auch hier gilt Erhaltung durch Nutzung und die Bürger können ihr Gemüse selber ernten. Die Anlage steht allen Besuchern immer offen. Die in größeren Mengen produzierten Produkte werden in einer Lehrküche verarbeitet um den Menschen wieder das verarbeiten von frischen Produkten zu erklären. Das fertige Essen geht an eine Art Tafel. Da die Anlage durch die konsequente Bewirtschaftung in Kreisläufen sehr viel produziert, werden in der Fußgängerzone Andernach, in einem neuem Geschäft, der Bevölkerung diese Bioprodukte zum Kauf angeboten.

Auf dem Gelände befinden sich zudem Schulgärten und Modellhausgärten im Aufbau in denen Schüler, Lehrer und interessierte Bürger alles über nachhaltiges Gärtnern und gelebte Biologie lehren und lernen können.

Damit die Bürger für Ihre Gärten und Balkons genügend Material bekommen können und wir so die Artenvielfalt wie einen roten Faden durch die Stadt ziehen können, haben wir uns in der Projektplanung auch auf den kulturhistorischen Aspekt konzentriert und wieder Bienen und Wildbienen in der Stadt beheimatet. Werfen wir kurz einen Blick auf die Legende, welche besagt, dass die benachbarten Linzer eine gewaltige Wut auf die Andernacher hatten.

Der Kaiser hatte nämlich die wichtigste Einnahmequelle der Stadt, den Rheinzoll, nach Andernach zurückverlegt. Ein nächtlicher Angriff war vorgesehen; die Linzer wussten, dass die Andernacher abends gerne und lang feierten und morgens nicht aus den Federn kamen. Alles lief nach Plan, sogar der Nachtwächter im Rheintor schlief. Lediglich zwei wache Bäckerjungen sahen den Angriff und warfen von der Stadtmauer in der Verzweiflung Bienenkörbe nach den Angreifern, die durch die aufgescheuchten Tiere lautstark in die Flucht getrieben wurden.

Damit auch zukünftig solche Angriffe abgewehrt werden können, kümmert sich die Stadt auch um die heimischen Bienen. Auf einer längerfristigen Brache wurden gezielt Bienenpflanzen ausgebracht und Insektenhotels aufgebaut, so dass heimische, vielfältige, krautige Pflanzen als Nahrungsgrundlage der Insekten mitten in der Stadt zur Verfügung stehen. Ein Imker betreut die Bienen in der Stadt und die Völker in der Lebensweltanlage.

Durch das durchgängige biodiverse und ökohumane Konzept, mit seiner Information (Homepage) und Begleitaktivitäten (Hausgartenbratung s.u.) werden alte Denkstrukturen aufgehoben und die Stadt und Ihre Bürger bekommen eine komplett neue Wahrnehmung von der Schönheit und Wertschöpfung durch Vielfalt im städtischen Raum.

Auch wird derzeit eine Hausgartenberatung in der Stadt Andernach eingeführt. Die Initiativen zum Jahr der Biologischen Vielfalt will die DGG in die Zukunft tragen und startet 2011 gemeinsam mit ihren Mitgliedsverbänden auf Bundesebene ein langfristig angelegtes Projekt unter dem Motto „Mehr Pflanzenvielfalt in Deutschlands Gärten.“

## Autoren

**Heike Boomgaarden**  
Garten- und Medienexpertin



**Lutz Kosack**  
Dipl. Geoökologe, Landschaftsplaner  
der Stadt Andernach



## Lesenswert

### Natur im Blick der Kulturen

Das seit 2009 jährlich stattfindende „Eberswalder Symposium für Umweltbildung“ ([www.hnee.de/umweltbildung/symposium](http://www.hnee.de/umweltbildung/symposium)) versucht das interdisziplinäre wissenschaftliche und praxisbezogene Gespräch über Nachhaltigkeit in großer Breite zu befördern.

Daraus entstanden die „Eberswalder Beiträge zu Bildung und Nachhaltigkeit“ im Verlag Budrich-UniPress. Der erste Band mit dem Titel „Natur im Blick der Kulturen“ hat die interkulturellen Aspekte der Mensch-Natur-Beziehung zum Thema.

Jung, N./Molitor, H./Schilling, A. (Hrsg.) 2011: Natur im Blick der Kulturen. (Eberswalder Beiträge zu Bildung und Nachhaltigkeit, Bd.1). © Opladen...: Budrich Uni-Press



## Lesenswert

### Die Zukunftsgestalter

Das Modellprojekt KITA21 ist ein Kooperationsprojekt von Wissenschaft und Praxis. Es zeigt, dass auch Kindergartenkinder sich bereits Sichtweisen, Wissen und Kompetenzen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung aneignen können. Für pädagogische Fachkräfte in Kindertagesstätten erweist sich das Konzept „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ als Professionalisierungsangebot und als hohe Motivation für

innovative Arbeit. Durch Fortbildung, Beratung und Materialien wurden die Erzieherinnen und Erzieher in ihrer Arbeit unterstützt. Das vorliegende Buch präsentiert das theoretische Konzept von KITA21 sowie Beispiele einer innovativen Praxis und zeigt so Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit dem Bildungskonzept für eine nachhaltige Entwicklung auf.

U. Stoltenberg, R. Thielebein-Pohl (Hrsg.) KITA21 – Die Zukunftsgestalter oekom verlag, München, 192 Seiten, 29,90 EUR (zzgl. Versand kosten)



## Sehenswert

### Kaufen für die Müllhalde

Ein sehenswerter Film, der klar macht, dass viele Produkte konstruiert werden, um möglichst bald kaputt zu gehen. Nicht Qualität und Langlebigkeit ist das

Ziel. Das Produkt soll möglichst bald kaputt gehen und ein neues gekauft werden. Obsoleszenz, Treibstoff und Schmieröl der Wachstumsgesellschaft.

arte Dokumentation 2011 von Cosima Dannoritzer



## KAUFEN FÜR DIE MÜLLHALDE



# Nachhaltig genießen.



Lesenswert

## Nachhaltig genießen

Dieses Buch ist etwas Besonderes: Es versteht Nachhaltigkeit als Zusammenspiel von Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft und auch Gesundheit. Konkret geht es hier um eine ökologisch und sozial verträgliche Ernährung, ohne auf alles verzichten zu müssen. Der Grat zwischen Genuss, gesundem Leben und Vernunft ist gar nicht so schmal wie gedacht.

Geht das wirklich: „Genießen und dabei einen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten“? - Der langjährige Nachhaltigkeitsdenker in Sachen Ernährung, Karl von Koerber, zeigt, wie leicht das sein kann. Unterhaltsam und verständlich werden einfache Wege zu nachhaltigem Einkauf und Kochen gezeigt. Dazu gibt es über 100 saisonale Rezepte von Hubert Hohler - inspirierend, köstlich und mit regionalen Zutaten. Und dazu gesund, ökologisch sinnvoll und politisch korrekt.

Dr. Karl von Koerber/Hubert Hohler  
2012: Nachhaltig genießen  
ISBN 978-3-8304-6053-4  
[www.trias-verlag.de](http://www.trias-verlag.de)



Das **umweltjournal** erscheint zwei- bis dreimal jährlich. Man kann es kostenlos abonnieren.

Wissen das auch Ihre Freunde? Sagen Sie's ruhig weiter!

Falls die Bestellpostkarte schon ausgeschnitten ist: Wir nehmen Bestellungen auch per Telefon (06131 164433) oder Fax (164629) entgegen.

**Absender:** .....

\_\_\_ **Ich möchte das umweltjournal kostenlos abonnieren.**

Bitte  
ausreichend  
frankieren

**Ministerium für Umwelt,  
Landwirtschaft, Ernährung,  
Weinbau und Forsten**

**- Redaktion umweltjournal -**

**Postfach 3160  
55021 Mainz**

